Freitag, den 1. Juli 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang. — Nr. 15

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstr. 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 6 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Um den Nationalfeiertag.

Beratungen im Reichsrat nächste Woche.

Am Schluß der Reichsratssitzung am Donnerstag erklärte namens der preußischen Regierung Staatssekretär Weißmann: „Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Initiativantrag über ein Gesetz über den Nationalfeiertag zugeleitet. Die zuständigen Reichsratsausschüsse haben diesen Antrag eingehend beraten. Auf Wunsch ist von einer Verhandlung in der Vollsitzung bisher noch abgesehen worden. Ich bitte daher namens der Staatsregierung noch heute zu beschließen, den Gegenstand auf die Tagesordnung der Vollsitzung des Reichsrates in der nächsten Woche zu setzen. Ich gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß nach der gründlichen und eingehenden Beratung in den Ausschüssen eine nochmalige Ausschußberatung nicht erforderlich ist.

Der Vorsitzende erklärt darauf, daß es der Wunsch des Reichsrats sei, den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Vollsitzung zu setzen. Der Reichsrat wird sich also am Donnerstag der nächsten Woche mit dem Initiativantrag über den Nationalfeiertag befassen.

Beratung der Abänderungsgesetze über den Mieterschutz erst im Herbst.

Nach der Verlängerung der Mieterschutzgesetze bis zum 31. Dezember 1927 wird der Reichstag wahrscheinlich die Abänderungsgesetze der Reichsregierung erst im Spätherbstjahr erledigen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Entscheidung über die Anträge der Wirtschaftspartei fallen, deren Ziel in einer weitgehenden Lockerung des Mieterschutzes besteht.

Von der Sozialdemokratie ist im Reichstage der Antrag gestellt worden, die Reichsregierung möge baldigst einen Gesetzentwurf über ein soziales Miet- und Wohnrecht vorlegen. Der Wortlaut dieses Antrages beruht auf einer Verständigung mit den Gewerkschaften, deren Interesse an einer Besserung des Wohn- und Mietrechts außerordentlich groß ist. Der Antrag geht davon aus, daß die Reichsverfassung jedem Deutschen den Anspruch auf eine gesunde Wohnung gibt. Wenn das Reich diesem Grundsatz Geltung verschaffen will, muß es reichsgesetzliche Grundlagen schaffen, die den Staatsbürger gegen willkürliche Einengung seines Wohnrechts, vor willkürlichen Kündigungen schützen und ihm seine Wohnung zu angemessenen Mietsbedingungen sichern muß. Daher müssen die öffentlichen Körperschaften das Recht zur Unterbringung Wohnungsuchender in leerstehenden Wohnungen erhalten. Vor allen Dingen aber müssen sie den Neubau von Kleinwohnungen so fördern, daß in absehbarer Zeit der Mangel an Wohnungen beseitigt wird. Den Mängeln der bestehenden Wohnungen soll durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege begegnet werden.

In diesen Anregungen der Sozialdemokratie ist der Gedanke enthalten, daß die freie kapitalistische Wirtschaft nicht imstande ist, den Wohnungsmangel und -Mängel zu überwinden. Das ist nur durch Gemeinwirtschaft möglich. In dieser Auffassung liegt der Gegensatz zu der Stellungnahme sämtlicher bürgerlichen Parteien. Die freie Wirtschaft mit dem Profit einzelner Kapitalisten ist ihnen ein Ideal, dem sie trotz seiner großen Nachteile für die Masse der Mieter und die gesamte Volkswirtschaft anhängen. Gelingt es jedoch, die Mieter und ihre Organisationen in Bewegung zu bringen, dann werden sich manche der sozialen Anregungen der Sozialdemokratie durchsetzen lassen, auch wenn das Profitinteresse und der politische Wille des Bürgertums sich dagegen aufbäumt.

Amnestiestückwerk im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem kommunistischen Antrag auf Gewährung einer politischen Amnestie. Abg. Höllein (Komm.) wies in der Begründung des Antrages auf die kommunistenfeindliche Rechtsprechung der Gericht, vor allem des Reichsgerichts, hin. Er übte besondere Kritik daran, daß Kommunisten schon wegen Hochverrats und wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz verurteilt werden, wenn lediglich die Zugehörigkeit zum kommunistischen Funktionärkörper festgestellt wird. Staatssekretär Joel bestritt die Richtigkeit dieser Behauptung unter Bezugnahme auf eine vom Reichsjustizminister vorgelegte Denkschrift. Auch Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) übte an der Rechtsprechung des Reichsgerichts Kritik und führte besonders darüber Beschwerde, daß bei der Anwendung des Amnestiegesetzes nicht mit Milde, sondern mit Härte verfahren werde. Abg. Landsberg (Soz.) führte darüber Beschwerde, daß Urteile des Reichsgerichts vollstreckt werden, noch ehe sie den Verurteilten zugeschickt sind. Die Regierungsparteien brachten eine Entschließung ein, in der die Regierung ersucht wird, 1. die Fälle wohlwollend zu prüfen, in denen auf Grund des Republikschutzgesetzes auf Zuchthaus erkannt ist; 2. Einzelbegnadigungen dann vorzunehmen, wenn strafbare Handlungen infolge Unerfahrenheit oder Verführung oder weil die Verurteilten die Tragweite ihrer Handlungsweise nicht überblickten, begangen worden sind. Abg. Rosenfeld stellte den Zusatzantrag, die Regierung möge prüfen, ob im Gnadenwege auch die Strafen gemildert werden können, die bisher auf Grund des Amnestiegesetzes lediglich deshalb nicht erlassen werden konnten, weil die Verurteilung erst nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt war. Für den sozialdemokratischen Zusatzantrag sprachen sich auch die Abgeordneten Brodauf (Dem.), Kahl (D. Vpt.) und Wegmann (Ztr.) aus. Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Amnestieantrag gegen Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Demokraten abgelehnt. Die Entschließung der bürgerlichen Mehrheit fand bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und Kommunisten Annahme, nachdem der sozialdemokratische Zusatzantrag bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen worden war.

Das Sperrgesetz im Reichstag abgelehnt

Hergt für die Fürstenforderungen, aber gegen die Forderungen der Aufwertungsgeschädigten.

Wieder einmal standen am Donnerstag im Reichstag Fürstenforderungen und Aufwertungsforderungen einander gegenüber. Es ergab sich das lehrreiche Bild, daß derselbe deutschnationale Reichsjustizminister Hergt, der für die Fürstenforderungen eintrat, mit derselben Entschiedenheit gegen die Forderungen der Aufwertungsbeschädigten sprach. Es ist dies derselbe Hergt, der beim letzten Reichstagswahlkampf am lautesten für eine möglichst hundertprozentige Aufwertung eingetreten ist und darum von dem alten deutschnationalen Grafen Posadowsky des Wortbruchs bezichtigt worden ist, weil er als Minister genau das Gegenteil seiner früheren Versprechungen tat.

Zum Sperrgesetz gegen die Fürstenforderungen sprach für die Sozialdemokratie Dr. Rosenfeld, der auf die Gefahr hinwies, wenn das Sperrgesetz nicht verlängert wird. Dann bestehe die Möglichkeit, daß die Länder vollkommen den Forderungen der Fürsten, die bei willfährigen Richtern allzugern Gehör finden, ausgeliefert würden. Die Regierungsparteien hüllten sich in Schweigen. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung das Sperrgesetz mit 233 Ja-Stimmen gegen 167 Nein-Stimmen angenommen. Da der Gesetzentwurf aber einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedarf, ist er in Wirklichkeit abgelehnt.

Dann folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschuld in Verbindung mit etwa dreißig dazu eingebrachten Anträgen der Opposition. Dieser Gesetzentwurf bringt materiell den Aufwertungsgläubigern so gut wie nichts. Er setzt nur einen festen Zeitpunkt für den Beginn der Verzinsung für die Aufwertungsbeträge fest. Die Regierungsparteien haben in langen Ausschußverhandlungen schließlich unter sozialdemokratischem Druck kleine Verbesserungen des Aufwertungsrechts eingeführt. Von einer nennenswerten Besserstellung der Aufwertungsgeschädigten kann aber keine Rede sein.

Der Reichsjustizminister **Hergt** gab eine Erklärung ab, die in geradezu frechem Tone den Aufwertungsgeschädigten sagte, nun müßten aber ihre Forderungen endgültig aus der öffentlichen Diskussion ausscheiden. Es ist notwendig, daß bis ins letzte Dorf diese Erklärung des deutschnationalen Reichsjustizministers gehört wird. Die Deutschnationalen haben gerade durch die Versprechungen an die Aufwertungsgläubiger ihre Wahlsiege errungen. Jetzt stellt sich der deutschnationale Reichsjustizminister hin und wirft mit einer Handbewegung diese Forderungen von Millionen Aufwertungsgeschädigter unter den Tisch.

Der Zentrumsführer **v. Guérard** gab im Namen sämtlicher Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der er bedauerte, daß für die Aufwertungsgeschädigten nicht mehr geschehen könne, aber eine grundsätzliche Revision der Aufwertung hätte verhindert werden müssen.

Der Aufwertungssachverständige der Sozialdemokratischen Fraktion, **Keil**, setzte diesen Ausflüchten die Forderungen der Sozialdemokratie entgegen. Er wies nach, daß die von uns eingebrachten Anträge so gefaßt sind, daß alle wirtschaftlichen und juristischen Schwierigkeiten vermieden werden. Es sei möglich, in vielen Fällen eine wesentliche Erhöhung der Aufwertung durchzuführen und bedürftigen Geschädigten zu helfen, ohne daß dadurch wirtschaftliche Erschütterungen herbeigeführt würden.

* * *

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr.

Das Haus beginnt mit der Beratung des von Sozialdemokraten und Demokraten eingebrachten Gesetzentwurfes zur Verlängerung des Sperrgesetzes über die Abfindungsprozesse der früheren Fürstenhäuser. Der Rechtsausschuß, über dessen Verhandlungen Abg. Wegmann (Ztr.) berichtet, beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.)

erinnert daran, daß man auch früher daran geglaubt habe, die früheren Fürsten würden sich im Interesse des deutschen Volkes zu einer Verständigung bereit finden. Diese Erwartungen sind aber immer wieder enttäuscht worden. Die Regierungen der Länder sind daran nicht schuld, denn die in Betracht kommenden Länder stehen wahrlich nicht im Geruch, fürstenfeindlich zu sein.

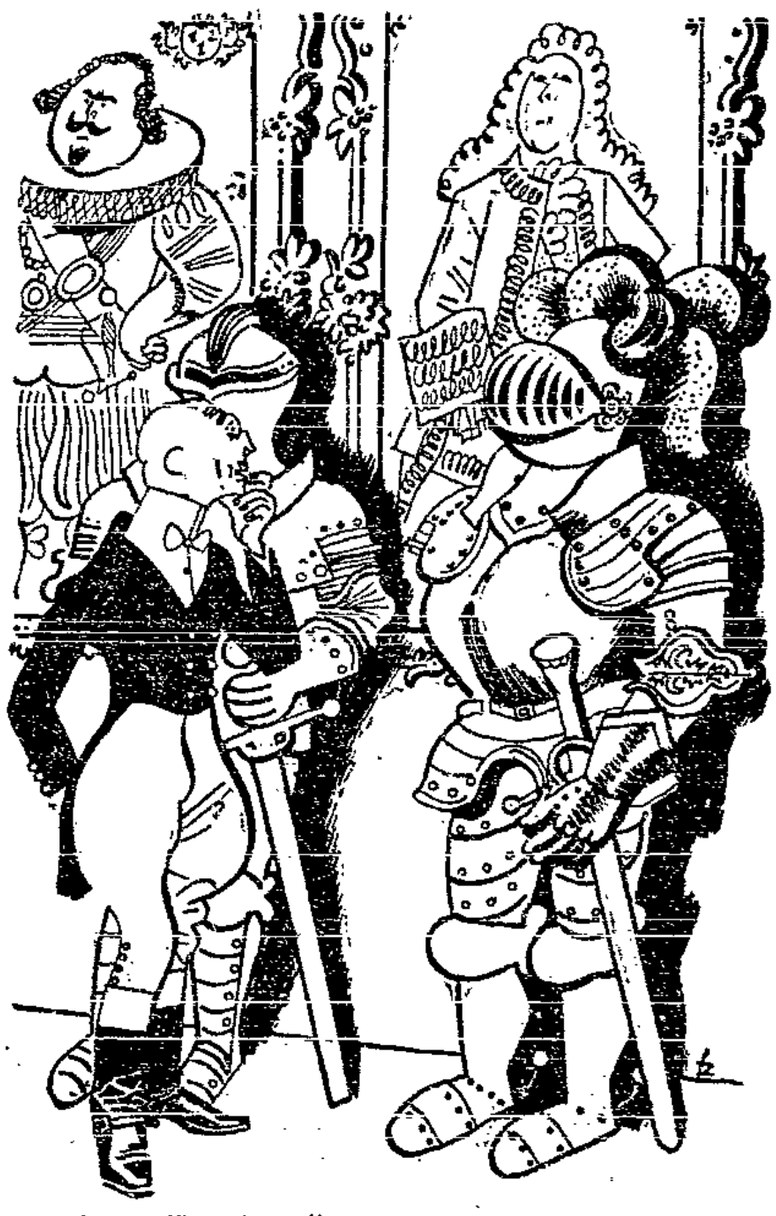
Der ehemalige Fürst von Koburg, dem ungeheure Werte zugesprochen sind, hat bisher noch keinen Pfennig Einkommensteuer an das Land Thüringen abgeführt.

Nun behaupten die Deutschnationalen und ihr Minister Hergt, daß das Sperrgesetz eine Rechtsverweigerung darstelle. Wie verträgt es sich mit dieser Behauptung, daß eine andere Regierungspartei, das Zentrum, für die Verlängerung des Sperrgesetzes verlangt, daß die Deutschnationalen selbst einmal für das Sperrgesetz gestimmt haben? Nicht das Sperrgesetz, sondern die Ablehnung der Verlängerung wurde eine Rechtsverweigerung sein. Das Vertrauen, das wir nach der Meinung der Regierung jetzt zu den Fürsten haben sollen, haben diese nach ihrem bisherigen Verhalten nicht verdient. Mit dem angeblichen Angebot der Fürsten soll auf den Reichstag eine Pression ausgeübt werden, damit darauf seine verfassungsmäßigen Rechte verzichte. Im Rechtsausschuß hat eine Regierung der Länder nach der anderen die Verlängerung des Sperrgesetzes gefordert, sie ist unbedingt notwendig, damit das Volk nicht noch größeren Schaden erleidet.

Jetzt werden ja auch noch die Ansprüche der depossedierten Fürsten und Standesherren geltend gemacht, als ob es überhaupt keine Revolution gegeben hat.

In Preußen allein machen diese Ansprüche 2 Millionen Mark aus. Wir lehnen sie ganz entschieden ab und gerade nach den bisherigen Erfahrungen mit den Gerichten verlangen wir, daß durch die Verlängerung das Sperrgesetz ein Schutz aufgerichtet wird gegenüber diesen unberechtigten Forderungen. Werden doch sogar noch Renten dafür verlangt, daß von ehemaligen Fürsten deutsche Landeskinder nach Amerika verkauft worden sind. Eine Gräfin verlangt eine standesherrliche Rente, die erst von dem Handelshaus Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. gekauft worden ist. Es werden weiter gefordert Abfindungen für Blutgelder, Judengelder, Brauthafer, alles Dinge, die in unserer Zeit geradezu lächerlich wirken. Wir müssen endlich ein Gesetz schaffen, das einen Strich durch diese Rechnungen macht, bis dahin muß das Sperrgesetz verlängert werden. Wir bestreiten es entschieden, daß das Sperrgesetz verfassungsändernde Wirkung habe,

Der Standesherr.



„Rente für Blutzoll, Brauthühner, Leibzehnten und Judenschutzzins bezieh' ich schon. Da fällt mir ein: Mein Ahnherr Eustachius Jasomirgott hat im dritten Kreuzzug einen Arm verloren. Ob ich dafür nicht Kriegsbeschädigtenrente beanspruche?"

dieses Gesetz kann mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden. Wir wünschen, daß nicht noch die letzte Barriere fällt, die das Volk vor den Ansprüchen seiner früheren Fürsten schützt.

In einer Zeit, wo angeblich kein Geld für eine bessere Versorgung der Kriegsopfer, Sozialrentner und Erwerbslosen vorhanden ist, darf das Volk nicht noch weiter ausgeplündert werden. Daher fordern wir die Verlängerung des Sperrgesetzes. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Neubauer** (Komm.) weist darauf hin, daß die Ansprüche der Fürsten mit den Jahren immer weiter gewachsen seien. Durch die jetzige Stellungnahme der Regierung sollen die Länder gezwungen werden, die Ansprüche der Fürsten anzuerkennen. Anderthalb Jahre sei Zeit gewesen, um diese Frage zu regeln. Die Sozialdemokraten seien schuld daran, daß 1918 die Fürsten nicht enteignet worden sind. (Abg. **Müller-Franken** (Soz.): Sie haben ja damals der Vaterlandspartei angehört!) Diese Frage werde nur im Klassenkampf gelöst werden.

Abg. v. **Richthofen** (Dem.) führt aus, daß die Verlängerung des Sperrgesetzes gerade dann notwendig sei, wenn, wie die Regierung behaupte, erfolgreiche Verhandlungen mit den früheren Fürsten bevorständen. Von einer Rechtsverweigerung könne doch in diesem Falle nicht gesprochen werden. Die Vertreter der in Betracht kommenden Länder haben im Rechtsausschuß ausdrücklich erklärt, daß sie auf die Verlängerung des Sperrgesetzes den größten Wert legen.

Abg. **Kube** (Natsoz.) gibt eine Erklärung ab, daß seine Gruppe gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes stimmen werde.

Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird darauf in erster Lesung in einfacher Abstimmung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Zentrum angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. Die Schlußabstimmung, für die Sozialdemokraten und Demokraten namentliche Abstimmung beantragten, findet Ende der Sitzung statt.

Es folgt die **Beratung des Gesetzentwurfes über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschulden** in Verbindung mit den dazu eingebrachten Anträgen.

Reichsjustizminister **Hergt** gibt dazu eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der Rechtsausschuß in seinen sehr eingehenden Beratungen über die Regierungsvorlage hinausgegangen und sehr wertvolle Verbesserungen für die Gläubiger beschlossen habe. Die Reichsregierung sei damit einverstanden, aber sie müsse erklären, daß damit die Grenze des Tragbaren erreicht sei. Die Regierung hält es für eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes, daß nach Annahme dieser Verbesserungen des geltenden Rechtes die Aufwertungsfrage nunmehr endgültig aus der öffentlichen Diskussion ausscheidet.

Abg. v. **Guerard** (Ztr.) gibt eine Erklärung ab, wonach sie sich in den Ausschußverhandlungen bestrebt hätten, die seit Inkrafttreten der Aufwertungsgesetze entstandenen Härten zu beseitigen. Die nochmalige grundsätzliche Revidierung der Aufwertung hätte vermieden werden müssen, weil dadurch die Grundlagen der Wirtschaft und der Währung erschüttert worden wären.

Abg. **Jörissen** (Wirtsch. Vgg.) gibt gleichfalls eine Erklärung ab, worin bedauert wird, daß jetzt nicht mehr erreicht worden sei. Einen Volksentscheid über die Aufwertung halte er für unzulässig.

Abg. Keil (Soz.):

Diese Debatte stellt einen weiteren, vielleicht den letzten Hauptakt der großen Tragödie dar, deren Hintergrund die furchtbare Inflationskatastrophe bildet und deren Opfer viele Hunderttausend deutscher Volksgenossen geworden sind. Der kleine Gesetzentwurf, der heute zur Beratung steht, spielt dabei eine unbedeutende Rolle. Er soll nicht dazu dienen, das große Unrecht gut zu machen oder auch nur ernstlich zu mildern, das von den Mehrheitsparteien des Jahres 1925, die auch heute wieder die Regierungsmehrheit bilden, den Gläubigern und Sparern zugefügt worden ist. Dazu spürt im besonderen die führende Regierungspartei, die 1925 ihre feierlichen Wahlversprechungen gebrochen hat, kein Bedürfnis. Die Vorlage geht von der Auffassung aus, daß an den Grundzügen der Aufwertungsgesetzgebung nicht gerüttelt werden dürfe. Derselbe deutschnationale Führer, der zur Zeit der schrankenlosen deutschnationalen Opposition die weitgehendsten Hoffnungen bei den Gläubigern und Sparern geweckt hatte, nämlich Herr Hergt, ist jetzt dazu berufen, das Aufwertungswerk von 1925, das soviel berechtigte Empörung hervorgerufen hat, zu verteidigen. Mit größtem Eifer hat sich Herr Hergt als Reichsjustizminister immer wieder schützend vor die bereicherten Schuldner gestellt und im Ausschuß im Namen des geheiligten Bürgerblocks verkündete: an den Grundlagen des Aufwertungsgesetzes dürfe nicht gerüttelt werden. Die Regierungsvorlage beschränkt sich im wesentlichen auf zwei Punkte. Erstens die Bestimmung eines festen Zeitpunktes für den Beginn der Verzinsung der aufgewerteten Hypothek, zweitens die Erteilung der Befugnis an den Gläubiger, die Umwandlung der aufgewerteten Hypothek in eine Grundschuld zu beantragen. Durch die erste Vorschrift soll verhütet werden, daß dem Gläubiger aus der Verzögerung der Wiedereintragung der Hypothek ein Schaden, bestehend im verspäteten Beginn der Zinszahlung, erwächst. Aber gerade deshalb, weil man den Gläubiger gegen einen solchen Schaden schützen muß, ist nicht einzusehen, warum der Zeitpunkt des Verzinsungsbeginns auf den 1. Juli 1926 festgesetzt werden soll. Von rechtswegen müßte die Verzinsung des gerretteten kleinen Restes der Forderung im Juli 1925 beginnen, wo das Aufwertungsgesetz in Kraft getreten ist. Im Ausschuß war in der ersten Lesung der feste Zinsbeginn von einer durch Unterstützung einiger Mitglieder der Regierungsparteien gebildeten Linksmehrheit auf den 1. Januar 1926 vorgelegt worden. In der zweiten Lesung wurden diese Mitglieder zurückgepfiffen und nunmehr der 1. April 1926 eingeführt. Wir beantragen, den Beschluß der ersten Ausschußberatung wieder herzustellen. Lehnt die Mehrheit unseren Antrag ab, so tut sie es zum Schutze der großen Inflationsgewinnler, auch der Neureichen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der zweite Punkt der Vorlage will verhindern, daß der Schuldner mit der zu seinen Gunsten im Aufwertungsgesetz vorgesehenen Härteklausel noch Mißbrauch auf Kosten des Gläubigers treibt. Damit sind die Vorteile aufgezählt, die dem Gläubiger gewährt werden. Was sie sonst noch enthält, berührt unwesentliche, formal-juristische Streit- und Vereinfachungsverfahren.

Da im Rechtsausschuß mit der Beratung der Regierungsvorlage die Beratung der zahlreichen Anträge zu den Aufwertungsgesetzen verbunden wurde, richteten sich noch einmal erwartungsvoll die Blicke der Gläubiger und Sparer auf diese Verhandlungen. Und wieder sind sie bitter enttäuscht worden. Sehr gering sind die Aussichten, daß im Plenum mehr erreicht wird. Das kann uns aber nicht abhalten, auch hier unsere Verbesserungsvorschläge zu vertreten. Nachdem im Juni 1925 von der Deutschnationalen Partei den verarmten Gläubigern und Sparern unter Bruch ihrer Versprechungen nur einige Brosamen geboten und auch der Reichspräsident seinen Namen unter die Aufwertungsgesetze gesetzt hatte, war es begreiflich, daß sich der betrogenen Sparer große Empörung bemächtigte. Sie wollten von dem ihnen in der Reichsverfassung gewährten Recht, selbst einen Volksentscheid herbeizuführen, Gebrauch machen. Das Kabinett Luther suchte die Aufwertungsfragen dem Volksentscheid zu entziehen. Und im August vorigen Jahres beschloß die Regierung, ohne die gesetzliche Grundlage erst zu schaffen, die Abweisung des Volksbegehrens des Sparerbundes. Unter den Blättern, die diesen Beschluß als unvereinbar mit der Reichsverfassung bezeichnet hatten, befanden sich auch deutschnationale Zeitungen. Im Ausschuß, wo die Frage zur Erörterung kam, hörte man allerdings keinen Laut aus deutschnationalem Munde. Wenn nun aber die Deutschnationalen den enteigneten Sparern den Weg zur Volksbefragung versperren, so hatte man doch von ihnen erwarten müssen, daß sie wenigstens im Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Verbesserungen am Aufwertungsrecht vornehmen würden, die vom Standpunkt des Rechts und der Humanität geboten, die vom wirtschaftlichen und juristischen Standpunkt aus möglich sind. Auch das ist unter Führung des Herrn Reichsjustizministers Hergt abgelehnt worden. Ich kann ein solches Verfahren nicht anders als brutal bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wagt in diesem Hause jemand zu bestreiten, daß das Aufwertungsgesetz sich im Verlauf der zwei Jahre seiner Durchführung noch als viel grausamer erwiesen hat als man bei seiner Verabschiedung annehmen konnte? Hat sich weiter nicht erwiesen, daß die entschuldeten Schichten viel leistungsfähiger sind, als man damals annahm? Ist es nicht ein Gebot der Gerechtigkeit, aus diesen Tatsachen die Schlußfolgerungen zu ziehen und wenigstens im Rahmen des Möglichen Besserungen vorzunehmen? Wir Sozialdemokraten wissen sehr wohl, daß sich heute 4½ Jahre nach Schaffung der stabilen Währung, zwei Jahre nach Schaffung der Aufwertungsgesetze, auf deren Grundlage sich neue Rechtsverhältnisse gebildet haben, eine völlige Neugestaltung des Aufwertungsrechts so gut wie unmöglich ist. Aber das darf uns nicht blind machen gegen die Tatsache, daß in unzähligen Fällen eine erhebliche Milderung des von den Gläubigern begangenen Unrechts möglich ist, ohne daß schädliche Folgen für das wirtschaftliche Leben daraus entstehen. Zu vielen Zehntausenden zählen die Fälle, in denen der bereicherte Schuldner dem verarmten Gläubiger helfen könnte. Das geschieht nicht, er beruft sich auf seinen Schein, das heißt auf das Gesetz. Aber auch da, wo wirtschaftliche Unternehmungen von der Aufwertung getroffen werden, sind weitgehende Verbesserungen ohne jede Gefahr möglich. Eine kleine Verminderung der Gewinnspanne in diesen Unternehmungen würden oft ausreichen, um die alten Gläubiger aus ihrer Not zu befreien. Die Anträge, die wir dazu gestellt haben, berücksichtigen die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners, vor allem die Lebensfähigkeit wirtschaftlicher Betriebe, sie halten sich in bescheidenen Grenzen und greifen nicht in die neuen Rechtsverhältnisse ein. Sie vermeiden jede Aenderung im Grundbuch und verursachen nur geringe Verwaltungsarbeit, die so wie so geleistet werden muß. Auf vier Hauptgebiete beziehen sich unsere Anträge.

Wir wollen erstens für die Hypothekenaufwertung ganz allgemein eine elastische Klausel zugunsten des Gläubigers eingeführt wissen, wie sie zugunsten des Schuldners im Gesetz schon enthalten ist. Die Möglichkeit der Höheraufwertung, also über 25 Prozent, soll sich auf die persönliche Forderung beschränken. Auch diese erhöhte Aufwertung der persönlichen Forderung soll nur stattfinden, wenn es mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage beider Vertragsteile zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabwendbar erscheint. Obwohl dieser Antrag ursprünglich von der württembergischen Regierung eingebracht worden ist, hat man ihn im Ausschuß abgelehnt. Die württembergische Regierung hat dort zugunsten ihres Antrages nicht ein Wort gesagt und sich im Gegenteil dem Appell der Reichsregierung angeschlossen, wonach sie unter allen Umständen die Ablehnung des Antrages erwartete.

Auch der Abg. Siller hat dagegen gestimmt, trotzdem er sich unterschriftlich verpflichtet hatte, im Reichstag für eine Aufwertung nach Treu und Glauben auf Grund des Bestschen Entwurfs einzutreten. Herr Trevinanus, der eine gleiche Unterschrift in seinem westfälischen Wahlkreis gegeben hat, war den Aufwertungsverhandlungen ferngeblieben. Vielleicht wird der württembergische Staatspräsident, der ja diesem Hause angehört, nun selbst Gelegenheit nehmen, seinen Vorschlag hier zu vertreten.

Ein zweiter Punkt unserer Anträge betrifft die höhere Aufwertung der persönlichen Forderung von hypothekarisch gesicherten Restkaufgeldern. Drittens wollen wir, daß das schwere Unrecht, das mit der begrenzten Rückwirkung verbunden ist, gemildert wird. Wir beantragen, daß auch Rückzahlungen, die vor dem 15. Juni 1922 erfolgt sind, nachträglich geprüft werden, ob der zurückgezahlte Betrag wenigstens ein Mindestteil der Goldmarkforderungen ausmacht. Die Aufwertung soll erfolgen, wenn die Versagung für den Gläubiger eine unbillige Härte bedeuten würde. Auch hier soll sich die Aufwertung auf die persönliche Forderung beschränken. Endlich verlangen wir eine Aenderung der Vorschriften, wonach die Banken von jeder Aufwertung befreit sind. Neben der selbstverständlichen Aufwertung der bei den Banken gemachten Spargutaben und der Einlagen bei privaten Sparkassen beantragen wir die Einbeziehung langfristiger Bankguthaben. Für die völlige Befreiung gerade der Banken von jeder Aufwertung fehlt es im Volke an jedem Verständnis. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Unsere Anträge sind mit der größten Sorgfalt abgefaßt. Wenn sie dennoch abgelehnt werden, so kann ich das nur so erklären, daß den Regierungsparteien, besonders den Deutschnationalen, an dem Vertrauen der ehemals wohlhabenden Mittelschichten nicht mehr viel gelegen ist, seitdem diese Schichten verarmt sind. Wir dürfen doch nicht übersehen, daß die Lage der Gläubiger sich in dem Maße weiter verschlechtert, in dem das Preisniveau steigt. Ein Minimum von gutem Willen und Gerechtigkeitsgefühl müßte dazu führen, diesen armen Volksgenossen soweit wie nur irgend möglich zu helfen. Die kümmerliche Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge, die vor einigen Monaten vorgenommen wurde, hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Jetzt will Herr Hergt nicht an den Grundzügen rütteln lassen. Wenn es sich aber um die Fürsten handelt, dann kennt Herr Hergt und seine Partei in der Freigebigkeit auf Kosten des verarmten Volkes keine Grenzen. Wenn erlauchte Standesherren vermoderte Scheine aus vergangenen Jahrhunderten hervorsuchen und Aufwertungsforderungen dafür geltend machen, dann verteidigt Herr Hergt ihre Ansprüche. Wenn aber ein armer alter Greis, eine hungernde Witwe die Scheine vorzeigt, die man ihr im Kriege für ihr gutes Geld hingegeben hat, dann sagt man ihnen, daß sie bestenfalls ein Achtel davon zurückbekommen und daß sie auch darauf noch Jahre oder Jahrzehnte warten müssen. Seien wir uns dessen bewußt, daß wir an einem entscheidenden Wendepunkt stehen. Heute ist es noch möglich, die schlimmsten Ungerechtigkeiten zu beseitigen. In einigen Jahren wird es nicht mehr möglich sein, je weiter die Zeit und die Bildung neuer wirtschaftlicher und rechtlicher Verhältnisse fortschreitet. Wer den Gläubigern noch helfen will, der muß es jetzt tun. Auch deshalb, weil die Opfer der Enteignung immer zahlreicher ins Grab sinken. Unendlich viele von ihnen haben bereits ihrem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Noch ist es Zeit, einen Teil dieses Unrechts, das an den kleinen Gläubigern und Sparern begangen worden ist, gutzumachen. Wer dazu nicht die Hand bietet, der lädt ein ungeheures Maß, nicht nur politischer, sondern auch rein menschlicher Verantwortung auf sich. Politisch wird er von den Wählern zur Rechenschaft gezogen werden. Die menschliche Verantwortung wird er zeitlebens tragen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Es folgt die Dritte Lesung des Sperrgesetzes für die Fürstenabfindungsprozesse. In der Schlußabstimmung, die namentlich ist, werden 233 Stimmen für, 167 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, der Völkischen, der Nationalsozialisten und der Deutsch-Hannoveraner gegen das Gesetz abgegeben. Zwei Abgeordnete enthalten sich der Stimme.

Reichskanzler Dr. Marx und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns beteiligen sich überhaupt nicht an der Abstimmung.

Präsident Löbe: Von den im Artikel 76 vorgeschriebenen Bedingungen für die Annahme von Gesetzen mit verfassungsmäßiger Mehrheit ist nur die erste erfüllt: Es sind mehr als zwei Drittel der Abgeordneten anwesend gewesen. Von diesen haben aber nicht zwei Drittel, nämlich 267, für die Gesetzesvorlage gestimmt. (Bravo rechts, Pfuirufe links.) Das Gesetz ist mit einfacher, nicht aber mit verfassungsmäßiger Mehrheit angenommen. Da nun in der Einleitung des Entwurfs selber steht, „nachdem zur Vermeidung von Zweifeln festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind", so ist das Gesetz abgelehnt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung der Aufwertungsvorlagen auf Freitag 14 Uhr; außerdem kleine Vorlagen. — Schluß nach 17 Uhr.

Külz Vorsitzender der Staatenkonferenz. Als Vorsitzender der am 4. Juli beginnenden Staatenkonferenz zwecks Gründung eines Welthilfswerkes gegen Schädigungen durch Naturkatastrophen ist der gewesene Reichsinnenminister Dr. Külz ernannt worden. Bis jetzt haben 31 Staaten ihre Delegationen angemeldet.

Das Phantom der Rue Michel-Ange.

Von Henry Bordeaux.

Alleinberechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

23] (Nachdruck verboten.)

Er dankte mir nicht, denn er hielt es für ganz natürlich, daß man einem Soldaten, der die rauhen Winter der litauischen Lager ertragen hatte, Aufmerksamkeiten erwies. Wir schritten nebeneinander hin. Ich begann mit dem Lob unserer Wirte, aber er wich dieser Anregung aus und begnügte sich mit dem lakonischen Urteil:

„Der Alte ist verrückt."

Nun Falaise ist nicht so alt. Er zählt höchstens 7 oder 8 Jahre mehr als ich, und seine Gesundheit ist, seit er mit der anderen Welt verkehrt, die denkbar beste. Dieser kecke Ton verletzte mich.

„Wie schade," warf ich ein, „daß Fräulein Suzanne kein Vermögen hat; denn sie ist entzückend."

„Kein Vermögen?" brauste mein Mann auf: „Was wollen die kinderlosen Falaise mit allen ihren Millionen machen? Die Reichen, mein Herr, sind mir ganz verächtlich. Sie denken nur an sich selbst, drohen muß man ihnen, damit sie was hergeben."

Gewiß, wenn die Drohung genügt hätte, würde Leutnant Malais sich ihrer bedient haben.

„Sie meinen," fuhr ich mit unschuldiger Miene fort, „daß sie Fräulein Suzanne eine Mitgift geben?"

„Ich will es hoffen. Wie kann man heutzutage ohne Geld heiraten?" „Aber sie war die Braut ihres Sohnes. Sie fordern vielleicht eine Treue über den Tod hinaus."

„Die Braut ihres Sohnes? Das war sie niemals. Die Geschichte haben sie erfunden. Ich war Freund, Kamerad, Vertrauter Georges; wäre er Bräutigam gewesen, hätte er es mir gesagt."

„Aber Falaise will das junge Mädchen bei sich behalten."

„Weil er überzeugt ist; ich sage es Ihnen ja. Diese spiritistischen Geschichten, der ganze Blödsinn hat ihn närrisch gemacht und sein Gehirn war sowieso nicht das solideste. Ich frage Sie, hatte man es für möglich halten, daß ein Mann in seinen Jahren an solchen Schwindel glaubt? An diese Geister, Erscheinungen, Ankündigungen, Botschaften, an Entkörperte, an den Alpdruck, an all diesen Kohl? Wenn man so ist, dann ist man es auf lange, das garantiere ich Ihnen. Ich habe genug Tote gesehen, um es zu wissen. Und ich warte noch immer darauf, daß mir ein Mitbürger aus dem Unsichtbaren erscheint; einen Nasenstüber soll er kriegen, daß er den Mund hält!"

Der Mann ließ sich durch die neue Religion und die geheimnisvollen Manifestationen des Unbekannten nicht in Verwirrung bringen! Ich kann nicht ermangeln, zu bemerken, daß er mit seinem [illegible] als Gespenstertöter mich reizte. Uebrigens brauchte ich bloß einen Namen zu nennen, um ihn zu größerer Zurückhaltung zu veranlassen:

„Und wie denken Sie über Fräulein Suzanne in der ganzen Angelegenheit? Sie dient bei all diesen Experimenten als Medium. Georges Falaise spricht durch ihren Mund. Einer Heuchelei ist sie doch nicht fähig."

„Ich denke nichts davon. Glauben Sie mir. Ich suche nach einer Erklärung."

Er erschien mir als der Mann energischer Offensiven, auch wenn sie der Vorbereitung entbehren.

„Die Erklärung," erwiderte er mit derselben Heftigkeit, „ist sehr einfach. Dieser alte Narr bezaubert sie. Die Nerven der Frauen sind überempfindsam. Man suggeriert ihnen, was man will. Er hat ihr eingeredet, daß sie den armen Georges sähe. So ist es auch mit der Geschichte des Grabes."

„Welches Grabes?"

„Das von Georges Falaise in Brabant; in der dritten Reihe, Nummer vier. Ich selbst hatte das Suzanne aus Deutschland geschrieben. Ein deutscher Arzt informierte mich. Suzanne schrieb mir manchmal an Stelle Falaises und ich antwortete dem jungen Mädchen direkt. So übermittelte sie viele Auskünfte, während sie sich, wie man sagt, im Trance befand. Diese ganzen Praktiken sind so harmlos; aber sie glauben felsenfest daran."

Jetzt wurde mir wirklich alles klar. Die mündlichen Botschaften enthielten nur das, was das Medium wissen konnte. Es ist wahr, die Spiritisten berufen sich auf überzeugendere Experimente. Ich maße mir darüber kein Urteil an, weil ich diesen Fragen zu fremd gegenüberstehe. Es genügt mir, meinen Fall nach den Regeln aufzubauen. Der junge Mann half mir in einer unerwarteten, etwas brüsken Weise, indem er in heftigerem Ton hinzufügte:

„Ich will nicht mehr, daß man sie zu ihrem Werkzeug macht."

„Wen?"

„Suzanne."

Er sprach von ihr, als betrachtete er sie schon als die seine und war entschieden ein Mensch, der die raschen Realisierungen liebte.

Ich dachte sofort an die Falaise, für welche der Weggang des jungen Mädchens eine Befreiung bedeutete und fragte:

„Sie heiraten sie?"

„Gewiß, aber erst, wenn sie ihr eine Mitgift gegeben haben."

„Wer? Die Eltern? Die besitzen kein Vermögen und leben in Poitiers in ziemlich beschränkten Verhältnissen."

„Aber nein doch; die Falaise."

„Ich fürchte, Leutnant, daß das Präsent nur gering ausfallen wird!"

„Das will ich nicht hoffen. Es wäre schändlich. Wie! Man läßt das junge Mädchen aus der Provinz kommen, sie tröstet die beiden Alten . . ."

„Die beiden Alten? Erlauben Sie, das sind keine Alten."

„Doch, doch. Alle Leute, die den Feldzug nicht mitgemacht haben, sind Alte. Das ist der mildeste Standpunkt, den man ihnen gegenüber einnehmen kann. Sie tröstet die beiden Alten in ihrer Trauer und Verlassenheit, bereitet ihnen in ihrer Villa ein gemütliches Leben. Sie behandeln sie wie ihre Tochter. Und im Augenblick, wo sie heiraten will, dürften sie sie im Stich lassen? O, mein Herr, ich habe viel vom bürgerlichen Egoismus reden hören. Sollte er das Maß des Denkbaren überschreiten?"

Ich hielt es für klug, auf diese flammende Rede nicht zu erwidern. Mein Schweigen genügte ihm nicht; er verlangte eine direkte Parteinahme:

„Sie sind ein Freund des Hauses und müssen die Falaise über ihre Pflichten aufklären. Ich zähle auf Sie."

Wir waren zur Mirabeaubrücke gekommen. Ich reichte ihm die Hand, ohne mich irgendwie verbindlich zu machen. Alle wollten in der Rue Michel-Ange Hilfe von mir, mit Ausnahme der rätselhaften Suzanne.

VIII.

Die Lebenden fordern ihr Recht.

Die Geständnisse, die mir gemacht wurden, weckten mein leidenschaftliches Interesse für die geheime Tragödie in der Rue Michel-Ange. Es war eine Zeit, wo der in der Tanzwut symbolisierte Rausch des Vergnügens und der Gedanke an die Toten, der im Gewande einer neuen Religion auftrat, greil gegeneinander fließen.

(Fortsetzung folgt.)

Preußischer Landtag.

In der Donnerstagsitzung des Preußischen Landtags beschwerte sich zunächst

Abg. Dr. Körner (Wölk.) darüber, daß der Präsident einen Brief seiner Fraktion noch nicht erledigt hätte, der die Wiederherstellung der seinerzeit wegen der Aussagen Grütte-Lehder vor dem Feme-Untersuchungsausschuß aufgehobenen Immunität des Abgeordneten Wulle verlangt.

Präsident Bartels weist demgegenüber darauf hin, daß der Geschäftsordnungsausschuß darüber zu entscheiden hat.

Ebenfalls zur Geschäftsordnung beantragt Abg. **Kaspar** (Komm.), das Verhalten des Finanzministers zu mißbilligen, weil er den mit großer Mehrheit angenommenen Antrag auf Auszahlung einer Weihnachtsbeihilfe an die Arbeiter in der Staats-, Land- und Forstwirtschaft noch nicht ausgeführt habe. Der Antrag kommt nicht zur Verhandlung, da von demokratischer Seite widersprochen wird.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist einen demokratischen Antrag auf Bereitstellung der infolge des Hohenzollernvergleichs übergegangenen Güter zu Siedlungszwecken ohne Besprechung an den Siedlungsausschuß.

Eine Reihe von Eingabenberichten der verschiedenen Ausschüsse wird ebenfalls ohne Aussprache erledigt. — Angenommen wird hierauf in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf über die **Verwaltung und Unterhaltung von Reichswasserstraßen** im Stromspaltungsgebiet der Elbe.

Nach den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses lehnt das Haus die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung einer Reihe von Abgeordneten ab.

Zum Schluß nahm der Landtag nach Entgegennahme eines Berichtes des Ausschusses für Beamtenfragen durch den Abg. **Kaspar** (Komm.) einen Ausschußantrag an, nachdem der Preußische Finanzminister ermächtigt wird, den preußischen Beamten Gehaltsaufbesserungen in gleicher Höhe und zu demselben Zeitpunkt zu gewähren, an dem die Reichsbeamten aufgebessert werden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ein Geschäftsordnungsantrag des Abg. **Kaspar**, den Mißbilligungsantrag der Kommunisten gegen den Finanzminister wegen der noch nicht gezahlten Weihnachtsbeihilfe an die staatlichen Forstarbeiter auf die Tagesordnung vom Freitag zu setzen, wird abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Interpellation der Sozialdemokraten wegen des Mordes in Arensdorf. Der Innenminister und der Justizminister haben sich bereit erklärt, dieselbe zu beantworten.

Kabinett Held in Sachsen.

Dresden, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie das offizielle Organ der sächsischen Regierung, die „Sächsische Staatszeitung", mitteilt, ist das neue Kabinett Held endgültig gebildet. Der Ministerpräsident Held hat den bisherigen Innenminister, Prof. Dr. Abelt, wieder zum Innenminister ernannt. Elsner (A.S.P.S.) bleibt Arbeits- und Wohlfahrtsminister. Dr. Kaiser Deutsche Volkspartei, bleibt Kultusminister, Weber, Wirtschaftspartei, Finanzminister. Anstelle des deutschvolksparteilichen bisherigen Justizministers Bünger ist Dr. v. Fumetti von der Aufwertungspartei zum Justizminister ernannt worden. Anstelle von Wilhelm, Wirtschaftspartei, ist Krug v. Nidda (deutschnational) zum Wirtschaftsminister ernannt worden. Gegen die Ernennung Dr. Fumettis zum Justizminister waren aus bürgerlichen Kreisen lebhafte Einwendungen gemacht worden. Dr. Fumetti ist zwar Dr. jur., er hat aber sein Assessorexamen nicht gemacht und hat keinerlei Erfahrungen im praktischen Justizwesen. Trotz dieser Einwendungen hat ihn Ministerpräsident Held jetzt zum Justizminister ernannt.

Auf daß „Patrioten" nicht Not leiden.

Die Entschädigung des Herzogshauses Württemberg.

Stuttgart, 1. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Kommunisten nahm der württembergische Landtag am Donnerstag den Vertrag über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem württembergischen Staat und dem Herzogshause an. Nach diesem Vertrag wird das Herzogshaus Württemberg mit einer jährlichen Rente von 123 000 Mark abgefunden. Die Rente kann vom Staat innerhalb 10 Jahren mit einem Betrag von 2½ Millionen abgelöst werden. Die Witwenrente der früheren Königin wurde von 36 000 auf 70 000 Mark erhöht.

Verhaftung kommunistischer Parteivorstandsmitglieder und Redakteure in Oslo.

Kopenhagen, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Aus Oslo wird gemeldet: Die Polizei der norwegischen Hauptstadt hat am Donnerstag mittag das Gebäude der kommunistischen Parteileitung und des Zentralorgans derselben in Oslo besetzt und eine eingehende Haussuchung vorgenommen. Der Parteivorsitzende, der Chefredakteur und der Redaktionssekretär wurden verhaftet. Gegen zwei weitere Parteivorstandsmitglieder wurde Haftbefehl erlassen. Die Polizei, die eine Anzahl von Parteiakten beschlagnahmte, suchte vor allem nach zuverlässigen Mitteilungen nach neuen englisch gedruckten Aufrufen zur Meuterei und Sabotage, die von den Kommunisten an die Matrosen der zurzeit im Osloer Hafen liegenden englischen Zerstörerflottille verteilt werden sollten. Schon am Dienstag hatten die Kommunisten am Kai umfangreiche Agitationsversammlungen für die englischen Matrosen abgehalten und Flugblätter gegen die Offiziere verteilt, wobei sie von der Besatzung eines Zerstörers mit roten Fahnen begrüßt worden waren. Den Polizeimaßnahmen sind Vorstellungen des englischen Gesandten beim norwegischen Außenminister vorangegangen.

Todesurteile gegen Kommunisten in Litauen.

Riga, 1. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Vor dem Kriegsgericht in Kowno hatten sich sieben Angeklagte wegen Spionage zugunsten des polnischen Generalstabes zu verantworten. Drei wurden zum Tode, zwei andere zu fünfzehn und vier Jahren Zuchthaus verurteilt, zwei wurden freigesprochen. Von den zum Tode Verurteilten wurden zwei vom Staatspräsidenten begnadigt, während der Führer der Spionageorganisation am Donnerstag morgen standrechtlich erschossen wurde.

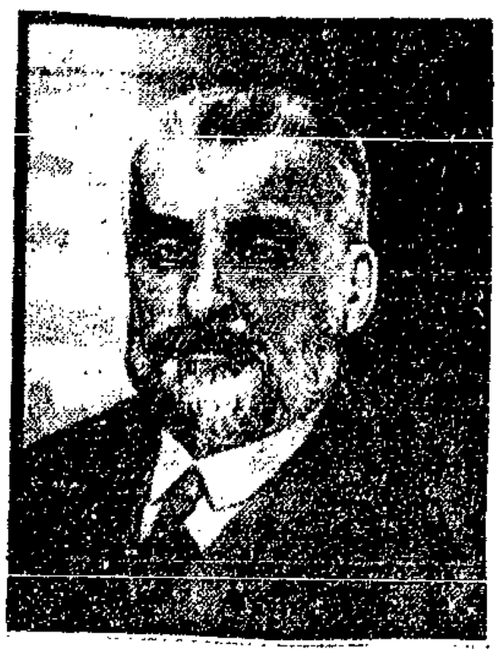
Das Kownoer Kriegsgericht verurteilte drei Kommunisten wegen Agitation gegen den Staat zum Tode. Sie wurden vom Staatspräsidenten zu 20 Jahren Zuchthaus begnadigt.

Cachin stellt sich.

Paris, 1. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Der kommunistische Abgeordnete Cachin, der zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden war, erklärt am Freitag in der „Humanité", daß er sich am Montag freiwillig als Gefangener der Regierung zur Verfügung stellen werde. Mit ihm wird sich auch der gleichzeitig mit Daudet aus dem Gefängnis befreite Kommunist Semard von neuem den Gefängnisbehörden stellen. Der kommunistische Abgeordnete Doriot, gegen den ein Verfahren wegen Aufhebung der parlamentarischen Immunität schwebt, verlangte am Donnerstag von der Kammer, daß sie sofort über dieses Verfahren entscheide. Die Kammer lehnte den Antrag mit 304 gegen 238 Stimmen ab.

Bratianu wieder rumänischer Ministerpräsident



Die Neubildung des Kabinetts in Rumänien hat wieder Joan Bratianu, der bekannte und berüchtigte Politiker, durchgeführt. Bratianu ist 1864 geboren, war Ingenieur, seit 1895 Abgeordneter und seit 1897 oft als Minister tätig. 1909 wurde er Leiter der Liberalen Partei. Bei Beginn des Weltkrieges war er Ministerpräsident, und Rumäniens Anschluß an die Alliierten kommt in erster Linie auf Bratianus Konto. Nach dem Kriege mußte er als Ministerpräsident zurücktreten und wurde auf Beschluß der rumänischen Kammer wegen Unterschlagungen unter Anklage gestellt; er blieb aber Führer der Liberalen und der skrupelloseste Politiker Rumäniens.

Erschießung einer polnischen Spionin in Moskau.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet aus Moskau: Die Polin Helene Wischgewskaja, die sich mit militärischer und wirtschaftlicher Spionage befaßt und die systematische Beförderung gegenrevolutionärer Emigranten nach Polen unter Mitwirkung der polnischen Grenzbehörden organisiert hat, wurde vom Charkower Bezirksgericht in einer außerordentlichen Sitzung zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde vollstreckt.

Das Antigewerkschaftsgesetz vor dem Oberhaus.

London, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Oberhaus diskutierte am Donnerstag den Gesetzentwurf gegen die Gewerkschaften in zweiter Lesung. Lord Haldane brachte einen Antrag der Labour Peers auf Verwerfung des Gesetzes ein und betonte gegenüber der Behauptung des konservativen Lordkanzlers, daß es falsch sei, von einem Zusammenbruch des Widerstandes der Arbeiterschaft gegen das Gesetz zu sprechen. Die ganze Stärke des Widerstandes der Arbeiter werde in Erscheinung treten, sobald das Gesetz in Wirksamkeit gesetzt sein werde.

Aus dem Reiche.

Max Liebermann Ehrenbürger Berlins. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag abend in geheimer Sitzung gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen, den Maler Max Liebermann zu seinem 80. Geburtstage zum Ehrenbürger zu ernennen. Die Deutschnationalen verlangten die Verlegung dieses Beschlusses in die Geheimsitzung, um ihre vom Antisemitismus begründete Haltung vor der Oeffentlichkeit vertuschen zu können.

Pfarrer Münchmeyer verurteilt. Das Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Pfarrer Münchmeyer-Borkum wegen Beleidigung in einem Falle zu einer Geldstrafe von 200 Mark, eventuell zehn Tagen Gefängnis wegen fortgesetzter öffentlicher Beleidigung des praktischen Arztes Dr. Bensch zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Erneute Verlegung der Erhöhung der Postgebühren? Wie eine Korrespondenz wissen will, wird der Reichspostminister dem Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats Mitte der nächsten Woche erneut die Vorlage betreffs Erhöhung der Postgebühren vorlegen. Größere Aenderungen sind gegenüber dem zurückgezogenen Entwurf nicht vorgenommen. Die Verwaltungsratssitzung soll in etwa 14 Tagen stattfinden.

Berlin kauft das Schöneberger Südgelände. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat sich mit den Vorschlägen des damit beauftragten Ausschusses einverstanden erklärt, das Schöneberger Südgelände zu kaufen und zur Abrundung des Messegeländes die beiden Autohallen am Kaiserdamm zu erwerben.

Kleine Auslandsnachrichten.

Keine englischen Pässe nach Rußland. Im englischen Unterhaus teilte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen mit, daß England es ablehne, für Reisen nach Sowjetrußland Auslandspässe auszustellen, da die englische Regierung keine Gewähr für den Schutz ihrer Staatsangehörigen übernehmen könnte.

Ein Todesurteil in Leningrad. Das Leningrader Kriegstribunal verurteilte den Offizier der Roten Armee, Abbakumow, zum Tode. Abbakumow hatte den militärischen Korrespondenten der Leningrader Sowjetblätter, Ampilogow, der über die Lebensweise des Offiziers sowie über verschiedene von ihm begangene Unterschlagungen in den Zeitungen berichtet hatte, nach kurzem Wortwechsel ermordet.

General Le Rond in Warschau. In Warschau weilt seit einigen Tagen der frühere Oberkommandierende der alliierten Truppen in Oberschlesien, General Le Rond.

Die „America" ins Meer gestürzt.

Die Insassen gerettet.

Nach Redaktionsschluß wird uns gemeldet:

Paris, den 1. Juli. (Letzte Meldung.) **Auf dem Flugplatz von Le Bourget ist bei der Hafendirektion ein offizielles Telegramm eingetroffen, das mitteilt, daß die „America" heute vormittag 5,45 Uhr, etwa 200 Meter von der Küste bei Ver-Sur-Mer (nordöstlich von Bayeux, Departement Calvados), ins Meer gestürzt ist, nachdem sie gegen 3 Uhr die Gegend von Paris überflogen hatte. Byrd und seine Mannschaft sind gerettet.**

Zur Auflösung der Gutsbezirke.

Die zweite Lesung der Landgemeindeordnung hat sich vor der Sommerpause des Landtages nicht mehr bewerkstelligen lassen. Die weitere Beratung ist auf den Herbst verschoben worden. Der Versuch, Landgemeinde- und Städteordnung zu verabschieden, hat jedoch ein bemerkenswertes Ergebnis gezeitigt. Die Regierungsparteien im Landtage haben sich auf gemeinsame Abänderungsanträge zu den Beschlüssen des Gemeindeausschusses geeinigt. Das unbefriedigende Ergebnis der Ausschußberatung würde durch die Annahme dieser Anträge in unserem Sinne wesentlich verbessert werden. Besonders deutlich macht sich das in den Bestimmungen über die Auflösung der Gutsbezirke geltend, deren Vorbereitung dadurch parlamentarisch einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen ist.

Die hauptsächlichen Bestimmungen über die Auflösung der Gutsbezirke sind im § 149 enthalten. Die Ausschußbeschlüsse sehen grundsätzlich die Auflösung der Gutsbezirke vor. In jedem Kreise hat der Kreisausschuß für die Durchführung dieser Maßnahmen nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer einen Plan aufzustellen, über den der Bezirksausschuß und der Provinziallandtag gutachtlich zu hören sind. Die Festsetzung des Planes erfolgt durch den Provinzialrat, gegen dessen Entscheidung den Beteiligten und dem Oberpräsidenten die Beschwerde an das Staatsministerium zusteht.

Für eine schnelle und zweckmäßige Auflösung der Gutsbezirke sind diese Beschlüsse der zweiten Lesung unbrauchbar. Sie schalten in das Verfahren eine Fülle von Instanzen ein, deren Stellungnahme nicht nur eine überlange Zeit erfordern würde, sondern die auch durch ihre Zusammensetzung, zumal in den in erster Linie in Frage kommenden Gebieten des Ostens, alles andere als die Gewähr für einen wirklich radikalen Plan zur Auflösung der Gutsbezirke bieten. Die endgültige Festsetzung durch den Provinzialrat mußte ebenfalls bei der Zusammensetzung dieser Körperschaften im Osten die schwersten Bedenken hervorrufen. Das Eingreifen des Staatsministeriums als Beschwerdeinstanz kann eine wirklich durchgreifende Abänderung des Planes nicht sichern, sondern ist lediglich für seine Annahme oder Verwerfung ausschlaggebend, womit dem Ziel der Auflösung nicht gedient wäre.

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß die Auflösung der Gutsbezirke ein politisch notwendiger Staatsakt ist, bei dessen Vollziehung Selbstverwaltungsorganen, Beschlußbehörden und Verwaltungsgerichten irgend welche Rechte nicht eingeräumt zu werden brauchen. In der Vertretung dieses Standpunktes hat sie sich mit den beiden anderen Koalitionsparteien auf einen Abänderungsantrag geeinigt, der ihrer Auffassung in höherem Maße Rechnung trägt, als die erwähnten Ausschußbeschlüsse und folgendermaßen lautet:

„Ueber die Art der Auflösung beschließt das Staatsministerium. In jedem Kreise ist binnen einer vom Staatsministerium zu bestimmenden Frist durch den Kreisausschuß nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer ein Plan aufzustellen. Wird der Plan innerhalb dieser Frist nicht aufgestellt, so entscheidet das Staatsministerium von Amtswegen."

Hiernach würden die überflüssigen, rückständig wirkenden und Zeit vergeudenden Instanzen ausgeschaltet, der Einfluß des Staatsministeriums auf die Art der Auflösung und auf die Frist sichergestellt und eine Sabotage seitens reaktionär zusammengesetzter Kreisausschüsse durch die behelfsmäßige Entscheidung des Staatsministeriums unmöglich gemacht.

Eine weitere Verbesserung ist dem letzten Absatz des § 149 zuteil geworden. Er nennt die Fälle, in denen von einer Auflösung des Gutsbezirks Abstand genommen werden soll. Nach den Ausschußbeschlüssen sollte das der Fall sein, wenn die Vereinigung mit anderen Gemeinden oder die Zusammenlegung mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Gemeinde nicht zweckmäßig und die Umwandlung in eine selbständige Gemeinde nicht tunlich ist. Die Abänderungsanträge wollen die Worte „nicht zweckmäßig" durch „ausgeschlossen" und „tunlich" durch „möglich" ersetzen und dadurch die Zahl der verbleibenden Gutsbezirke auf vereinzelte Fälle beschränken. Die Ausschußbeschlüsse wollten schließlich noch von der Auflösung absehen, wenn die für die Gesamtheit zu erwartenden Vorteile in keinem angemessenen Verhältnis zu den volkswirtschaftlichen Nachteilen ständen, eine Fassung, die den politischen, für die Auflösung der Gutsbezirke sprechenden Momenten keineswegs gerecht und die eine Durchbrechung des Grundsatzes der Auflösung auf der ganzen Linie bedeuten würde. Der Antrag der Regierungsparteien verlangt die Streichung dieses Satzes.

Kein Wunder, daß die Parteien der Rechten sich mit allen Mitteln gegen eine solche Verbesserung der Landgemeindeordnung wehren. Die Deutsche Volkspartei darf im Interesse der Gutsbezirke dabei natürlich nicht fehlen. Während in den Ausschußbeschlüssen wenigstens der Grundsatz der Auflösung festgehalten war, will sie ihn beseitigen und die Gutsbezirke als eine besondere Art von Landgemeinden aufrecht erhalten. Für die eng begrenzten Fälle der Auflösung, die der volksparteiliche Antrag auch in den äußersten Fällen nicht als Muß bestimmung, sondern nur als Soll bestimmung vorsieht, verlangt er das umständliche, bereits kritisierte Verfahren der Ausschußbeschlüsse.

Noch gutsfreundlicher ist natürlich die Deutschnationale Volkspartei, die an den Gutsbezirken als Pfeilern ihrer Machtposition im Osten am liebsten überhaupt nicht rühren möchte. Sie beantragt, die Gutsbezirke nur da aufzulösen, wo infolge von Zersplitterung des Grundbesitzes durch Ansiedlung oder andere besondere Verhältnisse der Charakter als einheitlicher Gutsbezirk aufgehoben worden ist. Das bedeutet in Wahrheit den Verzicht auf jedes, auch nur das kleinste Entgegenkommen an den Gedanken der Auflösung der Gutsbezirke.

Schließlich sei noch des kommunistischen Antrages Erwähnung getan, der die Streichung der Ausnahmebestimmungen fordert. Wie üblich, haben die Kommunisten das Entscheidende nicht gesehen und die wirklichen Bedenken gegen die Ausschußbeschlüsse nicht erkannt. Die Punkte, zu denen Verbesserungsanträge notwendig waren, sind von den Kommunisten völlig unberücksichtigt geblieben. Sie haben jetzt die Forderung aufgestellt, die Auflösung der Gutsbezirke vorweg zu erledigen, wofür bekanntlich die Sozialdemokratie jederzeit zu haben ist. Sie haben den Antrag dazu in einer Form eingebracht, die genau der Fassung entspricht, die die Parteien der Weimarer Koalition für den § 149 vorgeschlagen hatten. Bei so starker Regierungsfreundlichkeit der Kommunisten und Unterstützung sozialdemokratischer Formulierungen wäre es eine grobe Unfreundlichkeit, wenn man weiter gegen sie polemisieren wollte; wir wollen uns dessen nicht schuldig machen . . .

—e—

RÄUMUNGS-VERKAUF

Beachten Sie unsere 18 Schaufenster

Billiger geht es wirklich nicht!

Beginn: Donnerstag, den 30. Juni

Damen Kleider Waschstoffe, hübsche Muster
DamenRöcke prakt. Hausrock, jetzt von 1.65 an

Damen-Mäntel haltbare Stoffe
Damen-Kleider bastfarb., Waschseide mit Bordüre . . . jetzt von 5.85 an

Backfisch-Kleider reinwoll. Popeline, lg. Arm
Backfisch-Kleider Waschseide, entzückende Rosenmuster . jetzt von 7.75 an

Damen-Mäntel Burbury, Rips, flotte Machart
Damen-Kleider Taffet, Crêpe de Chine, Eolienne . jetzt von 17.75 an

Ein großer Posten Herren-Anzüge schöne moderne Muster 45.75, 38.75, 30.75 16.75
Herren-Sport-Anzüge mod. Muster, mit Breeches od. Knickerbocker 56.—, 48.—, 35.50 27.50

Loden-Mäntel wasserdichte Lodenstoffe, Raglan und Bozenform 32.—, 24.50, 17.50 13.75

Unser Schlager!
Windjacken imprägnierte Stoffe, verschied. Formen 10.25, 14.50, 9.75 6.75

Enorm billig!
Breeches-Hosen z. T. leicht angeschmutzte Kord- u. Fantasiestoffe 5.75, 6.35, 9.75 4.50
Knickerbocker-Hosen schöne Fantasie-Muster, gute Paßform 11.50, 8.75 6.90

Strümpfe und Handschuhe

Damen-Strümpfe feine Baumwolle, farbig Paar 35, 25 20 ₰
Damen-Mako-Strümpfe schwarz, farbig Paar 1.45, 95 75 ₰
Damen-Strümpfe Prima Seidenflor, Paar 1.65, 1.25, 95 75 ₰
Damen-Strümpfe Seidenflor Imitation schwarz, farbig . Paar 85 ₰
Damen-Strümpfe 1/1 gestrickt, schwarz Paar 95 ₰
Damen-Strümpfe Kunstseide, Doppelsohle Hochferse mit Naht, schwarz, farbig . . . . Paar 95 ₰
Damen-Strümpfe feine Baumwolle, Doppelsohle, Hochferse schwarz farbig . . . . 2 Paar 95 ₰
Damen-Strümpfe Waschkunstseide, Dopp.-Sohle, Hochferse mit Naht . . . . Paar 1.35
Damen-Strümpfe Waschseide, bekannte gute Qualitäten Paar 2.85, 2.45 1.95
Herren-Schweißsocken für empfindliche Füße Paar 95 50 ₰
Herren-Jacquard-Socken Baumwolle, Kunstseide plattiert neueste Muster . . Paar 1.25, 95, 65 50 ₰
Herren-Socken grau Vigogne . 2 Paar 95 3 Paar 95 ₰
Herren-Socken einfarbig 2 Paar 95, 3 Paar 95 ₰
Kinder-Söckchen kleinere Größen, auch mit Wollrand durchweg Paar 25 ₰
Kinder-Söckchen mit Wollrand in den neuesten Mustern

Größe 1—3	4—6	7—10
Paar 45 ₰	65 ₰	75 ₰

Kinder-Knie-Strümpfe mit schönen Kanten

Serie I Seidenflor	Serie II Baumwolle
alle Größen durchweg . . . Paar 1.75	Paar 95 ₰

Kinder-Strümpfe farbig, schwarz Größe I steigerung pro Größe 5 Pfg. 45 ₰
Damen-Handschuhe mit 2 Druckknöpfen, farbig Paar 1.10, 85 45 ₰
Damen-Handschuhe mit Überschlag-Manschetten, neueste Muster . . . . Paar 1.25 85 ₰

Trikotagen und Wollwaren

Anknöpf-Höschen marineblau Trikot Gr. 46-60 . . . . Paar 50 ₰
Damen-Hemden fein gestrickt, weiß und farbig . . . Stück 95, 75 55 ₰
Damen-Schlüpfer Baumwolle, farbig Paar 1.75, 1.35, 85 65 ₰
Damen-Hemdhosen fein gestrickt, weiß u. farbig Windelverschluß . . . . Stück 1.55, 1.25 85 ₰
Bade-Anzüge verschiedene Ausführung Stück 1.45 85 ₰
Mädchen-Schlüpfer Kunstseide, II. Wahl, alle Gr. maschenfest, gestreift Paar 1.65, glatt 95 ₰
Damen-Schlüpfer Kunstseide, II. Wahl, maschenfest, gestreift, Paar 2.65, 1.65 glatt Paar 1.45
Prinzessröcke Kunstseide, II. Wahl, gestr. maschenf. St. 2.65, glatt 1.95 1.65
Damen-Hemdhosen Kunstseide mit und ohne Spitzen, maschenfest Paar 2.95 . . . glatt Paar 2.25, 2.25 1.95
Herren-Mako u. Netzjacken mit Knopfleiste Stück 95 ₰
Herren-Unterbeinkleider Baumwolle mod. u. farb. Paar 2.65, 1.75 1.35
Herren-Mako-Hemden feinfäd. Qualität 2.25 1.65 . . . . 2.85
Herren-Einsatz-Hemden alle Größen Stück 2.95, 2.65, 1.95 1.55
Damen-Pullover Kunstseide u. Kunstseide plattiert Stück 4.75, 3.95 2.95 2.65
Kinder-Pullover Wolle und Wolle m. Seide verschiedene Größen Stck. 3.75
Klub-Westen reine Wolle Stück 5.75, 6.75 4.85
Damen-Pullover-Kleider fesche Ausführung Stck. 8.75 7.95

Damenputz

Kirschentuff für Kostüme, Mäntel und Hüte, 5 teil. geb. 35 ₰
Kirschentuff 3 teil. geb. . . . . 25 ₰
Mandelblütenzweige für Vasen, weiß, rot u. rosa, Zweig 4 teil. geb. . . . . . . 25 ₰
Stangenreiher 30—35 cm lang, schwarz und weiß. 3 Stangen 95 ₰
Waschsüdwester für Damen und Kinder, mit und ohne Futter . . . . Stück 1.85, 1.35 85 ₰
Frauenhut Tagal, Pikotkopf m. Bandrand, Band und Reiherstielen garniert, schwarz u. braun, Stück 3.75

Wäsche

Jumper-Untertaillen Batist mit Spitze und Einsätzen . . . . . . Stück 1.35, 0.95 75 ₰
Träger-Hemden Wäschestoff mit Stickerei u. Spitze Stück 1.35, 1.10 85 ₰
Beinkleider Wäschetuch, geschloss. Form mit Hohlsaum u. Stickerei . . . . . . Stück 1.95 1.65 1.20
Hemdhosen Wäschetuch mit Hohls. od. Spitz. Stück 1.95, 1.65 95 ₰
Prinzessröcke Wäschestoff mit Hohlsaum, Stickerei und Spitzen . . . . Stück 2.95, 2.65 1.95
Nachthemden Wäschestoff mit Hohlsaum, Stickerei und Spitzen . . . . . Stück 3.45, 2.65 1.95
Büstenhalter Trikot oder Wäschetuch, weiß und farbig Stück 1.35 0.90 65 ₰
Strumpfhaltergürtel mit 2 und 4 Haltern, weiß und farbig . . . Stück 1.10, 0.75 50 ₰
Sport- u. Hüftgürtel Drell mit 2 od. 4 Haltern Stück 1.95, 1.45 95 ₰

Baumwollwaren usw.

Wasch-Musseline herrliche Ausmusterung, Meter 68, 58, 48, II. Wahl 38 ₰
Sport-Zephir glatt und gestreift, indanthren, für Kleider, Blusen und Hemden . . . . . Meter 45 ₰
Trachten-Zephir moderne Karos, indanthren, ca. 85 cm breit . . . . Meter 65 ₰
Schweizer Voil-Voile schöne moderne Muster, hell u. dunkelgrundig Mtr. 1.95 95 ₰
Hemdentuch gutes südd. Fabrikat, stark und feinfädig, 80 cm breit . . . . . . Meter 68 45 ₰
Scheuertücher mit verstärkter Mitte 4 Stück 1.00

Papierwaren

Abreißnotizblocks 10 Stck. sortiert 25 ₰
Quartblocks holzfr. Papier, 50 Blatt, liniert, kariert und glatt 36 ₰
Butterbrotpapier fettdicht, 3 Roll. 42 ₰
Reisepackung Leinenpap. i. versch. mod. Farben, 25 Bog. 25 Umschläge, gefüttert . . . . 48 ₰
Krepp-Papier-Servietten weiß gezackt . . . . . 100 Stück 50 ₰
Reiseblockpackung 20 Blatt, 20 Umschlg., Quart, holzf. Papier liniert 50 ₰
2 starke Diarien imit. Wachstuch, 3 Bleistifte, 3 Dutzend Stahlfed., 2 Notesbücher zus. 55 ₰
Krepptoilettenpapier „Marke 500" 3 extra große Rollen 85 ₰

Galanteriewaren

Krümel-Garnitur vermessingt und vernick. Stück 95 50 ₰
Likör- oder Eierservice mit Metalltablett . . . . . . Stück 95 50 ₰
Zucker od. Konfektkörbchen mit und ohne Löffel, in diversen Ausführungen . . . . Stück 95 50 ₰
Wandsprüche unter Glas mit Goldleiste . . . Stück 95 75 ₰
Bilder gerahmt, oval, eckig und rund, versch. Leisten und Dessins, zum Aussuchen, 1 Stück 95 u. 2 Stück 95 ₰
Brotkörbe oval und rund, vernickelt oder Messing . . . Stück 95 ₰
Familienrahmen diverse Leist., z. Aussuch. Stck. 1.95 95 ₰

Herrenartikel

Elegante Selbstbinder in riesenhafter Ausw. etwas ganz besond. Stck. 85, 58, 35 ₰
Herren-Stehumlegekragen gar. 4 fach Mako, modernste Form, verschiedene Höhen . . . . . Stck. 45 ₰
Farbige Sportkragen glatt und gestreift alle Weiten . . . . 3 Stück 58 ₰
Sportgürtel Vollrind, mit Koppelschloss oder amerikan. Schnalle . . . . Stück 95 75 ₰
Gummi-Hosenträger bekannt gute Qualitäten prima Lederpatten oder Gummiblesen, auch extra breit und stark Paar 1.45, 95 45 ₰
Oberhemden Perkal, solid. Qualität, mit Klappmanschetten und z. T. mit Kragen 4.95 2.95
Weisse-Oberhemden in den verschiedenen Ausführungen mit Piqué. Damassé karierten Einsätzen und Klappmannsch. alle Weiten zum Aussuchen Stück 6.75, 4.95 3.95

Herrenhüte

Sportmützen für Herren, modernste Deckel-Form mit Falten in verschiedenen Stoffen Stück 1.35, 95 ₰
Herren-Hüte Wollfilz modernste Farben Flachrand alle Größen in vorzügl. Qual. Stck 4.50, 3.50, 2.50
Top-Schirme haltbare Qualität Baumwolle solange Vorrat Stück 2.95
Herren-Regenschirme Halbseide festkantig gutes Stocksortiment . . . . . Stück 4.50

Kurzwaren

Stopf-Twist in allen Farben 3 Rollen 10 ₰
Halbleinenband in verschiedenen Breiten . 4 Stück 15 ₰
Wäscheknöpfe auf Karten à 3 Dtz. sortiert, 1 Karte u. 1 Paar Taschenringe mit Holzgriff . . 20 ₰
Schuhsenkel schwarz, Mako, 70 cm lang . . . . . . 6 Paar 20 ₰
Wäschebogen oder Wäschebesatz, glatt und mit kleinen Mustern, weiß . . . . . . 5-m-Stücke 25 ₰
Obergarn schwarz und weiß, 1000 m Rolle 4 fach . . . . 45 ₰
Nähbeutel für den Hausbedarf . . . 45 ₰
Perlmutterknöpfe 2 oder 4 Loch, 6 Dtz. sort. Mapp 50 ₰
Schrankborten rot oder blau bestickt . . . 5 Meter 75 ₰

Band u. Spitzen

Haarschleifen modernste Farb. zum Aussuchen 2 Stück 65 ₰
Haarbänder zum Aussuchen Stück 30, 20 und 15 ₰
Hemdensättel m. Achselschluß Stck. 65 ₰
Klöppeleinsätze für Wäsche, Handarbeiten und Gard. Stück 95 Meter 85 ₰
Batist-Stickerei reich gestickt à 35 cm br., Mtr. 85 ₰
Ein Posten gute Wäschestickerei neueste Muster . Coupon 2.30 Mtr. 75 ₰
Sportwolle großer Farbenreichtum 50 Gramm-Lage 45 ₰

Schuhwaren

Stoff-Hausschuhe und Kord-Pantoffel m. Ledersohle für Kinder, Damen und Herren durchweg Paar 95 ₰
Ein Posten weiße Leinen-Schnürstiefel ganz besond. preiswert Gr. 36—42 Paar 1.45
Lasting- u. Segeltuch-Schnür- u. Spangenschuhe schwarz für Damen Restposten . . . . Paar 3.50 2.50
Leder-Reiseschuhe feinfarb. Kroko u. schwarz für Damen und Herren. Paar 3.75, 3.45 2.90
Kinderstiefel, braun, Größe 31—35 Paar 3.95
Lack-Spangen- und Schnür-Halbschuhe spitze u. breite Form, teilw. Rahmenarbeit 10.95 8.95

Modewaren

Kleider-Einsatzwesten elegante Ausführungen zum Aussuchen Stück 1.45, 95 ₰
Kleider-Kragen mod. kurze Form verschiedene Ausführungen . . . . Stück 85, 65, 25 ₰
Kleidergarnituren für spitzen und runden Halsausschnitt m. Spitzenvarn. Stck 1.45, 85, 45 ₰
Jabots mit und ohne Kragen zum Aussuchen. . . . Stück 1.25, 75, 50 ₰
Damen-Wildledergürtel moderne Farben und weiß Glacé . . . . . . Stück 95 ₰
Kostüm-Schals Kunstseide mit schönen bunten Bordüren . . . . Stück 95 ₰

Handarbeiten

Wasserleitungsschoner vorgezeichnet . . . . Stück 35 ₰
Läufer mit Spitze und Einsatz, garn. Stück 1.10 65 ₰
Mitteldecken mit Spitze und Einsatz garniert . Stück 1.10 65 ₰
Ueberhandtücher für Küche oder Zimmer gez. Stück 1.45 95 ₰
Ueberhandtücher gestickt Stück 2.25 1.75
Kissenplatten mit Rückwand, gez. Stück 1.25 0.95 55 ₰
Mitteldecken Indanthren gefärbt, 60x60 . . . . . Stück 1.25
Tischdecken Indanthren gefärbt 100x100 . . . . Stück 3.50
Tischdecken 130x160. . . Stück 6.75 3.95

Schürzen

Jumper-Schürzen gestreift und türkisch Stück 1.95 1.65 0.95 75 ₰
Jumper-Schürzen türkisch gemustert Stück 2.65 2.45 2.25
Jumper-Schürzen türkisch gemustert, große Form . . . . Stück 3.85 2.95
Servier-Schürzen weiß Linon Stück 1.95 95 ₰
Haus-Schürzen schwarz Alpaka m. Träger . . . Stück 2.45
Mädchen-Hänger-Schürzen gestreift und bunt, Gr. 40-55 Stück 95 50 ₰

Gardinen, Teppiche

Künstler-Garnituren 3 teilig, Garnitur 7.00, 4.75, 2.50 1.75
Halbstores . . Stück 5.00, 2.80, 1.75 90 ₰
Gardinen verschiedene Breiten Meter 1.40, 1.05, 80 45 ₰
Gardinenreste und Abschnitte Stück 1.00, 75, 50 10 ₰
Divandecken Stück 12.—, 9.—, 7.50 5.25
Tischdecken Stück . 8.—, 6.—, 3.75 1.80
Kissen-Garnituren für Korbmöb. (Sitz u. Rück.) 4.50, 3.75, 3.25 2.50
Wachstuchdecken Stück 3.—, 1.50 1.10 90 ₰
Gardinenstangen rein Messing, verstellbar., kompl. 2.75

Lederwaren

Behälter aus Stoff, für Kragen, Kravatten etc. . . 1.25 75 ₰
Hutkartons 4eckig, mit Gurt . . 95 ₰
Markttaschen zum verlängern, aus gutem Stoff 2.50
Hand-, Besuchs- u. Beuteltaschen

Serie III	II	I
7.50	4.50	2.75

Rucksäcke gute Stoffe, gummiert, Tasche und breiten Vollederriemen 6.75, 5.95 4.95
Handkoffer, wetterfeste Platte mit 8 Vulkan-Schutzecken, Schiene, Griff und Kastenschlössern

Länge cm 75	70	65	60	55
4.65	4.25	3.85	3.50	3.25

Länge cm 50	45	40	35
2.95	2.65	2.35	1.85

Seifen

Haken- und Bubi-Spangen verschied. Ausführung. Stück 45, 25, 15 10 ₰
Zahnbürsten Zelluloid u. Bein, gute Borsten Stück . 45, 25 15 ₰
Frisierkämme gute Qualitäten Stück 45, 35 20 ₰
Seifen-Dosen weiß Zelluloid Stück 50 25 ₰
Mandelseife oder Mosaik-Riegel . . 25 ₰
Eau de Cologne od. Lavendelwass. Flasche 95, 50 25 ₰
Lavendelseife pa. Qual. 2 groß. Stücke 45 ₰
Oberschalseife großer Riegel . . . 50 ₰

Ein großer Posten Damenhüte

neueste Formen und Farben, elegante Geflechte wie: Tagal, Pikot, Florina, Bandlitze, garniert und ungarniert, zum Aussuchen

Serie V	IV	III	II	I
3.25	2.75	1.95	1.45	95 ₰

Für Haus und Küche

Wassergläser, gepreßt . . . . 8 ₰
Eierbecher mit und ohne Teller . . . . 15 8 ₰
Bierbecher mit Goldrand. Tönnchenform . 20 ₰
Alpaka-Eß- oder Kaffeelöffel . . 40 22 ₰
3 Tassen mit Untertassen mit kleinen Fehlern 25 ₰
Tasse mit Untertasse Goldrand od. bunt 28 ₰
Kleiderbügel fein lackiert, sort. Farben . . 30 ₰
Speiseteller tief oder flach mit kl. Fehlern 38 32 ₰

Maschinentöpfe, gefalzt, Emaille, neublau oder weiß

16	14	12	10 cm
78	58	48	38 ₰

Sturzkaraffe mit Glas gemustert . . . . . . 48 ₰
Sahnenschläger, Weißblech, 1 oder ½ Liter Inhalt . . . . 90 50 ₰
Speiseteller mit Goldrand, tief oder flach, Porzellan gebogt . . . . 55 ₰
Roßhaarbesen oder Feger . . . . 1.25 60 ₰
Satz Salatschüsseln Steingut, 6 teilig weiß oder 4 teilig bunt 95 68 ₰

1 Waggon Emaille und 1 Waggon weißes Porzellan

mit kleinen Schönheitsfehlern

außergewöhnlich billig

BARASCH

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. Juli.

Mittagspause.

Noch rattern und donnern in den Fabriken die Maschinen, noch qualmen die Schlote und brummen die Motore. Durch die weitgestreckten Räume zieht hin und wieder schon ein warmer Dunst von Speisen. Eifrig sind die Essenträger dabei, die angewärmten „Henkelmänner" ihren Besitzern zuzutragen. Etliche Lehrjungen laufen hastig mit Kaffeekannen dahin. Langsam rückt der Zeiger der Uhr der Mittagspause entgegen.

Schrilles Klingelzeichen! Summend verebbt das Tosen der Maschinen, letztes Klatschen der Treibriemen, dann lagert ungewohnte Stille über dem weiten Saal. Neue Geräusche erwachen nach der Monotonie wirbelnder Räder, man hört das Klappern der Töpfe, das Scharren und Kratzen eifrig bewegter Löffel. Die Männer im blauen Arbeitskittel sitzen beim kargen Mahl, sie stärken sich nach hastiger Arbeit. In kleinen Gruppen vereint, hocken sie auf ihren Sitzen, auf Kisten und primitiven Holzbänken. Um sie her ist die Oede der Fabrik, ragen trüb und kahl die ölbespritzten Wände.

Für saubere Tische und Gedecke ist weder Zeit noch Raum vorhanden, weiße Decken würden bald eine andere Farbe zeigen. Ist doch nicht einmal Gelegenheit gegeben, die ölbeschmierten Hände zu waschen. So gut es geht, werden sie mit alten Lappen abgewischt, dann den Löffel her, Deckel auf und ringehauen. Einige Minuten nur verbleiben nach der Mahlzeit. Ruhebedürftige Gemüter versuchen ein kleines Nickerchen. Andere hocken zusammen, tauschen ihre Ansichten aus über Politik und ähnliche Fragen.

Dann ist die Pause vorüber. Es schrillt die Klingel, durch den Gang schreitet der Arbeitsmann, schaltet den Motor ein. Dumpfes Summen ertönt, zögernd laufen die Riemenscheiben an, schneller wird das Tempo, bis sie sich drehen im wirbelnden Tanz. Die Arbeiter sind aufgestanden, Kisten und Schemel fliegen in die Ecke, ein kurzes Recken und Dehnen, schon geht es eifrig wieder ans Werken. Der halbe Tag ist ja glücklich vorbei, noch einige Stunden, dann ist wieder Feierabend für heute.

Der Herr Direktor hat mittlerweile seinen schweren Tourenwagen vorfahren lassen, ist auf leisen Gummireifen nach seiner Villa geschnurrt und sitzt jetzt am reichgedeckten Tisch im Speisezimmer. Der Diener trägt die Suppe auf, der Herr Direktor schielt schon nach der Kredenz herüber und überlegt, welchen Likör er sich nach dem Essen genehmigen soll. Schwer duften die Blumen in den hohen Kristallvasen . . . . Mittagspause.

Nochmals die Miete.

Nach der Verordnung des preußischen Volkswohlfahrtsminist Reichsmietengesetz muß die staatliche Grundsteuer und der Zuschlag der Kommunen zur staatlichen Grundsteuer, soweit er 100 Prozent nicht übersteigt, vom Hauseigentümer getragen werden. Dagegen ist der Hauseigentümer berechtigt, soweit die Kommunen mehr als 100 Prozent Zuschlag auf die staatliche Grundsteuer erheben, den Mehrbetrag auf die Mieter abzuwälzen. Breslau hat bisher 200 Prozent zur staatlichen Grundsteuer erhoben. Das hat die Folge gehabt, daß in Breslau die Miete 4 Prozent über der durch Reichsgesetz festgesetzten Höhe gelegen hat. Jeweilig 100 Prozent Grundsteuer machen nämlich 4 Prozent gesetzliche Miete aus. Nun ist im neuen Haushaltsplan der Stadt Breslau der Grundsteuerzuschlag von 200 Prozent auf 225 Prozent gesteigert worden. Auch die Erhöhung von 25 Prozent kann aber nach der Verordnung des Volkswohlfahrtsministers vom Hauseigentümer auf die Mieter umgelegt werden. Das bedeutet, daß der Hauseigentümer berechtigt ist, von seinen Mietern nunmehr 1 Prozent Miete mehr zu verlangen, so daß die gesetzliche Miete in Breslau fortan von 114 Prozent auf 115 Prozent der Friedensmiete gesteigert worden ist.

Die Steigerung ist rückwirkend vom 1. April ab erfolgt. Es müssen also am 1. Juli dreimal 1 Prozent nachgezahlt werden. Wer dazu nicht in der Lage ist, kann sich die Nachzahlung von je 1 Prozent auf die Monate Juli, August und September verteilen.

Warum Chamberlin nicht in Breslau landete.

Die Schlesische Luftverkehrs-A.-G. schreibt uns:

Wie Chamberlin in München dem Flugzeugführer Gewinn von der Deutschen Lufthansa, der die Strecke München—Prag—Breslau befliegt, mitgeteilt hat, hatte er die Absicht, bei seinem Flug von Prag nach Warschau in Breslau zu landen. Tatsächlich ist er auch über Breslau geflogen und hat über der Stadt eine Ehrenrunde ausgeführt. Darauf wollte er auf dem Flugplatz Breslau niedergehen. Als er ihn aber beackert fand und keinen Menschen anwesend, flog er nach Warschau weiter. Man hatte Chamberlin in Prag als Flughafen Breslau den während der Kriegszeit für militärische Zwecke hergerichteten Flughafen Hundsfeld in seine Karte eingezeichnet. Dieser Flugplatz ist seit 1919 der landwirtschaftlichen Bestellung zugeführt.

Merkwürdig mutet in diesem Zusamenhange auch das Telegramm der Flugleitung Prag an mit der Unterschrift — Aero olp. — an die Flugleitung der Deutschen Lufthansa in Breslau vom 27. Juni, welches besagt, daß Chamberlin Prag um 11,27 überflogen und Bestimmung (Destination) nach Krakau hätte.

Haben nun die Tschechen uns Herrn Chamberlin nicht gegönnt, oder macht sich Herr Chamberlin mit uns einen Scherz?

Das Schicksal eines Kriegers.

Am Montag veröffentlichten wir eine Notiz über den Selbstmord eines Kaufmanns, welcher sich in einem Anfall von Schwermut in die Oder gestürzt hatte. Dazu wird uns nun mitgeteilt: Der Verstorbene befand sich seit 2 Wochen in der Nervenheilanstalt Einbaumstraße zwecks Besserung seines im Kriege zugezogenen Nervenleidens. Da ihm selbst aber jedes Krankheitsbewußtsein fehlte, so wollte er durchaus wieder aus der Anstalt entlassen werden. Seine Frau konnte auf Anraten der Aerzte seinem Wunsche nicht nachkommen, und so verhalf er sich Donnerstag, den 23. Juni, selbst zur Freiheit. Er kletterte auf das Dach eines im Garten der Anstalt befindlichen Kegelhäuschens nahe der Mauer und gelangte somit über die Mauer. Die anwesenden Wärter im Garten bemerkten die Flucht und setzten ihm sofort per Rad nach. Die Flucht führte den Hatzfeldt-Weg entlang bis zur Rosentaler Brücke, wo er die Böschung zur Pferdeschwemme hinunterlief, um sich durch Schwimmen durch die Oder auf die andere Uferseite zu retten. Infolge der großen Hetzjagd konnte er nur die Hälfte der Oder durchschwimmen, da er plötzlich von einem Schlaganfall betroffen wurde. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr setzte den Sauerstoffapparat in Tätigkeit, leider ohne Erfolg.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

In einer Dauersitzung von fünf Stunden wurde gestern die gesamte Tagesordnung, darunter ein Dutzend Dringlichkeitsanträge, aufgearbeitet. Im ganzen zeigten sich die Stadtväter auch großzügig, doch in der Erwerbslosenfrage hielten sie sich an der untersten Grenze der Kleinzügigkeit. Endlich stand der Ausschußbericht über den seinerzeitigen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag zur Debatte, den Erwerbslosen zu Ostern eine Sonderbeihilfe von 20 Mark, für die Frauen von 10 Mark und für jedes Kind von 5 Mark zu gewähren. Die Kommunisten wollten gestern 30, 20 und 10 Mark bewilligt haben. Der deutschnationale Herr Thum erstattete den Bericht, der auf Ablehnung lautete. Genosse Darf trat für Annahme des sozialdemokratischen Antrages ein, stellte noch den Zusatzantrag, den notleidenden Erwerbslosen durch Gewährung von Lebensmittelmarken über die große Teuerung hinwegzuhelfen und regte außerdem an, Erwerbslosen, die vor Monatsende in Arbeit treten, für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit noch einen entsprechenden Teil der Mietsbeihilfe zu gewähren, da sie vom ersten Wochenlohn unmöglich sofort für einen Monat Miete bezahlen können. Auch möge man bei Gewährung der letzten Unterstützung solchen Erwerbslosen entgegenkommen, die in einen Betrieb mit vierzehntägiger Lohnzahlung eintreten, und von ihrer nur auf eine Woche berechneten Unterstützung nicht zwei Wochen leben können. Der Kämmerer bekämpfte insbesondere den kommunistischen Antrag, dessen Kosten er auf 1¾ Millionen berechnete. Der Oberbürgermeister rechnete anscheinend mit der Annahme des sozialdemokratischen Antrages und kündigte für diesen Fall eine besondere Deckungsvorlage an. Der Kommunist Adelt benahm sich leider in Bezug auf die Deckungsfrage sehr vorlaut. Statt die Dinge herankommen zu lassen, redete er den Unsinn, der Magistrat solle Deckung in Berlin verlangen, es fiele seiner Partei nicht ein, nach Deckung zu suchen. Genutzt wurde der Sache dadurch jedenfalls nicht. Obwohl Genosse Mache nochmals warm für den sozialdemokratischen Antrag eintrat und darauf hinwies, daß die Ablehnung draußen einen Schrei der Empörung auslösen würde, wurde die Gewährung jeglicher Beihilfe abgelehnt. Nur der Zusatzantrag bezüglich der Lebensmittelmarken fand Annahme. Die Anregungen bezüglich Mietsbeihilfen und Unterstützungsgewährung bei Annahme von Arbeit in Betrieben mit vierzehntägiger Lohnzahlung werden vom Magistrat geprüft werden. An der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages waren beteiligt Deutschnationale, Volkspartei, Demokraten und beiden Völkischen lehnten eine Beihilfe an die Erwerbslosen ab, Zentrum mit Ausnahme des Stadtv. Daumann. Auch die Staatsanwalt Dr. Speer hat ja Gefängnisse für sie bereit, wenn es nicht mehr anders geht.

Im übrigen war man, wie schon gesagt, großzügig. Die Anleihe für den zunächst in Aussicht genommenen Teil des Bauprogramms wurde auf 32,5 Millionen bemessen. Außerdem führen die Betriebswerke zu Lasten einer später aufzunehmenden produktiven Anleihe für 7,2 Millionen Mark Arbeiten aus. Der Ausführung von Notstandsarbeiten für annähernd 2 Millionen wurde ebenfalls zugestimmt. Auch die Ausdehnung der Wertzuwachssteuerordnung auf den Altbesitz fand eine Mehrheit, die bereit war, besitzbürgerliche Verschleppungsversuche abzuschlagen. Ein Antrag Heilberg auf Erhaltung der Bäume in der Gartenstraße wurde abgelehnt. Die Technik errang den Sieg, denn die Bäume sind doch nicht mehr lange zu halten. Die Pflegegelder für die in Stadtpflege untergebrachten Kinder werden um drei Mark erhöht, leider drang hierbei unsere Genossin Günther mit ihrem Antrage nicht durch, die Breslauer Sätze den Berlinern anzugleichen. Die Kommission zum Härteausgleich in der Beamtenbesoldung bleibt auf Antrag unseres Genossen Pietsch bestehen, um im Herbst die bisher nicht erledigten Fälle zu erledigen.

Vor einigen Wochen haben Stadtverordnete und Magistrat auf sozialdemokratischen Antrag gegen die Vernachlässigung von Breslau und Schlesien protestiert. Der Zentrumsmann Przybilla fragte nun, was aus dem Protest geworden sei, und der Oberbürgermeister antwortete, der Reichsinnenminister habe Preußen für zuständig erklärt, und der Preußische Landtag habe umgekehrt seine Kompetenz verneint und die Stadt an das Reich verwiesen. Demnach bleibt der Osten also weiter vernachlässigt. Die Schuld liegt natürlich bei der Reichsregierung, die Preußen nicht die nötigen Mittel für den Osten gibt. Den Junkern hilft man durch Zölle, ist das nicht auch eine „Osthilfe"? Alles andere mag im Osten verkümmern.

* * *

10 Minuten nach 5 Uhr eröffnet

Stadtverordneten-Vorsteher Dr. **Friedrich** die Sitzung und erteilt

Bürodirektor **Vogel** das Wort zu geschäftlichen Mitteilungen. Es folgt die Beratung über die Annahme einer Erbschaft von 4787 Mark, die eine Insassin des Hospitals St. Trinitas diesem Hospital vermacht hat. Die Vorlage wird gemäß der Empfehlung der Berichterstatterin

Stadtv. Frl. **Busch** angenommen.

Stadtv. Genosse **Stope** begründet als Berichterstatter eine Vorlage über die Verwendung des aus der Feingoldanleihe zur Verfügung stehenden Betrages für verschiedene Ausgaben der Wasserwerke, unter anderem auch die Wasserversorgung einiger einzugemeindender Vororte, die bereits in diesem Jahre mit Wasser versorgt werden sollen und bereits im Jahre 1926 vorgesehene, aber nicht ausgeführter Erweiterungen des Wasserrohrnetzes. Die Voralge wird angenommen. Ebenso eine Vorlage über die Beschaffung von Material über die Eisenbahnanlage des Stadthafens und die Herstellung einer Straßeneinfahrt in den Packhof, die insgesamt einen aus den Rücklagen der Hafenverwaltung zu deckenden Aufwand von 183 000 Mark erfordern.

Stadtv. Genosse **Darf** empfiehlt als Berichterstatter die Annahme einer Vorlage, die in Fortführung des

städtischen Arbeitsbeschaffungsprogramms

Notstandsarbeiten für insgesamt 150 Erwerbslosentage vorsieht. Die Vorlage wird ohne weitere Diskussion angenommen, während über die nächste Vorlage auf Schaffung eines Haarwaschraums im städtischen Warmbad eine Debatte zwischen der Berichterstatterin

Stadtv. Genossin **Günther** und Stadtv. **Schade** entsteht, in deren Verlauf festgestellt wird, daß der Haarwaschraum auch für die Bubiköpfe notwendig ist. Die auf Selbstbedienung der Gäste eingerichtete Anlage erfordert einen Aufwand von 3500 Mark. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Angenommen wurden dann zwei Vorlagen über den Ausbau eines Schafstalles zu einem Schweinemaststall und über die Bereitstellung von Mitteln für die Abbruchsarbeiten im Gaswerk Odertor.

Die Stadtv. Genosse **Frey** und **Halfpaap** berichten für die Ausschüsse II und V über die Aufnahme einer Inlandsanleihe von 32,5 Millionen Mark. Mit einer Ausnahme wird dem Verwendungsplan der beiden Ausschüsse entsprochen.

Nach Festlegung eines Fluchtlinienplanes auf dem Gebiet der Viehweide zwischen Westendstraße, Steinauer Straße und Verbindungsbahn berichtet Stadtv. **Kleiner** über eine Vorlage auf Uebernahme einer Bürgschaft für ein beim Reichsarbeitsministerium aufzunehmendes Darlehen der kommunalen Betriebskrankenkasse, das der

Erweiterung des Erholungsheims Wilhelmshöhe

in Petersdorf im Riesengebirge dienen soll.

Stadtv. Dr. **Goebel** begründet eine Magistratsvorlage auf Uebereignung einiger Parzellen des Rittergutes Herrnprotsch an den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose. Auf dem Gelände soll eine

Siedlung für Tuberkulosekranke

errichtet werden. Außerdem soll die Stadt die Bürgschaft für das im Anleihewege zu beschaffende Baukapital übernehmen.

Stadtv. Genossin **Zils-Eckstein** äußert Bedenken wegen der Form der Uebereignung städtischen Eigentums und stellt fest, daß die Sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich die Erstellung derartiger Stätten auf städtischem Boden in eigener Regie anstrebt und beantragt deshalb Verweisung der Vorlage in den Ausschuß IV.

Nachdem von Magistratsrat **Kobral** die Zusicherung gegeben wird, daß bei der Uebereignung die Unveräußerlichkeit selbstverständlich festgelegt wird und einigen von Stadtv. **Dr. Sossinka** angeregten Gesichtspunkten über die Erstellung der Siedlung selbst, entsprochen werden wird, zieht Genossin **Zils** im Interesse einer schnellen Erledigung der Angelegenheit ihren Antrag zurück. Die Vorlage wird angenommen. Den Ausschußbeschlüssen über die Vornahme dringender Arbeiten bei den Betriebswerken, bei der Straßenbahn und den Kanalwerken wird zugestimmt. Es folgt die Beratung der

Umgruppierung städtischer Beamter und Angestellter,

die zum Ausgleich von bestehenden Härten in der Einstufung seinerzeit von der Stadtverordnetenversammlung gefordert worden war. Gleichzeitig wird die Gewährung einer Aufwandsentschädigung an die Leiter der höheren Lehranstalten gefordert.

Stadtv. Genosse **Pietsch** stellt in diesem Zusammenhang einen Antrag, daß die zur Nachprüfung der Härten gewählte Kommission weiterbestehen bleibe. Er stellt fest, daß trotz der Genugtuung über den nunmehr gefundenen Ausgleich zahlreicher Härten, immer noch Fälle bestehen — es sind ihrer ungefähr 90 — die zwar vom Magistrat abgelehnt wurden, aber trotzdem der Nachprüfung bedürfen. Wartet man mit dieser Frage bis zur Schaffung der neuen Besoldungsordnung, die frühestens am 1. Oktober geschaffen werden kann, dann können diese Fälle keinesfalls mit der notwendigen Sorgfalt nachgeprüft werden.

Verwaltungsdirektor **Hauschild** wendet sich gegen diesen Antrag. Es sei nicht möglich, alle Härtefälle nachzuprüfen. Außerdem seien die fraglichen Fälle vom Magistrat bereits abgelehnt worden. Man dürfe

keine Unruhe unter die Beamtenschaft

tragen. (Zwischenrufe auf der Tribüne.) Bei der Abstimmung wird sowohl die Vorlage wie der Antrag Pietsch auf Weiterbestehen der Härtekommission angenommen. Nunmehr folgt die Beratung von zehn gedruckt vorliegenden und einigen weiteren im Laufe der Sitzung eingebrachten Dringlichkeitsanträgen.

Stadtverordneten-Vorsteher Dr. **Friedrich** schlägt vor, die Frage der Dringlichkeit gemeinsam zu beraten. Die Dringlichkeit wird daraufhin ohne Debatte für alle Anträge bejaht.

Als erster Dringlichkeitsantrag wird eine Vorlage über die Bewilligung der notwendigen Kosten für die Renovierung des Pfarrhauses in Kiemberg ohne Debatte angenommen. Der Vorlage, eine Ausfallbürgschaft für eine von der städtischen Sparkasse dem Zoologischen Garten bewilligte erststellige Hypothek wurde zugestimmt. Der in Frage kommende Betrag von 250 000 Mark soll der Abdeckung dringender Verpflichtungen des Zoo dienen.

Von kommunistischer Seite wurde durch Stadtv. **Ammon** Klage über die hohen Eintrittspreise geführt und verlangt, daß die Stadt ihren Einfluß im Sinne einer Ermäßigung der Preise, insbesondere für Erwerbslose und Schulkinder, geltend mache.

Stadtrat **Brentgen** erwidert, daß für Schulkinder bereits ein Eintrittspreis von 20 Pf. festgesetzt sei.

Ohne Debatte wird der Antrag, einige erforderliche Räume in der Albrechtstraße für Zwecke des Maschinenbauamtes zu mieten und instandzusetzen, angenommen. Für den

Um- und Ausbau des „Sonnenland"

an der Vorder leiche wurden 41 715 Mark bewilligt, die dem Haupextraordinarium entnommen werden sollen. Zu der Anstellung des Regierungsbaurats Max Busch aus Chemnitz als Magistratsbaurat und Leiter des zweiten Tiefbauamtes sowie des Regierungsbaumeisters a. D. Walter Reichel und des Oberstadtingenieurs Genossen Max Otte als Magistratsbauräte äußerte sich die Versammlung im zustimmenden Sinne. Lebhafte Erörterungen löste eine ebenfalls als dringlich bezeichnete Vorlage, die am Kapellenberg in Oswitz abgebrannte Scheune neu zu erbauen, aus. Die Vorlage sieht eine Mehrausgabe über den durch Versicherung gedeckten Betrag in der Höhe von 5200 Mark vor, da eine Umwandung hergestellt werden soll, die die Benutzung und den Mißbrauch der Scheune durch Landstreicher und Obdachlose verhindert. Schließlich wird gemäß der Vorlage beschlossen.

Für die Stützung des von Einsturzgefahr bedrohten Nordgiebels der Volksschule an der Matthiasstraße werden 18 800 Mark aus dem Haupextraordinarium bewilligt und für die

Beschaffung von Baugeldern

für Wohnungen städtischer Bediensteter gemäß den Beschlüssen der Ausschüsse statt, wie zuerst vorgesehen, 250 000 Mark, 500 000 Mark als Arbeitgeberdarlehen bereitgestellt. Die Debatte über die Einführung einer

neuen Wertzuwachssteuerordnung

führt zu ausgedehnten Auseinandersetzungen zwischen Stadtv. Genossen **Bandmann**, Stadtv. Dr. **Heilberg**, Stadtv. **Schmidt** und Stadtv. **Wagner**.

Stadtv. **Heilberg** tritt für eine nochmalige Verweisung an die Ausschüsse I und II ein, da die vorliegende Fassung seiner Auffassung nach den wirklichen Wertzuwachs nicht besteuere und die Kreditflüssigkeit des Hypothekenmarktes drossele.

Stadtv. **Schmidt** stellt demgegenüber fest, daß Heilberg als Vorsitzender des Unterausschusses selbst erklärt habe, es bestände Uebereinstimmung. Derzeit ist rechtlich eine Besteuerung des Wertzuwachses überhaupt nicht möglich. Würde man die Vorlage nicht verabschieden, so wäre das ein Anreiz zu Konjunkturverkäufen in dem nicht steuerpflichtigen Zeitraum.

Stadtv. Genosse **Bandmann** widerlegt die Argumente Heilbergs und ist der Ansicht, daß bei Hinzuziehung der, trotz dem Mitwirken von Juristen (Heiterkeit) in verständlichem Deutsch abgefaßten Bestimmungen, Befürchtungen nicht am Platze seien. In der Abstimmung wird der Antrag auf Zurückverweisung in die Ausschüsse abgelehnt und die Wertzuwachssteuerordnung ebenso wie die Uebergangsbestimmungen angenommen. Die in die Ausschüsse III und V verwiesene Frage der gewerblichen

Berufsschule für Mädchen

wird mit den in der letzten Sitzung angeregten Abänderungen angenommen. Für die Einrichtung elektrischer Beleuchtung, Instandsetzung der Heizungsanlagen und anderer Erfordernisse in der Städtischen Schule wurden gemäß einer von

Stadtv. Genossen Otte begründeten Dringlichkeitsvorlage 12203400 Mark, die vorschußweise aus der aufzunehmenden Anleihe zu decken sind, bewilligt.

Stadtv. Genossin **Thomas** beantragt bei einer **Vorlage auf** Erhöhung der Pflegegelder von in Stadtpflege **untergebrachten** Kindern um 3 Mark monatlich, die Pflegesätze wie bei den Wohlfahrtsbeihilfen **den Berliner Richtsätzen gleichzustellen.** Die Niedrigkeit der Pflegesätze habe zur Folge, daß den zu stellenden Ansprüchen in der Pflege der Kinder nicht Rechnung getragen werde.

Stadtv. Frl. **Nowak ist,** ohne es **näher zu begründen, gegen** diesen Antrag, der dann mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt wird. Die **Magistratsvorlage,** in der auch die Berechnung der Lehrbeihilfen für **hilfsbedürftige** Lehrlinge nach den erhöhten **Richtsätzen des Wohlfahrtsamts** vorgesehen ist, wird dann angenommen. Eine **scharfe Debatte** löst die gemeinsame Beratung der seinerzeit von der **Sozialdemokratischen** Fraktion gestellten **Anträge auf Gewährung** einer

Osterbeihilfe an die Erwerbslosen,

gemeinsam mit einem gleichlautenden, **neuerdings von den** Kommunisten gestellten Antrage, aus.

Stadtv. Genosse **Darf** und Stadtv. **Adelt** begründen gegenüber die Empfehlung des **Ausschusses VIII,** die Beihilfe abzulehnen, eingehend die Notwendigkeit, der **fürchterlichen** Not der Erwerbslosen zu steuern. Genosse **Darf** fordert außerdem einen Ausgleich für die in Arbeit tretenden Erwerbslosen bei den Mietbeihilfen und die Gewährung **von Lebensmittelscheinen auch** im Sommer.

Kämmerer Dr. **Friedel** und der **Oberbürgermeister halten die** Vorlage für unannehmbar, **da keine Deckung vorhanden sei.**

Stadtv. Dr. **Tilgner** hält die individuelle **Berücksichtigung** besonderer Notfälle, wie sie bereits **durch das Wohlfahrtsamt** geübt wird, für **zweckmäßiger.**

Stadtv. Genosse **Mache** unterstreicht **nachdrücklich die** Notwendigkeit, **der Not der Erwerbslosen zu steuern, die durch die** Einstufung **Breslaus** in das **Wirtschaftsgebiet Ost** sowieso nur die geringsten Sätze der Erwerbslosenfürsorge **erhalten** können. Die Sozialdemokratie wolle nicht mit der Straße drohen, **aber**

ein Schrei der Empörung

wird das selbstverständliche Ergebnis sein, wenn dieser Notlage nicht Rechnung getragen wird.

Weiter sprechen zu den Anträgen **noch** die Stadtvv. **Ammon, Dammann, Darf, Adelt** und der **Oberbürgermeister.** Unter lebhafter Bewegung **auch** auf der Tribüne werden **beide** Vorlagen dann von den Parteien des **Bürgerblocks** und zwei **Völkischen** abgelehnt und nur der Zusatzantrag Darf auf **Ausgleich** der Mietbeihilfen und Weitergewährung **von Lebensmittelscheinen** angenommen. (Zurufe zu den Zentrumsbänken: „Arbeitervertreter des Zentrums!" — „Das volle Portemonnaie regiert!")

Ein **Antrag Adelt** über die Neuregelung des **Arbeitsverhältnisses der Notstandsarbeiter** wird nach längerer Aussprache von der Mehrheit der Versammlung abgelehnt, ebenso fällt ein Antrag **Ammon,** den Mehrertrag der Wertzuwachssteuer zur Uebernahme von Resthypotheken zu verwenden gegen die bürgerlichen Stimmen.

Einigen weiteren kleineren Vorlagen folgt die Beratung eines Antrages Dr. **Heilberg,** die Bäume in der Gartenstraße **nicht** umzulegen, der nach ausgedehnter Debatte abgelehnt wird und eine Anfrage des

Stadtv. **Przybilla,** ob eine Antwort der Regierung auf den Protest der Stadtverordnetenversammlung gegen die Kürzung der **Ostbeihilfen** eingegangen. — Die Antwort des Preußischen Landtags, die auf die Zuständigkeit des Reiches verweist und des Reichsinnenministers werden daraufhin vom Oberbürgermeister **Wagner** bekannt gegeben. Ihnen ist nicht zu entnehmen, daß mit einer Verbesserung der Osthilfe im Laufe des Etatsjahres gerechnet werden kann.

Der um 10¼ Uhr geschlossenen öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Stillegung der Personenschiffahrt auf der Oder.

Man schreibt uns: **Am vergangenen Sonntag konnte man ein besonderes Schauspiel an den Dampferhaltestellen Ohlauufer** und Promenade beobachten. Fahrgäste, Proletarier mit ihren Familien im Begriff, der staubigen und lärmenden Großstadt zu entrinnen, standen zu Tausenden stundenlang an den Haltestellen, weil angeblich ein Regierungsrat vom hiesigen Oberpräsidium der Regatta zu Liebe den gesamten Schiffsverkehr auf der Oder stillgelegt hatte. Oberpräsident **Zimmer** ist in Urlaub. Für seinen Stellvertreter dürfte es sich empfehlen, hier einmal gehörig nach dem Rechten zu sehen. Nur der Besonnenheit der Wartenden ist es zu verdanken, daß es an den Haltestellen nicht zu Ausschreitungen gekommen ist.

Die Arbeiten am Fernheizwerk.

Es geht nun kräftig vorwärts mit dem Bau des Breslauer Fernheizwerkes, das eine völlige Umgestaltung unserer Wärmewirtschaft ankündigt. Magistratsbaurat **Grunow** lud dieser Tage die Vertreter der Presse zu einer Besichtigung über den Fortschritt der Arbeiten, als gerade die erste Schweißung der **Dampfleitung erfolgte.** Bisher sind es 58 Teilnehmer, die Anschluß finden werden. Das Polizeipräsidium dürfte hinzukommen. Auf neuliche Inserate liegen noch ein Dutzend Anfragen von Interessenten vor, die noch bearbeitet werden. Sechs Hausbesitzer lassen Zentralheizungen mit Anschluß an das Fernheizwerk bauen, während sie früher aus Mangel an Raum für die Kesselheizung dies nicht konnten.

Die Arbeiten im Kesselhaus am Luisenplatz sind soweit gediehen, daß in den nächsten Tagen mit der Aufstellung der ersten beiden Kessel begonnen werden kann. Das Kesselhaus ist nahezu um das Doppelte vergrößert worden, so daß später erheblich mehr Kessel aufgestellt werden können und die Anlage des Fernheizwerkes erheblich vergrößert werden kann. Zu diesem Zwecke ist auch ein Teil des Nachbargrundstückes, Friedrichstraße 12 hinzugenommen worden.

Das Kesselhaus ist aber auch erheblich erhöht worden, um die neuen moderneren Kessel unterzubringen. Das Dach wurde um 6 Meter gehoben und die Mauern entsprechend erhöht.

Die Fundamente für die ersten beiden Kessel sind ebenfalls bereits fertiggestellt, so daß unmittelbar nach Aufstellung der Kessel mit der Einbauung begonnen werden kann. Für jede einzelne Arbeit sind genaue Fristen festgelegt, die in Bezug auf das Kesselhaus auch ungefähr eingehalten werden konnten.

In den nächsten Tagen wird mit der erforderlichen **Erhöhung des Schornsteins** begonnen, und zwar sollen zunächst 10 Meter abgebrochen werden, bis ein größerer Querschnitt erreicht wird, und dann 25 Meter wieder aufgemauert werden. Die Gesamtlänge des Schornsteins wird dann 60 Meter betragen, so daß einer Rauchbelästigung der Umgegend vorgebeugt ist.

Die Schachtarbeiten auf der Straße wurden sofort nach Ausschreibung begonnen und sind über Luisenplatz, Zimmerstraße, bis zur Gartenstraße fertiggestellt; die Erdarbeiten in der Gartenstraße werden ebenfalls sofort begonnen und im Laufe von ungefähr 14 Tagen wird die Höfchenstraße erreicht sein.

Mit den **Betonarbeiten** konnte verhältnismäßig spät begonnen werden, da auf dem Luisenplatz bei der Kreuzung von Friedrichstraße, Luisenstraße, Zimmerstraße und Luisenplatz ganz außerordentliche unvorhergesehene Hindernisse auftraten. Zunächst störten eine ganze Reihe von **Postkabeln** die Kanalführung und zu deren Umlegung war die Anlegung eines neuen Kabelschachtes, Neuverlegung von Kabeln, von Zirkus Busch bis Friedrichstraße, erforderlich. Auch lag ein **Wasserrohr** von ungefähr 300 Millimeter lichter Weite ungefähr in der Länge von 20 Meter störend in der Kanalführung, so daß auch dieses Rohr umgewechselt werden mußte. Ebenso mußte ein 350 Millimeter-Gasrohr in Form eines Dükers unter Zwischenschaltung eines Wassertopfes unter dem Heizkanal durchgeführt werden. Zum Schluß waren noch etliche Lichtkabel, deren umständliche Verlegung eine erhebliche Verzögerung der Betonarbeiten hervorriefen. Diese Kabel lagen unmittelbar vor der Zimmerstraße und für die Umlegung war Aufreißen quer durch die Friedrichstraße längs der Häuser auf der Südseite der Friedrichstraße bis zum Luisenplatz notwendig. Alle Hindernisse sind aber jetzt beseitigt, und die Betonarbeiten sind bereits bis Mitte Zimmerstraße vorgeschritten. Mit der Verlegung der Dampf- und Kondensleitungen für das Fernheizwerk ist nun also begonnen worden.

Die Erstschweißung erfolgte in Gegenwart der Pressevertreter, und zwar wurde ein Dampfrohr von 400 Millimeter lichte Weite in der Baugrube stumpf aneinander geschweißt. Die hier zur Verwendung kommenden Rohre sind keine normalen Längen, sondern werden zur Beschleunigung der Arbeiten in **Längen von 16 Metern** vom Werk geliefert. Das Schweißen selbst erfolgt mit Sauerstoff von geübten Schweißern. Die Rohre werden während des Schweißprozesses langsam gedreht, so daß die Schweißnaht gleichmäßig und einwandsfrei erfolgt.

Sämtliche Rohre sind auf Rollen gelagert, so daß sie entsprechende Bewegungsfreiheit haben. Durch die Wärme dehnen sich die Rohre aus und diese Bewegung beträgt auf der ganzen Länge vom Fernheizwerk bis zum entferntesten Punkte am Hauptbahnhof ungefähr 8 Meter; diese Ausdehnung muß auf die ganze Rohrlänge verteilt werden, dazu sind an bestimmten Stellen Fixpunkte angeordnet, an denen die Rohrleitungen festgehalten werden. In den hierdurch erzielten Unterteilungen sind Wellrohre eingebaut, die die Ausdehnungsbewegung aufnehmen. Die Fixpunkte sind ungefähr 1 Meter hohe Eisenkonstruktionen aus T-Eisen, die unten einbetoniert werden und oben zwei Winkeleisen besitzen; zwischen letzterem wird das Rohr gelegt und Rohr- und Winkeleisen werden miteinander verschweißt.

In Bezug auf die Kanäle sei bemerkt, daß es sich zunächst um Abmessungen von ungefähr 1 Meter Breite handelt, wobei die Seitenwangen zirka 30 Zentimeter hoch sind; die Sohle ist mit Eisen armiert und besitzt zwei Rinnen, wovon eine unter der Dampfleitung, die andere unter der Kondensleitung liegt; da die Kanalsohle gleichmäßig Gefälle hat, so werden etwaige Undichtheiten durch das abfließende Wasser leicht kenntlich gemacht.

Leider sind bei dem Fernheizwerk alle Straßensperrungen von erheblich längerer Dauer als bei anderen Arbeiten, weil einmal erst die Erdarbeiten kommen, bevor mit dem Betonkanal begonnen werden kann. Die Betonkanäle sind aber abhängig von etwaigen Hindernissen, und erst wenn die Betonkanäle in einer größeren Länge fertiggestellt sind, kann mit der Verlegung der eigentlichen Fernleitungen begonnen werden.

Diese Leitungen müssen aber nun erst isoliert werden. Die Rohre werden zunächst mit Isoliermasse bestrichen, dann in zwei Schichten (fugenweise) mit Korkstreifen belegt und dann wieder mit Masse und Gips abgestrichen. Erst nach Beendigung dieser Arbeiten können die Kanaldeckel aufgebracht und das Pflaster wieder hergestellt werden. Zu vergessen ist auch nicht, daß alle Rohre vor der Isolierung erst mit Dampf gefüllt und mehrfach abgedrückt werden.

Die Arbeiten werden durchweg von Breslauer Arbeitern ausgeführt, sind im wesentlichen auch an Breslauer Firmen vergeben. Lediglich das Vorschweißen der Rohre erfolgt von besonders sachkundigen Monteuren, die von der Firma **Meyer**-Hamburg hierher beordert wurden. Vorläufig sind es sechs Mann, mit dem weiteren rascheren Fortschreiten der Erd- und Betonarbeiten aber werden bis zu fünfzehn auswärtige Monteure mit dem Schweißen der Rohre beschäftigt sein.

Dreitausend kostenlose Beratungen an Erwerbslose.

Dieser Tage wurde in der **Sprechstunde der Erwerbslosenkommission, Gewerkschaftshaus, die dreitausendste Auskunft und** Beratung an Erwerbslose erteilt. Damit ist bis jetzt im Interesse der Erwerbslosen ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet worden. Die Erwerbslosenkommission wurde auf Veranlassung der SPD. in den letzten Monaten des Vorjahres gebildet und ist heute für die Breslauer Erwerbslosen ein **wirksames Instrument der Hilfe** bei der Durchführung sachlich gerechtfertigter Ansprüche.

Der oberste Leitsatz für die Arbeit der Erwerbslosenkommission, nämlich die größte Sachlichkeit, hat sich glänzend bewährt und gezeigt, daß sich auch die Interessenvertretung der Erwerbslosen, ohne **blutige Demonstrationen,** ohne **Tumultversammlungen** und ohne **Phrasendrusch** durchführen läßt. Kostenlos **muß** die Beratung und Vertretung sein. Es geht nicht an, daß man dem Erwerbslosen, wie es heute verschiedene „Bünde" tun, für wenig wirksame Auskünfte noch den **letzten Sechser aus der Tasche reißt.** Der **Erwerbslose hat nichts zu verschenken.** Er muß daher vor gewissenlosen Leuten **bewahrt** werden, die sich nicht scheuen, unter dem Deckmantel eines völlig **bedeutungslosen** „Bundes" den Erwerbslosen auszubeuten. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß auch nach dieser Richtung hin durch die Erwerbslosenkommission eindämmend gewirkt wurde und dem „Bunde der Erwerbslosen", wie auch den übrigen „Bündchen" die Fälle und somit auch die ergaunerten Einnahmen wegschwimmen. Der Erwerbslose bedarf in seiner mißlichen Lage eine Vertretung, die persönlich einwandfrei, mit den Kenntnissen der Materie ausgerüstet, seine Ansprüche in **maßvoller, sachlicher Form** vertritt. Dadurch wird dem Erwerbslosen am besten gedient. Zugleich ist auch mit der dreitausendsten Auskunft bewiesen, wer von der Breslauer Interessenvertretung der Erwerbslosen die **wirksamste Arbeit leistet** und welche Interessenvertretung **mehr Vertrauen der Erwerbslosen** besitzt. Immer tauchen in der Sprechstunde neue Gesichter auf, alte und junge Erwerslose, die sich vertrauensvoll ihre Auskunft holen. Sie sind von einem Bekannten geschickt worden, dem auch geholfen wurde. Es spricht sich eben herum, und der arbeitende Erwerbslose hört es ja in den Sprechstunden selbst, daß ohne tönende Phrasen gearbeitet wird, daher Sachlichkeit und Nüchternheit in der Auffassung der Dinge vom größten Nutzen sind.

Zweimal in der Woche stehen die Mitglieder der Kommission in den einzelnen Sprechstunden den Erwerbslosen bereitwilligst zur Verfügung. Die Tätigkeit in der Kommission wird ehrenamtlich, das heißt ohne jede Entschädigung ausgeübt. Die Voraussetzung der Mitgliedschaft der Erwerbslosenkommission ist, daß nur Erwerbslose Kommissionsmitglieder werden können. Daraus ergibt sich, daß der hilfesuchende Erwerbslose bei dem Auskunfterteilenden immer ein offenes Ohr und Mitgefühl findet, da ja der Betreffende, der selbst erwerbslos ist, genau weiß, wo der Schuh drückt.

Aber die Arbeit der Kommission wäre nur Stückwerk, würde ihr nicht die Anlehnung an die mächtigsten politischen und wirtschaftlichen **Faktoren der Arbeiterschaft, Partei und Gewerkschaften** gegeben sein. Zu den Zukunftsaufgaben der Erwerbslosenkommission wird es daher gehören, diese Verbindungen weiter zu pflegen.

Dreitausend Beratungen zeigen, welch **ungeheures Elend** unter den Erwerbslosen herrscht, sie zeigen aber auch, daß die „**Rechtsregierung**" keine Zeit hat, sich mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. Sie zeigen auch das **Unheil,** welches bei dem kapitalistischen Wirtschaftssystem für den einzelnen herauskommt, und wie die Regierung im Gefolge der **Agrarier, der Monopole und Truste** einhermarschiert.

Erwerbslose! hat die „**Rechtsregierung**" keine Zeit, über die **Beseitigung der Arbeitslosigkeit** nachzudenken, so habt ihr Zeit, um auf legalem Wege, mit dem Stimmzettel, diese **mitleidslose Regierung** zu beseitigen.

Bargeldlose Steuerzahlungen.

In letzter Zeit sind bei den städtischen Steuerkassen oft Geldbeträge durch Postanweisung, Zahlkarte oder Postscheckverweisung mit unvollständigen Angaben über das Kassenzeichen, den Absender oder die Steuerart eingegangen. In einigen Fällen fehlte auf dem Postabschnitte überhaupt jeglicher Vermerk, sogar der Absender. Es ergeben sich dadurch für die Steuerkassen Schwierigkeiten bei der Verbuchung der Beträge, weil die Kassen im Zweifel sind, welchem Steuerpflichtigen die Beträge gutzuschreiben oder auf welche Steuerart sie zu verrechnen sind. Die Folge davon sind langwierige Rückfragen und unnötige Mahnungen.

Es werden deshalb alle Steuerpflichtigen ersucht, bei allen bargeldlosen Zahlungen neben den Vermerken über den Absender und die Steuerart stets das vollständige Kassenzeichen, das aus den zu Beginn des Steuerjahres übersandten Benachrichtigungskarten zu ersehen ist, anzugeben.

Quittung.

An weiteren Spenden für die **Ferienwanderung Breslauer Arbeiterkinder** gingen ein:

Liste 142: Druckerei Schatzky 25 M, Liste 158: Freund 27,50 M, Liste 180: Übrig 5,50 M, Liste 148: Linke & Richter 11,10 M, Liste 48: Großmann 4,75 M, Liste 136: Volkswacht 46,90 M, Liste 182: Schreiter 8,25 M, Liste 44: Gebr. Heimann 18,10 M, Liste 211: Holzwerke G. m. b. H. 8,55 M, Liste 228: Schuhfabrik Warschauer 8 M, Liste 232: Schuhfabrik Ring 12 M, Liste 71: Albert Knauth 22 M, Liste 198: Gräbner & Sohn 4,50 M, Liste 197: Kritsche 13,50 M, Liste 2: Halpaus Kartonnagensaal 29,10 M, Liste 3: Halpaus Tabaksaal 77,40 M, Liste 4: Halpaus Packsaal 40,95 M, Liste 5: Halpaus Banderoliersaal 6 M, Liste 6: Halpaus Expedition 10,05 M, Ersatzliste Maschinensaal 15,10 M, Liste 131: Böhm 4,50 M, Liste 335: Seifenfabrik Tessmann 9,50 M, Liste 124: F. W. Hoffmann 8,05 M, Liste 183: Scharffenberg 8,80 M, Liste 192: Drescher 7 M, Liste 118: Dampferfahrt: Maschinisten 8,50 M, Liste 18: Vordermühle 2,50 M, Liste 134: Hoferl & Co. 10 M, Liste 115: Bauhütte Tischlerei 12,80 M, Liste 12: Zigarrenfabrik O. Deter 5,85 M, Liste 45: Gassel & Schremk 8,45 M, Liste 7: Zigarrenfabrik G. Deter 10 M, Liste 229: Schuhfabrik Wohlauer 70,80 M, Liste 101: Ernst Hoffmann 18,60 M, Liste 307: Schmiffel & Kusch 16 M, Liste 146: Nitschkowsky 4,05 M, Liste 147: Maslankowsky 11,50 M, Liste 155: Guttmann 14,15 M, Liste 161: Genossenschafts-Druckerei Ursulinerstraße 1 M, Liste 190: Grosser 6,40 M, Liste 102: Heckmann 12,80 M. Liste 33: Betrieb und Firma Klein & Fränkel 12,50 M, Liste 206: Betrieb und Firma A. Schäffer A.-G. 35,90 M. Liste 201: Stober 10,95 M, Liste 275: Marstall-Abteilung IV, 9,80 M, Verband der Sattler 15 M, Reichsbund der Kriegsbeschädigten 100 M, Baugewerksbund 300 M, Verband der Freidenker für Feuerbestattung 10 M, Verband der Litographen und Steindrucker 10 M. Fritz Rasch 20 M. Verband der Holzarbeiter 75 M, Werkmeister-Verband 25 M, Verband der Zigarettenmaschinisten 100 M, Bekleidungsarbeiter 10 M, Arbeiter-Bank, Filiale Breslau 100 M, Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter 100 M, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 25 M.

Allen Spendern herzlichen Dank. Weitere Sammellisten sind noch bei Genossen Philipp, Gewerkschaftshaus, zu haben.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde E. V.
Kinderwanderungen.

NB. Die Ausgabe der Karten für unsere erste Wanderung erfolgt von heute ab bei den zuständigen Gewerkschaften.

Der Rekorddieb Barbé.

Im April dieses Jahres wurde der Beschlagschmied Joseph **Barbé** nach mehrwöchentlicher Verhandlung vom Großen Schöffengericht wegen **mehrerer hundert einfacher und schwerer Diebstähle** und Fahrraddiebstähle **zu zwölf Jahren Zuchthaus** verurteilt. Mit ihm waren noch sechs weitere Angeklagte, zum Teil verurteilt, zum Teil freigesprochen worden. Sämtliche Verurteilte hatten Berufung eingelegt. Aber auch die Staatsanwaltschaft hatte sich der Berufung angeschlossen und diese Berufung auch auf die Freigesprochenen ausgedehnt. Wie wir erfahren, hat nunmehr die Staatsanwaltschaft ihre Berufung sowohl bei den Verurteilten als auch bei den Freigesprochenen zurückgezogen, so daß im kommenden Prozeß, der allerdings erst in mehreren Monaten stattfinden dürfte, es sich lediglich um die Berufung der Verurteilten handeln wird.

---

* **Die Technische Hochschule in Breslau** hat dem Dipl.-Ing. Erich **Bergmann,** Breslau, auf Grund seiner Dissertation über „Die Eisenwärme in elektrischen Kleinstmaschinen" die Würde eines Dr. ing. verliehen.

* **„Geistiger Diebstahl des Generalers".** Unter dieser Ueberschrift regt sich die kommunistische „Arbeiterzeitung" darüber auf, daß der Generaler, ganz im Gegensatz zu seinen sonstigen Gepflogenheiten, über die große Veranstaltung der Arbeitersportler im Stadion berichtet hat. Uns interessiert daran nur die Behauptung, daß der Generaler sein Material von einem Berichterstatter M. habe, der **eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei** sei. Genosse **Manasse** bittet uns daraufhin, mitzuteilen, daß er dem Generalanzeiger über den Reichsarbeitersporttag auch nicht eine Zeile geliefert hat.

Unterstützt die Arbeitersamariter!

Freitag und Sonntag Beginn der Straßensammlung! Jeder gebe!

* Sein **25jähriges Arbeitsjubiläum** begeht heute der Malermeister Emil Starke, Monhauptstraße 27, bei der Firma M. Schlesinger, Goethestraße 36.

* **Der Distrikt 38** macht auf sein am Sonntag, den 3. Juli, stattfindendes erstes Stiftungsfest aufmerksam und ladet die Genossinnen und Genossen hiermit freundlichst ein (Siehe Inserat.)

* **Straßenrennen.** Am kommenden Sonntag findet das Ostdeutsche Mifa-Straßen-Derby statt. Die Strecke führt von Berlin bis Breslau, wo die Fahrer etwa gegen 3 Uhr nachmittags bei Schmiedefeld, Kilometerstein 7,8, eintreffen dürften. Die Mitteldeutschen Fahrradwerke haben zu diesem Rennen eine große Anzahl von Preisen zur Verfügung gestellt, die in der Fabrikverkaufsstelle Gartenstraße 43, am Konzerthaus, im Schaufenster ausgestellt sind.

* **Zugunsten der öffentlichen Sammlung der Breslauer Arbeiter-Samariter-Kolonne** veranstaltet die Kapelle des Reichsbanners nächsten Sonntag, von 11 bis 12 Uhr, ein Platzkonzert am Striegauer Platz. Aus gleichem Anlaß und zur gleichen Zeit konzertiert die Kapelle des Sozialistischen Jungordnerdienstes am Wäldchen. Die Roten Frontkämpfer wollen an der Vorwerk-, Ecke Tauentzienstraße, und an der Scheitniger, Ecke Hirschstraße, musizieren. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Sammler eine Armbinde tragen und mit einem Ausweis ausgerüstet sind. Nehme jeder Gelegenheit, die Arbeiter-Samariter durch eine Spende zu unterstützen. Die Grünanlagen an den Konzertplätzen sind während der Darbietungen dem Schutze des Publikums empfohlen.

* **Wer war der überfahrene Knabe?** Am 30. Mai, mittags gegen 12 Uhr, überfuhr ein Radfahrer auf der Friedrich-Wilhelm-Straße in der Nähe des Wachtplatzes durch rücksichtsloses Fahren einen Schulknaben. Während der Knabe mit blutenden Verletzungen liegen blieb, ergriff der Radfahrer die Flucht, konnte aber später festgestellt werden. Die Strafverfolgung konnte bisher nicht einsetzen, weil der Knabe, der von hilfsbereiten Passanten fortgeschafft wurde, bisher nicht ermittelt werden konnte. Die Eltern werden daher gebeten, ihre Anschrift der Kriminalpolizei, Stadtgrabenkaserne, Zimmer 93, mitzuteilen.

* **Zum Blumentag des Niederschlesischen Landes-Blindenverbandes** am Sonntag, den 3. Juli, finden in den Mittagsstunden Freikonzerte statt: vormittags von 11 bis 12 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Kapelle des Inf.-Regts. Nr. 7, Leitung Obermusikmeister Kiefer; vormittags von 11 bis 12 Uhr vor dem Hauptbahnhof, Kapelle der Eisenbahner, Leitung Eisenbahn-Obersekretär Ziegler; mittags von 12 bis 13 Uhr: am Reichspräsidenten-Platz, Trompeterkorps des Reiterregiments Nr. 7, Leitung Ober-Musikmeister Ullrich.

* **Ein Bienenschwarm** hatte sich gestern auf dem Schulhofe Nikolaistraße 63 festgesetzt. Er mußte von der Feuerwehr entfernt werden.

* **Schlesische Kunstausstellung.** Nachdem der Verkauf von Kunstwerken in der Schlesischen Kunstausstellung mit dem Ankauf eines Stillebens von Prof. Kanoldt durch einen Breslauer Privatmann einen erfreulichen Anfang genommen hat, ist nun auch die Stadt Breslau als erste der Behörden als Käufer aufgetreten und hat Arbeiten nachfolgender Breslauer Künstler und Künstlerinnen erworben: Aschheim, Kanoldt, Kowalski, Pelzer, Petzold, Schmedes, Schultze, Seidel, Staats, Wagner, Zimbal. An Werken wurden angekauft von auswärtigen Künstlern: Aust (Hermsdorf), Fechner (Weimar), Kubierschky (München), Pfeiffer-Kohrt (Königsberg), Pfohl (Ober-Schreiberhau), Reer (Gottesberg), Ressel (Agnetendorf), Stöckel (Schweidnitz). Der Besuch hat sich in dieser Woche bedeutend gehoben, und es wäre wirklich im Interesse des Breslauer Kunstlebens zu begrüßen, wenn noch mehr Privatleute die Gelegenheit wahrnähmen, nicht nur die Ausstellung zu besuchen, sondern in ihr sich auch ein Bild oder eine Plastik zu erwerben.

* **Textilkunstausstellung.** Das Interesse für die Textilkunstausstellung wächst von Tag zu Tag. Täglich kommen Schulen zur Besichtigung. Eine ganze Anzahl von Vereinen hat sich für die kommende Woche angemeldet. Nachdem der kleine Führer bereits vergriffen ist, wird nun vom kommenden Sonnabend nachmittag ab der mit reichen Illustrationen versehene Katalog zu haben sein. Wegen Führungen wende man sich an „Textilkunstausstellung Breslau-Scheitnig. Ausstellungsgebäude".

* **Sakrau wird mit Gas versorgt.** Die Betriebsverwaltung hat sich entschlossen, den bisher in jeder Hinsicht stiefmütterlich behandelten Stadtteil Sakrau mit Gasbeleuchtung zu versehen. Zurzeit wird die Rohrleitung gelegt, so daß mit der Gasabgabe an diesen Stadtteil bereits in einem Monat zu rechnen ist. Wie wir weiter erfahren, kommt, wenn die Sakrauer Wünsche erfüllt sein werden, die Gemeinde Kgl. Neudorf an die Reihe.

* **Der Breslauer Schwerhörigen-Verein** hält am 5. Juli, 19 (7) Uhr, in der Taubstummen-Anstalt, Gartenhaus, Sternstraße, eine Mitgliederversammlung ab. Neumeldungen an Taubstummen-Oberlehrer Lux, hier 16, Bachstraße 18. Vereinsbeitrag vierteljährlich bis 1 Mark.

* **Im Etablissement Riviera, Eichenparkstraße 41, findet** Sonnabend, den 2. Juli, abends 7 Uhr, ein großes Garten-Freikonzert statt. Der Inhaber führt 15 Prozent seiner Gesamteinnahme dem Sammelfonds der Arbeiter-Samariter-Kolonne Breslau zu, weshalb zu regem Besuch eingeladen wird.

* **Unfall einer bejahrten Frau.** Am 29. Juni, in den frühen Morgenstunden, stürzte die 64jährige Handelsfrau Haertel, Piastenstraße 24, im Hinterhaus wohnend, beim Hinaufgehen der Treppen rücklings ab und blieb mit schwerer Kopfverletzung liegen. Hinzukommende Bewohner holten einen Arzt, der einen Notverband anlegte und die Frau ins Krankenhaus schaffen ließ.

* **Versuchter Raub.** Am 24. Juni, gegen 11,45 Uhr abends, wurde auf ein Dienstmädchen auf dem Wege von der Siedlung Zimpel nach der Lehrkolonie Zimpel, unweit der Ziegelei, ein Raubüberfall verübt, indem der Täter versucht hat, dem Mädchen ihre Aktentasche zu rauben. Auf die Hilferufe hat der Täter in Richtung Schwoitsch die Flucht ergriffen. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß der Täter in der Siedlung Zimpel bezw. in Schwoitsch wohnt. Der Täter wird wie folgt beschrieben: 30 bis 35 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Meter groß, schlank, im Gesicht stark zerkratzt, trug grauen Anzug und schwarzen Hut. Sachdienliche Angaben, die streng vertraulich behandelt werden, erbittet das Polizeipräsidium, Zimmer 7, Schuhbrücke 46.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5652

Achtung, Distriktsführer!

Sorgt dafür, daß alle Distriktsfahnen restlos heute abend zur Stelle sind.

Distrikt 1. Heute abend 7½ Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Klante, Hochstraße 7.

Distrikt 11. Heute, Freitag, den 1. Juli, 20 Uhr, bei Guhl in Klein-Gandau: Sitzung sämtlicher Funktionäre und Interessenten am Kinderfest. Jeder einzelne muß erscheinen.

Distrikt 30/40. Heute abend 8 Uhr Bastelabend bei Hartmann, Lehmgrubenstraße 50. Trinkgefäße nicht vergessen.

Distrikt 38. Wir weisen nochmals auf unser Sonntag, den 3. Juli, nachmittags im Erholungsheim in Zimpel stattfindendes Stiftungsfest hin. Eingeladen sind alle Mitglieder unseres Distrikts, Freunde und Bekannte. Der Festzug findet wegen technischen Schwierigkeiten leider nicht statt.

Frauen der Distrikte 16/20. Montag, den 4. Juli, 8 Uhr abends, spricht im „Bergkeller" in einer Frauenversammlung Genosse Karl Mache über: „Die Wirtschaftsnöte der Gegenwart und die Frauen". Wir bitten um zahlreichen Besuch aller Genossinnen und laden alle Volkswachtleserinnen und Sympathisierenden freundlichst ein.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z.d.A.-Jugend. Heim 1. Sonntag treffen wir uns um ¾6 Uhr am Trebnitzer Platz zu einer Wanderfahrt nach Schebitz. Abmarsch um 6 Uhr.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Heute abend 20 Uhr findet in der Aula der Bender-Oberrealschule am Lehmdamm unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: „Die Aufgaben der Arbeiterjugendbewegung". Referent: Genosse Fritz Ohlig. Geschäftsbericht, Kassenbericht, Anträge und Wahlen, Verschiedenes. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte bzw. Bücher oder Aufnahmescheine. Andere Ausweise haben keine Gültigkeit.

Die Obleute der Heime 1, 3, 4 und 7 haben die Berichtsbogen für das zweite Vierteljahr spätestens Punkt 19 Uhr in der Benderschule abzugeben.

Kassierer. Die Heime 1—5 rechnen Donnerstag, den 7. Juli, und die Heime 6—9 Montag, den 11. Juli, von 19—21 Uhr in der Fürstenschule die Junibeiträge ab.

Die Sonnenwendfeier der Arbeiterjugend findet morgen abend 21 Uhr auf der Drei-Eichen-Wiese in Scheitnig statt. Die gesamte arbeitende Jugend und die erwachsene Arbeiterschaft ist eingeladen und trifft sich um ½21 Uhr an der Paßbrücke. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Heim 2. Wir treffen uns um 19,30 Uhr bei Rademacher und gehen zur Mitgliederversammlung. Wer den Junibeitrag noch nicht bezahlt hat, bringt ihn mit.

Heim 5. Alle Genossen, die „Junge Kämpfer" zu verkaufen haben, rechnen heute beim Genossen Baudis ab.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppenleiter rechnen heute abend um 7½ Uhr in der Baracke an den Teichäckern bestimmt ihre Beiträge ab. Alles Säumige muß nachgeholt werden.

Achtung, Pragfahrer! Die Kinder aus Gruppe 6 treffen sich Sonnabend früh um 5¼ Uhr an der Baracke an den Teichäckern. Alle übrigen aus Gruppe 1, 2 und 3 am Fränkelplatz gegenüber dem Postamt 2, Hauptbahnhof. Alles ist pünktlich. Freundschaft zu froher Fahrt.

Ihr Arbeiter, nehmt Weib und Kind, so sie euch lieb und teuer sind, laßt sie sich freu'n und scherzen. Bis zum Johannisfest sie führt — das Geld, was ihr dabei riskiert, macht reicher euch im Herzen!

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Vor dem Zentrum der Störung 31 D ist es in den Sudetenländern zur Ausbildung eines Föhnstadiums gekommen, das jedoch bald durch das Eindringen etwas kühlerer maritimer Luftmassen unterbrochen werden dürfte. Bei teils heiterem und teils wolkigem Wetter haben wir daher verbreitete Gewitter zu erwarten. Die Witterung dürfte zunächst weiter warm bleiben.

Aussichten für das schlesische Flachland, Mittel- und Hochgebirge:

Zeitweise auffrischender Süd, teils wolkiges, teils heiteres, sehr warmes Wetter, verbreitete Gewitter oder Gewitterschauer.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 1. 7. 27.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	20	27	14	heiter	O 2		
Görlitz	18	25	14	klar	O 1		
Liegnitz	18	25	12	"	SO 2		
Bad Flinsberg	16	25	12	"	S 4		
Heufuderbaude	15	24	11	"	S 4		
[illegible]	16	24	12	"	S 1		
N. Schles. Baude	16	20	14	"	SW 2		
Reifträgerbaude	15	20	10	"	SW 3		
Schneekoppe	13	15	9	heiter	S 4		
Glatzdorf							
Krietern	19	29	13	klar	OSO :		
Zobten							
Bad Salzbrunn	21	25	15	heiter	still		
Friedland (Bez. Breslau)	18	24	12	klar	still		
Reinerz	18	25	10	"	SW 2		
Landeck	20	25	9	"	S 4		
Reichenstein	21	27	14	"	NW 2		
Festenberg	21	28	14	heiter	O 3		
Neisse	18	26	13	klar	NO 1		
Kroskau	20	27	10	"	SO 1		
Kreuzburg	20	27	13	"	SO 3		
Gleiwitz	20	25	13	heiter	OSO 5		
Beuthen	19	28	11	"	SO 6		

Geschäftliches.

Geschäftsjubiläum. Die bekannte Uhren- und Goldwarenhandlung Paul Ritter, Breslau, Kupferschmiedestraße 17, besteht am 1. Juli 25 Jahre. Das Geschäft wurde von dem jetzigen Inhaber gegründet und hat derselbe es verstanden, durch strengste Reellität in Breslau sowie ganz Schlesien sich einen guten Ruf zu verschaffen.

Der Dortmunder Union-Bräukeller wird nach monatelangen Vorbereitungen und großzügigem Ausbau Sonnabend, den 2. Juli, in dem Grundstück Ohlauer Straße 9 (nahe am Ring) eröffnet. Die Eigenart des Lokals und die gediegene Ausstattung kann für Breslau als Sehenswürdigkeit angesprochen werden. Die Oekonomie des Spezialausschanks übernimmt Herr Friedrich Scheibegger, der bisherige langjährige Direktor des Hotels „Schlesischer Hof", dem ein besonders guter Ruf als hervorragender Fachmann vorausgeht. Das Dortmunder Union-Bier ist wegen seiner Güte und Bekömmlichkeit bekannt und die Küche wird das Beste zu soliden Preisen bieten.

Vereinskalender.

Deutscher Baugewerksbund. Fachgruppe der Putzer. Sonnabend, den 2. Juli, nachmittags 19,30 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 9, unsere Monatsversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen wird erwünscht.
Die Fachgruppenleitung.

Baugewerkschaft Sachwitz-Canth. Sonntag, den 3. Juli, 14 Uhr, findet im „Rautenkranz" zu Canth eine Mitgliederversammlung statt. Jedes Mitglied der Baugewerkschaft hat zu erscheinen.
Die Vereinsleitung.

Arbeiter-Sport.

Heute abend ist die Ausgabe aller Fahrkarten

zur Olympiade in Prag im Gewerkschaftshause. Sonnabend früh ist 5,30 Uhr Treffen im Westflügel der Verkehrshalle.

Mittwoch, den 13. Juli, ist Kartellvorstandssitzung. Mittwoch, den 20. Juli, ist Kartellversammlung. Bis zum 13. Juli müssen alle Rechnungen und Außenstände beim Kassierer beglichen sein.

Werbeschauturnen. Heute abend von 18—21 Uhr finden in folgenden Turnhallen Werbeschauturnen der Freien Turnerschaft Breslau statt: Liegnitzer und Posener Straße für den Westen; Kreuzstraße für das Odertor; Reichstraße für Gräbschen; Brockauer und Ofener Straße für den Osten. Für das Strehlener Tor Schauturnen in der Turnhalle Steinstraße 84/88 am Sonnabend, den 1. Juli.

Arbeiter-Radfahrerverein Breslau.

Ausfahrten für Monat Juli: Am 2. und 3. Juli: Jugendausfahrt nach Striegau. Treffpunkt 5 und 7 Uhr nachmittags Sadowastraße, am Brausebad. Am 3. Juli: Frühtour nach Klein-Gandau, 7 Uhr, Ring; nachmittags 1 Uhr nach Klein-Weigelsdorf. Am 9. Juli: Sommerfest im „Wappenhof". Am 10. Juli: Nach Sandberg, 1 Uhr nachmittags, Ring. Am 16. Juli: Mondscheintour nach Zobten und Umgebung, 8 Uhr abends vom Webskyplatz. Am 17. Juli: Reibnitzer-Südpark, 1 Uhr nachmittags, Ring. Am 24. Juli: Gaufest in Gleiwitz. Nach dem Zinnobersee 5 Uhr früh, Ring; nachmittags 1 Uhr Lanisch-Steine. Am 31. Juli: Gausternfahrt nach Strehlen, 5 Uhr früh, Ring.

Für Motorradfahrer: 3. Juli: Nach Reichenstein, 5 Uhr früh am Friedeberg. 10. Juli: Nach Smortawe, 12 Uhr mittags an der Lutherkirche. 17. Juli: Nach Zobten, 2 Uhr früh am Friedeberg. 24. Juli: Nach Gleiwitz, 3 Uhr früh am Mauritiusplatz. 31. Juli: Nach Strehlen, 7 Uhr früh am Ring.

Achtung, 5. Abteilung! Dienstag, den 5. Juli, abends 6½ Uhr, findet eine Abendausfahrt nach Rothsürben statt.

Sämtliche Abteilungsfahrwarte haben Sonnabend, 2. Juli, abends 6 Uhr, bei Genossen M. Wittke, Hildebrandtstraße 13, zwecks Abholung der gedruckten Tourentafeln zu erscheinen.

Zur Enthüllung des Denksteines
für Genossen Felix Doktor
stehen die Fahnenabordnungen der Distrikte morgen, Sonnabend, den 2. Juli, nachmittags pünktlich 5 Uhr, an der Endstation der Elektrischen Bahn, Gräbschener Friedhöfe, zur Teilnahme an der Feier bereit.
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Ortsverein Breslau.

Stadt-Theater.

„Die Meistersinger von Nürnberg".

Abschiedsabend.

Die Opernspielzeit wurde mit der üblichen „Meistersinger"-Aufführung beschlossen, die diesmal ihr besonderes Gepräge durch das Abschiedsauftreten dreier aus dem Mitgliederverbande ausscheidender Künstler bekam. Unter ihnen befand sich der Heldenbariton Richard Groß, dem wir eine Fülle tiefer und nachhaltiger Eindrücke verdanken. Es darf nicht als Zufall angesehen werden, daß uns der Künstler zuletzt seinen Hans Sachs zeigte. In diesen Schusterpoeten ist er hineingewachsen bis zur völligen Verkörperung, so daß selbst Höchstleistungen, wie sein Jago, sein Telramund oder auch der famos ausgefeilte Bösewicht Scarpia, hinter ihm zurücktreten. Er findet hier den Ausdruck gleichermaßen für das Gemütvolle wie für das Kernige und beherrscht repräsentativ die Bühne. Durch seine blutvolle Gestaltung bekam der Schlußabend eine ungemein festliche Stimmung.

Auch der Buffotenor Max Roller, der den David sang, verläßt uns. Er hat sich bei uns als ein sehr verwendungsfähiger, anschmiegsamer, geschmackvoller Sänger bewährt, der sein Hauptrepertoire (David, Mime usw.) bis in die kleinste Nüance beherrschte und nicht selten das rein Buffoneske verließ, um im lyrischen Tenorfach auszuhelfen. Erst vor ein paar Tagen sang er die männliche Hauptpartie in der „Regimentstochter" durchaus hörenswert. Selbstverständlich lag seine Stärke im Komischen, weshalb uns beispielsweise — um eine Rolle aus seiner letzten Zeit zu nennen — sein einfältiger Wenzel („Verkaufte Braut") lange noch im Gedächtnis haften wird.

Den Kothner sang, ebenfalls bei uns zum letzten Male, Niels Källe. In den verschiedensten Chargen erwarb sich der junge, mit einem warmen Bariton begabte Künstler, bereits eine große Bühnensicherheit. Sein Gesang ist aber erst bei einem mittleren Entwicklungsstadium angelangt, weshalb er bestimmt gut täte, seine Kräfte vorläufig noch nicht zu überspannen. Zu Partieen, wie dem Grafen Luna, den er einmal versuchsweise gab, fehlt ihm jedenfalls noch die Reife. — Die drei Herren wurden nach Schluß stark bejubelt, bei Groß steigerte sich der Beifall zu Ovationen, wie wir sie seit langem nicht erlebten. Nachdem der Künstler unzählige Male vor dem Vorhang erschienen war, versammelten sich hunderte von Zuhörern vor dem Bühneneingang, um ihren enthusiastischen Applaus noch auf der Straße fortzusetzen.

W. S—der.

Wasserstand

1. Juli.

Ratibor	1,50	Ransern (Unter-Pegel)	3,20
Neisse (Stadt) vom 30. 6.	—0,40	Dyhernfurth	2,43
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,90	Abflußmenge sekundlich 172 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2,68	Fürstenberg vom 30. 6.	1,00
Treschen	1,42	Wasserwärme + 19,5	

Wenn jeder Leser einen neuen Leser wirbt, ist die Auflage unsrer Zeitung verdoppelt!

Kaufhaus M. Robowski

MR

Saison-Ausverkauf

Strümpfe / Socken / Herrenartikel
Kinderartikel / Wäsche / Kurzwaren

8698

Gräbschener Str. 54, Gräbschener Str. 82 a,
Hohenzollernstr. 2, Westendstr. 54 Schlaubach.

Beachten Sie bitte meine 20 Schaufenster und Auslagen!

Ein **Stadtgespräch** ist der 8597

Saison-Ausverkauf

im Herren-Bekleidungshaus

Eugen Hamburger

Teichstraße 31, parterre u. 1. Etage.
Ecke Springerstraße (2 Minuten vom Hauptbahnhof).

Herren-Anzüge gute Paßform . **36.–, 30.–, 24.–** u. **16^10**

Blaue u. Gabardine-Anzüge 1- und 2-reihig . . . **62.–, 55.–, 48.–** u. **36^00**

Herren-Sport-Anzüge aus englisch gemust. Cheviots **42.–, 27.–** **23^20**

Ein Posten gestreifte **Beinkleider** **12.–, 10.–, 7.95, 6.25** u. **3^50**

Breeches-Hosen . . . . . von **4^45** an

Nur 7 Tage!

Böhmische Bettfedern!

beste geschlissene Landware, **prima Daunen** und **Halbdaunen, auch prima ungeschlissene Gänsefedern** bringe ich wieder in großer Auswahl

von Freitag, den 1. Juli
bis Freitag, den 8. Juli
zu allerbilligsten Preisen zum Verkauf.

Ferner empfehle **prima federdichte Inletts** besonders billig.

Fl. Köniers Nachfolger

Verkaufslokal: Ring 3, im Hof
(dicht an der Nikolaistraße) 489

Auslandsreisen sind teuer!

Um sich trotzdem über fremde Länder zu unterrichten, benutzen Sie unser billiges Angebot:

E. Trinkler, Quer durch Afghanistan nach Indien, mit 68 Abbildungen und 1 Karte, Ganzl., statt 6.– nur **4.—**

G. M. Haardt u. **L. Audouin-Dubreuil.** Die erste Durchquerung der Sahara im Automobil, m. 53 Abbildungen und 1 Karte, Ganzleinen . . . . . statt 6.– nur **4.—**

E. A. Powell, Mit Auto und Kamel zum Pfauenthron, mit 83 Abbildungen und 1 Karte, Ganzl., statt 6.– nur **4.—**

Gulam Rassul Galwan, Als Karawanenführer bei den Sahibs, m. 25 Abbildg. u. 1 Karte, Ganzl., statt 6.– nur **4.—**

Sturm über Asien. Erlebnisse eines diplomatischen Geheimagenten, mit vielen Abbildungen, Karten und Vollbildern nach Skizzen des Verfassers. Herausgegeben von W. Filchner. Ganzleinen, statt 8.– nur **6.—**

A. Wirth, Der Kampf um Marokko, mit 1 Karte und vielen Bildern, Ganzleinen . . . . . nur **4.—**

Alle Bände sind auch mit Buchkarte zu beziehen

Volkswachtbuchhandlungen
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstr. 5 **Neue Taschenstr. 11.**

Cremers Tapetenhaus

Tapeten in großer Auswahl, Rolle . . . . . von **18** Pf. an
Fußbodenlackfarbe . . . . 1-kg-Büchse **1.50** Mk.

Alte Taschenstr. 22

Goldene Trauringe

fugenlos — Gravierung gratis
Stadtbekannt billige Preise
Größtes Lager, auch in Uhren u. Geschenkartikeln
Für streng reelle Bedienung bürgt das 40jährige Bestehen meiner Firma

Gustav Mühlhaus

Schmiedebrücke 36 Tel. Ohle 5153

Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke.

David: Referentenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., Versand 10 Pf. Porto.

Volkswacht-Verlagsfirma (Abteilung Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Hoch-Sommer-Kleidung

für alle Größen, in allen Preislagen

Oskar Dehmel
Neumarkt 42

Vollständige Geschäfts-Auflösung!

Wegen Beschleunigung des Ausverkaufs

weitere bedeutende Preisherabsetzungen

bis zu 60 Prozent!

Meine Läger sind noch groß und gut sortiert

Baumwollwaren • Handtücher • Tischzeuge Bettwäsche • Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche • Gardinen • Steppdecken • Möbelstoffe • Bettdecken • Herren-Anzugstoffe Trikotagen • Strickwesten • Handschuhe Strümpfe etc.

Nur gute Qualitäten! Fabelhaft billige Preise!

Es versäume niemand dieses selten vorteilhafte Angebot!

Kein Umtausch! Kein Rabatt! Versand von Mark **30.—** an franko!

Benno Schenk

Neumarkt 9 **Neumarkt 9**

8585

Achtung! 8588

Radfahrer!

Beste Marken Rennmasch., Holzfelgen mit Schlauchreifen, kompl. ausger., m. Aluminiumflaschen pp. nur **125.00 Mk.,** große **Fahrrad-Karbidlampen,** Messing vern **4.80, elektr. Bulli-Licht 8.50,** ferner sämtliche Ersatz- und Zubehörteile für das Fahrrad in bekannt **guter Qualität** zu **konkurrenzlosen** Preisen! Bevor Sie kaufen, erst meine Angebote prüfen! 8184

Fahrradhaus Jettke
bequem im Zentrum gelegen
3 Bischofstraße 3

Bezirksvertreter für: **Expreß, Phänomen, Hösel, Eres** und andere bekannte Marken

---

„Bergkraft"

ges. geschützt

zum Frühstück 3580

Diese Marke bürgt für Qualität.
Flasche 24 Pf.

General-Vertr. für Breslau:
Fa. Hugo Lüdke

Herrenstoffe

kauft man gut und preiswert bei

Tuch-Freissler

jetzt: Matthiasstraße 62
— gegenüber Postamt 10 — 8582

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd. **0.75** u. **0.80**		
Schweinskotelett Pfd. **1.10**		**Schnitzel** Pfd. **1.20**	
Schweinsköpfe			„ **0.40**
Frischer Speck Pfd. **0.85**		**Lungenfett**	„ **0.80**
Räucherspeck			„ **1.10**
Rindfleisch ohne Knochen		Pfd.	**1.00—1.30**
Suppenfleisch		„	**0.80** u. **0.90**
Kalbfleisch ohne Knochen		„	**1.30—1.50**
Rauchfleisch Pfd. **1.00—1.20,**		**Pökelfleisch 0.90—1.00**	
Gepökelte Eisbeine			Pfd. **0.75**
Gulaschfleisch		Pfd.	**0.80** u. **1.00**
Gehacktes Pfd. **0.80**		**Reines Schweinefett** Pfd.	**0.90**
Leber- und Preßwurst			Pfd. **0.60**
Mettwurst, Braunschweiger, Preßkopf			¼ „ **0.25**
Knoblauchwurst Pfd **0.60,**		**Polnische**	„ **0.25**
Gekochter u. roher Schinken			¼ „ **0.50**
ff. Aufschnitt			¼ „ **0.40**

sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt zu billigsten Preisen 8590

Adolf Weiß, Moltkestraße 13.

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

•

Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschrankens! Lernt die Weltsprache **Esperanto,** die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

---

Fahrräder
Gummi und Zubehör
Billigste Preise.
Gebr. Jordanger Straße 18
Ecke Graupenstraße. 8588

Ein Lebensbild von
Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt von Dr. Willi Jenke.
Preis 30 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung.

Zum

Saison-Ausverkauf

bringen wir

Serie IV **20^00** *Aparte* **Ripsmäntel** *und* **Kostüme**

Serie V **25^00** *Elegante* **Ripsmäntel** *u.* **Ripskostüme**

Serie VI **30^00** *Hochaktuell in Form und Farbe*

Serie I **Backfisch-, Kinder-Mäntel** . . . . . **5^00**

Mäntel *für jedes Alter* **Kostüme** . . **10^00**

Popeline-, Rips- u. Tuch-Mäntel Kostüm. *auch a. Seid.* **15^00**

Für Sport und Reise!

Breeches . . . . **6^00**

Ein Posten **Kleider** **5^00**

Lodenmäntel *sport u. grau, zuverlässige Qualität* **18^00**

Der beliebte schottische imprägnierte **Regen- und Reisemantel** . . . . . **19^75**

Pullover *vielfache Farben* . **3^25**

M. Berger Nachfolger

Damen-Mäntel-Fabrik • Ohlauer Straße 80

8599

Schlesische Getreide-Kreditbank

Aktiengesellschaft Breslau.

Auf Grund des eingereichten Prospektes sind nominal

RM. 1000000 Aktien

mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1927

10000 Stück über je RM. 100.— Nr. 1—10000

zum Handel und zur Notiz an der Breslauer Börse zugelassen.

Breslau, im Juni 1927.

8591 **Schlesische Getreide-Kreditbank**
Aktien-Gesellschaft.

Für die Redaktion verantwortlich: Reinhold Dorf; für die Anzeigen: Max Tedus. — Redaktion: Fränckelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Gewerkschaftsbewegung.

Hohe Löhne sind der wichtigste Antriebsmotor für die Wirtschaft.

Diese Binsenweisheit muß in Deutschland infolge der Rückständigkeit des Unternehmertums auf großen sozialen Tagungen noch lang und breit erörtert werden, obwohl in Amerika das Experiment, mit Hilfe einer vernünftigen Lohnpolitik den Geschäftsgang zu stabilisieren, längst erfolgreich durchgeführt worden ist. Ueber diese Stabilisierung des Geschäftsganges durch hohe Löhne gab erst vor kurzem der Bundessekretär Davis einige interessante Hinweise. Er erklärte, daß eine Stabilisierung der Löhne die Vorbedingung für die Festigung des Geschäftsganges sei. Davis stützt seine Auffassung darauf, daß in den Vereinigten Staaten 25 Millionen Lohnarbeiter sind, wozu noch Büroangestellte und andere Berufe kommen, so daß insgesamt zirka 31 Millionen Personen gegen Gehalt und Lohn arbeiten. Die Kaufkraft dieser gewaltigen Armee von Konsumenten muß, so erklärt der Arbeitssekretär, durch liberale Löhne und ständige Arbeitsgelegenheit aufrecht erhalten werden und damit ist die Hauptvorbedingung für eine Festigung des Geschäftsganges geschaffen. Die alte Methode, die Löhne zu erniedrigen oder die Arbeiter bei flauem Geschäftsgang „abzulegen", sei kein Heilmittel gegen geschäftliche Depressionen, sondern nur ein Mittel, diese zu verschärfen.

In ganz ähnlicher Weise sprach sich vor kurzem auch der Bankier Ayers von der Cleveland Trust Co. aus.

Neuregelung der Arbeitszeit und Ueberstunden für das Bekleidungsgewerbe.

Für die Herren- und Damenschneiderei ist eine Neuregelung der Arbeitszeit und Ueberstunden vereinbart worden: Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden; sie ist so einzuteilen, daß in der Regel am Sonnabend um 2 Uhr Arbeitsschluß ist. Wenn in Ausnahmefällen länger gearbeitet werden muß, so werden die Ueberstunden von der 49. bis 51. Stunde mit 20 Prozent und von der 52. bis 54. Stunde mit 25 Prozent und über 54 Stunden hinaus mit 33⅓ Prozent Zuschlag zum Tariflohn vergütet. Ueberstunden, die in besonderen Notfällen (Trauer usw. gemäß § 10 des Arbeitszeitnotgesetzes) geleistet werden, sind mit einem Zuschlag von 66⅔ Prozent zu entschädigen. Wird die Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich verkürzt, so tritt Ueberstundenbezahlung dann ein, wenn die tarifliche Arbeitszeit überschritten wird. Die Ueberstunden sind rechtzeitig vorher anzumelden. Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. Juli ab in Kraft.

Die neue Ueberstundenregelung für die Herrenkonfektion, die soeben in Kraft getreten ist, bestimmt, daß die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe einzelner Abteilungen von Betrieben oder einzelne Arbeiter vom Arbeitgeber Ueberstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich 54 Stunden angeordnet werden. Für die 49., 50. und 51. Stunde wird der Tariflohn mit einem Zuschlag von 15 Prozent, für die 52., 53. und 54. Stunde mit einem Zuschlag von 25 Prozent bezahlt. Die 55. und jede weitere Stunde sind mit dem Tariflohn und einem Zuschlag von 33⅓ Prozent zu vergüten. Die Bezahlung der Ueberstunden erfolgt für alle in der Lohnwoche geleisteten Ueberstunden. Jedoch kann im Falle von Betriebsstörungen der eintretende Ausfall von Arbeitsstunden nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung durch Mehrarbeit an den übrigen Tagen der gleichen oder der folgenden Woche ausgeglichen werden.

Der Reichstarifvertrag für die Zuschneider wird analog geändert, jedoch mit der Bestimmung, daß die 55. und jede weitere Stunde mit einem Zuschlag von 50 Prozent zu dem Tariflohn vergütet wird.

Schiedsspruch im Kölner Metallarbeiter-Konflikt.

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses im Kölner Metallarbeiterstreit sieht laut „Vorwärts" vor: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Die Unternehmer können eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit anordnen, und zwar bis zum 1. November 1927 bis zu 52 Stunden und vom 1. November ab bis zu 51 Stunden die Woche. Darüber hinaus können Ueberstunden nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretungen vereinbart werden. Für die 49. bis 52. Mehrarbeitsstunde wird ein Zuschlag von 20 Prozent gezahlt. Diese Regelung gilt vom 25. Juni 1927 bis 1. Februar 1928 und kann von da ab mit einmonatiger Kündigungsfrist jeweils zum Monatsschluß gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis Sonntag, den 2. Juli.

Der Existenzkampf der Musiker und die Reichsregierung.

Gegenüber der Forderung des Deutschen Musikerverbandes auf Einführung der Anmeldepflicht aller offenen Musikerstellen bei den zuständigen Arbeitsnachweisen nimmt die Reichsregierung einen merkwürdig bequemen Standpunkt ein. Von der Möglichkeit, eine Meldepflicht der offenen Arbeitsplätze einzuführen (§ 49 des Arbeitsnachweisgesetzes), ist, so erklärt die Reichsregierung, bisher für keinen Berufszweig Gebrauch gemacht worden, insbesondere deshalb nicht, weil diese Vorschrift keine Strafdrohungen vorsieht, die die wirksame Durchführung der Meldepflicht ermöglichen würde. Für das Musikergewerbe wäre auch die Meldepflicht nur von geringer Bedeutung, da sie sich nur auf Betriebe mit mehr als fünf Arbeitnehmern erstrecken könnte. Vor allem aber ist kaum damit zu rechnen, daß die Mehrzahl der Stellen, die auf Grund der Meldepflicht angemeldet werden, auch mit Kräften besetzt würden, die bei den Arbeitsnachweisen vorgemerkt sind. Das könnte nur durch die gleichzeitige Einführung eines Benutzungszwanges erreicht werden, für den das Arbeitsnachweisgesetz keine gesetzliche Handhabe bietet.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Man tut nichts, damit man sagen kann, man könne nichts tun. Warum schafft man keine Strafbestimmungen? Ohne eine wirksame Meldepflicht wird die Schwarzarbeit im Musiker-, Gastwirtsgewerbe usw., niemals ausgerottet werden.

Das Ergebnis der Arbeitskammerwahlen der Angestellten im Ruhrbergbau.

Von den insgesamt 247 Stimmbezirken liegt das Ergebnis von 243 Bezirken vor. Wahlberechtigt waren 23 007, gewählt haben 18 785 Personen. Das Abstimmungsergebnis ist folgendes: Liste 1 Afa-Bund 6877 Stimmen = 5 Sitze; Liste 2 A.d.G.-Bund und G.d.A. 5657 Stimmen = 4 Sitze; Liste 3 G.E.D.a.K. und K.D.B. 2685 Stimmen = 1 Sitz; Liste 4 Zechenliste 3440 Stimmen = 2 Sitze. Eine Aenderung der Sitzeverteilung gegenüber der Wahl von 1925 tritt nicht ein. Gemessen an dem Rückgang der Zahl der Wähler hat die Liste des Afa-Bundes einen Gewinn von 5,2 Prozent.

* * *

Das Ergebnis der am 23. Juni 1927 für den Ruhrbergbau getätigten Wahlen liegt nunmehr vor. Es haben Stimmen erhalten: Liste 1 Verband der Bergarbeiter: 164 860 = 68,68 Prozent, Liste 2 Gewerkverein christlicher Bergarbeiter: 63 390 = 24,41 Prozent, Liste 3 Polnische Berufsvereinigung: 4147 = 1,72 Prozent, Liste 4 Gewerkverein Hirsch-Duncker: 7069 = 2,94 Prozent; ungültig waren 545 Stimmen = 0,22 Prozent. Nach dem vorliegenden Ergebnis entfallen von den zwanzig Mitgliedern der Arbeitnehmer in der Arbeitskammer fünfzehn auf den Bergarbeiter-Verband und fünf auf den christlichen Gewerkverein. Die Polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein gehen leer aus. Der Bergarbeiter-Verband gewinnt ein Mandat, das der christliche Gewerkverein verliert.

Husemann 25 Jahre Gewerkschaftsführer.

Am Montag steht Fritz Husemann, der erste Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes, 25 Jahre im offiziellen Dienst seiner Organisation. Husemann hat sich in dem Vierteljahrhundert seiner Verbandstätigkeit als erfolgreicher, umsichtiger und durchaus besonnener Führer erwiesen und genießt innerhalb der Gewerkschaftsinternationale großes Ansehen. Von der Generalversammlung in Zwickau, die vom 1. bis 3. Juli 1903 tagte, wurde Fritz Husemann als zweiter Kassierer in den Vorstand gewählt. Auf der nächstjährigen Generalversammlung in Stadthagen wurde er zum Schriftführer, 1911 auf der 19. Generalversammlung in Bochum an Stelle des ausgeschiedenen Ludwig Schröder zum zweiten Vorsitzenden und nach der Generalversammlung in Bielefeld im Jahre 1919, nachdem der bisherige erste Vorsitzende Hermann Sachse die Stelle des Geschäftsführers im Kalisyndikat übernahm, vom Vorstand zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Im Jahre 1921 wurde diese Wahl von der Generalversammlung in Gießen genehmigt.

Arbeitsmarktschutz in Polen.

Das polnische Arbeitsmarkt-Schutzgesetz ist soeben im polnischen Gesetzblatt veröffentlicht worden. Es ist ein Dekret, da ja die polnische Regierung sich nach dem Putsch Pilsudskis im Mai vorigen Jahres besondere Vollmachten hat geben lassen. Die polnische Regierung trägt also die volle Verantwortung für dieses Gesetz.

Die Hauptbestimmung des neuen Gesetzes ist, daß ausländische Arbeiter nur mit besonderer behördlicher Genehmigung beschäftigt werden dürfen, und daß diese Genehmigung im allgemeinen nur erteilt werden darf, wenn der Bedarf an Arbeitskräften in dem betreffenden Falle nicht durch Arbeitnehmer polnischer Staatsangehörigkeit gedeckt werden kann. Hiervon gibt es nur eine Ausnahme, nämlich für leitende Persönlichkeiten, die eine besondere Vertrauensstellung einnehmen. Nach dem Wortlaut des polnischen Gesetzes wäre es nunmehr möglich, daß eine reichsdeutsche Firma, die eine Filiale oder Vertretung in Polen gründet, als Leiter und etwa noch als Prokuristen dieser Filiale einen Reichsdeutschen bestellt. Sie hätte aber keinen Anspruch darauf, daß die polnischen Behörden auch technischen Angestellten, Monteuren oder anderem kaufmännischen Personal den dauernden Aufenthalt in Polen gestattet.

Bisher stand man in Deutschland auf dem Standpunkt, daß die von Polen angebotenen Konzessionen in der Niederlassungsfrage, wie sie jetzt auch das polnische Arbeitsmarkt-Schutzgesetz fixiert hat, den wirtschaftlichen Bedürfnissen des deutschen Exports nicht genügen. Und es ist zugegeben, daß gerade bei der Eigenart des deutschen Exports, beispielsweise von Maschinen, elektrotechnischen Apparaten, feinen Instrumenten und dergleichen aus mehr als einem Grunde das Bedürfnis besteht, für die Vorführung, Montage oder Reparatur solcher Erzeugnisse auch Personal nach Polen zu entsenden, das nicht unter den Begriff der leitenden Persönlichkeiten in besonderer Vertrauensstellung fällt. Nachdem nun auf polnischer Seite einseitig eine gesetzliche Regelung dieser Streitfrage erfolgt ist, wird es Aufgabe der noch in Gang befindlichen diplomatischen Besprechungen in Warschau sein müssen, eine Auslegung dieses Gesetzes zu finden, die auch dem deutschen Standpunkt gerecht wird.

Die Gewerkschaften und die Landesverteidigung.

Entsprechend der eigenartigen Stellung, die die Gewerkschaften im Gesamtrahmen der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Sowjetbundes einnehmen, ist es verständlich, daß bei allen lebenswichtigen Fragen der U.d.S.S.R. die Gewerkschaften berufen sind, eine bedeutsame Rolle zu spielen. Das zeigt sich neuerdings wieder aus Anlaß der Kriegsgefahr, von der sich die Sowjetunion bedroht fühlt. Der „Trud", das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften (19. 6. 27 Nr. 136) bringt in diesem Zusammenhang einen Leitartikel unter dem Titel „Verstärkt die Landesverteidigung", in dem es u. a. heißt:

„Jetzt ist es jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Werktätigen der U.d.S.S.R. klar, daß unsere Feinde den Krieg intensiv vorbereiten. Diese Vorbereitung geht in einem rasenden Tempo an der ganzen Front und hinsichtlich aller Mittel, die den wutschäumenden Imperialisten zur Verfügung stehen, vor sich. Ob es ihnen in nächster Zeit gelingen wird, uns zu überfallen, das hängt von dem Verhältnis der Kräfte ab, von ihrer Bereitschaft zum Angriff, von unserer Bereitschaft zur Abwehr. Deshalb muß die Arbeiterklasse, den provokatorischen Ausfällen der Imperialisten kaltblütig entgegentreten, aber sich zugleich zur kriegerischen Abwehr vorbereiten. Die Gewerkschaften müssen dessen eingedenk sein, daß die militärische Ausbildung der Arbeiter die beste Gewähr bildet gegen die Kriegsgefahr. Die Propaganda und die Agitation für die Verteidigung unseres Landes muß vor allen Dingen und in erster Linie darauf gerichtet sein, die Massen mit militärischen Kenntnissen und Gewohnheiten vertraut zu machen. Alle Gewerkschaftsorganisationen und ihre Klubs müssen sich mit aller Energie der Entwicklung des Schützenwesens widmen. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß die Waffen zu führen verstehen und gut schießen können— das ist die Losung, die man in die Massen werfen muß! Der Schießsport hat bei den Gewerkschaften in kurzer Zeit große Erfolge zu verzeichnen. Aber diese Erfolge sind im Vergleich zu den Aufgaben, die in dieser Beziehung vor uns stehen, noch gering. Gegenwärtig muß man eine kolossale Energie entwickeln und weder Geldmittel noch Kräfte sparen, um das Schützenwesen zu entwickeln."

Die Arbeitslosigkeit in Schweden. In Schweden wurden Ende Mai 18 000 Arbeitslose, 9500 in den Städten und 8600 in den Landbezirken, gezählt; 9700 Arbeitslose waren Familienversorger. Gegenüber April bedeuten diese Zahlen eine Verbesserung um 18 Prozent. — In Dänemark sind noch immer rund 20 Prozent der statistisch erfaßten Arbeiter arbeitslos.

Die Internationale der Textilarbeiter hält dieser Tage einen Kongreß in Stockholm ab.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Ueberstundenzuschläge für die Zigarettenindustrie finden, wie wir hören, Ende dieser Woche im Reichsarbeitsministerium statt.

Hungernde Pensionäre.

Die Aufwertung der Ansprüche an Betriebspensionskassen.

Von Wilhelm Keil.

Zu dem großen Heer der betrogenen Sparer zählen auch die Pensionäre, die in Betriebspensionskassen der verschiedensten Art versichert waren. Es handelt sich hier um zehntausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten industrieller Großbetriebe, die lange Jahre hindurch ihre Beiträge an die Betriebspensionskassen geleistet haben und nun nach eingetretener Invalidität mit ihren Ansprüchen ganz oder nahezu ganz abgewiesen werden, weil das Vermögen der Kassen durch die Inflation zusammengeschmolzen ist. Auch die Witwen und Waisen solcher Pensionäre sind aus denselben Gründen in großer Zahl der Not preisgegeben.

Das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 enthält Vorschriften über die Aufwertung der Ansprüche an Betriebspensionskassen, die grundsätzlich zu Bedenken keinen Anlaß geben. Die praktische Anwendung dieser Bestimmungen läßt aber alles zu wünschen übrig. Es ist daher verständlich, daß aus dem Kreise der invaliden Mitglieder dieser Kassen und ihrer Angehörigen immer häufiger Klagen und Hilferufe laut werden. Den Klagen Gehör zu schenken, wäre seither schon umsomehr Pflicht der Regierung gewesen, als die Betriebe, die eigene Pensionskassen besitzen, fast ausnahmslos zu den leistungsfähigsten Unternehmungen gehören. Es waren vorwiegend die Unternehmungen der chemischen, der elektrischen und der Schwerindustrie, die teils vor dem Kriege, teils während des Krieges ihre Arbeiter, Angestellten und Beamten durch eigene Versicherungseinrichtungen an sich zu fesseln suchten. Betriebe also, deren Aktienkurse und Dividendenausschüttungen beweisen, daß sie die Inflationszeit in ausgezeichneter Verfassung überstanden haben.

Die Ansprüche an Betriebspensionskassen gelten nach dem Aufwertungsgesetz nicht als Vermögensanlagen im Sinne des Gesetzes und unterliegen daher nicht der beschränkten, sondern der freien Aufwertung. Hiernach könnte das einzelne Unternehmen angehalten werden, die Ansprüche der Pensionäre bis zur vollen Höhe, also bis zu 100 Prozent aufzuwerten. Die Reichsregierung hat jedoch einen Weg gefunden, der es der großen Mehrzahl der Unternehmungen ermöglicht, sich ihren Verpflichtungen weitgehend zu entziehen. Sie hat nämlich von der ihr erteilten Ermächtigung, nähere Bestimmungen über die Abgrenzung des Begriffs der Betriebspensionskasse zu treffen, in der Weise Gebrauch gemacht, daß sie in der Durchführungsverordnung vom 8. Juli 1926 unterschieden hat zwischen Werkpensionskassen, die selbständige Rechtspersonen sind und der behördlichen Aufsicht unterliegen, und solchen Kassen, bei denen der Betriebsunternehmer aus den Versicherungsverträgen haftet. Nach dieser Unterscheidung entfallen nicht weniger als 220 Kassen mit 42 573 Pensionären auf die erstere Gruppe. Sie werden sämtlich den Vorschriften unterworfen, die für die Aufwertung von Versicherungsansprüchen (Lebens-, Haftpflichtversicherungen etc.) gelten. Es wird also ein Treuhänder bestimmt, der den aus dem Vermögen der Kasse zu bildenden Aufwertungsstock nach einem Teilungsplane zu verwenden hat. Abgesehen davon, daß dies Verfahren umständlich ist, daß ferner die Reste des Kassenvermögens, wenn es in Anleihen oder Hypotheken angelegt war, erst nach vielen Jahren flüssig werden, daß also der Pensionär oder seine Hinterbliebenen sehr lange warten müssen, schrumpft bei diesem Verfahren die auf den einzelnen Anspruch kommende Quote auch auf einen kleinen Bruchteil zusammen. Das Unternehmen, das die Pensionskasse in seinem Interesse ins Leben gerufen und seine Arbeiter und Angestellten zum Eintritt gezwungen hat, wird zur Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse nur herangezogen, wenn und soweit es das Vermögen der Kasse nachweislich für Betriebszwecke verwendet hat.

Bei den Kassen dagegen, für deren Verbindlichkeiten der Betriebsunternehmer aufzukommen hat, haftet dieser mit seinem ganzen Vermögen. Die Entscheidung über die Höhe der Aufwertung trifft bei diesen Kassen die Aufwertungsstelle. Die Zahl der Kassen dieser Art und ihrer Versicherten ist nicht bekannt.

Bei Beratung des Aufwertungsgesetzes hat niemand angenommen, daß die Regierung bei der Begriffabgrenzung die Kassen in zwei Gruppen teilen würde. Der ADGB. und der Afa-Bund haben dann auch in einer an das Reichswirtschaftsministerium gerichteten Denkschrift gegen diese Unterscheidung Einspruch erhoben, und im Rechtsausschuß ist von den Sozialdemokraten eine Aenderung der Durchführungsverordnung in der Richtung beantragt worden, daß als Betriebspensionskassen alle für den Bereich des Unternehmers geschaffenen Versicherungseinrichtungen, ohne Rücksicht auf ihre juristische Form, zu gelten haben. Weiter beantragten die Sozialdemokraten, daß das Kassenvermögen, das formell oder tatsächlich den Zwecken des Betriebes gedient hat, bis zu 100 Prozent — unter Berücksichtigung der Vergrößerung der Vermögensanlagen des Unternehmens und seiner Rentabilität — aufzuwerten ist. Das soll vor allem auch gelten für die Teile des Kassenvermögens, die zum Bau von Werkswohnungen verwendet worden sind. Soweit die Betriebspensionskassen ihr Vermögen in öffentlichen Anleihen angelegt hatten, soll ihnen nach dem sozialdemokratischen Antrag, wie das zugunsten der freien und kirchlichen Wohlfahrtsanstalten nach § 27 des Anleiheablösungsgesetzes schon geschieht, eine aus den Erträgen der Lebensmittelzölle zu entnehmende Wohlfahrtsrente gewährt werden. Endlich verlangt der sozialdemokratische Antrag, daß zur sofortigen Erfüllung der Ansprüche der Betriebspensionäre Reichsdarlehen gewährt werden.

Wie begründet diese Forderungen sind, ergibt sich insbesondere aus der großen Bewegung, die in den letzten Monaten unter den Werkspensionären der Firma Krupp in Essen herrschte. Obgleich sich diese sehr potente Firma um ein öffentliches Darlehen für ihre Kasse bemüht, das ihr unter Gewährung einer Reichsbürgschaft auch zugesagt ist, lehnt sie nicht nur die Rechtspflicht gegenüber ihren Pensionären ab, sondern sucht sich auch ganz nach freier Willkür die Personen aus, denen sie Zahlungen gewährt und stuft ebenso willkürlich die Höhe der Zahlungen ab. Die Werkspensionäre legten gegen dieses Verfahren öffentlich Protest ein und erhoben beim Rechtsausschuß und beim Reichswirtschaftsminister schärfste Vorstellungen. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung ein solches Vorgehen nicht dulden darf. Für ihre leitenden Beamten hat die Firma Krupp durch eine 1924 neugegründete Pensionskasse reichlich zu sorgen verstanden; an dem 700-Millionengeschenk, das die Regierung Luther den Ruhrindustriellen gemacht hat, hatte die Firma Krupp reichlichen Anteil. Die in den letzten Jahren geschaffenen Anlagen und Beteiligungen, ganz besonders im Auslande, zeugen von einer starken Leistungsfähigkeit, und überdies gilt heute noch die Familie Krupp als die reichste in Deutschland. Kann man unter diesen Umständen nicht verlangen, daß die Firma Krupp für ihre alten Arbeiter und Angestellten, die sie verpflichtet hat, ihren Kassen anzugehören, gerecht, gleichmäßig und ausreichend sorgt? Und gilt das gleiche nicht von fast allen Großbetrieben mit eigenen Pensionskassen?

Die sozialdemokratischen Anträge sind noch nicht erledigt. Sie sollen weiter beraten werden, wenn eine von der Reichsregierung auf sozialdemokratisches Verlangen eingeleitete Erhebung über die Verhältnisse der Betriebspensionskassen abgeschlossen ist. Soll den hungernden Pensionären ihr Recht werden, so muß die Oeffentlichkeit dieser Frage einige Beachtung schenken.

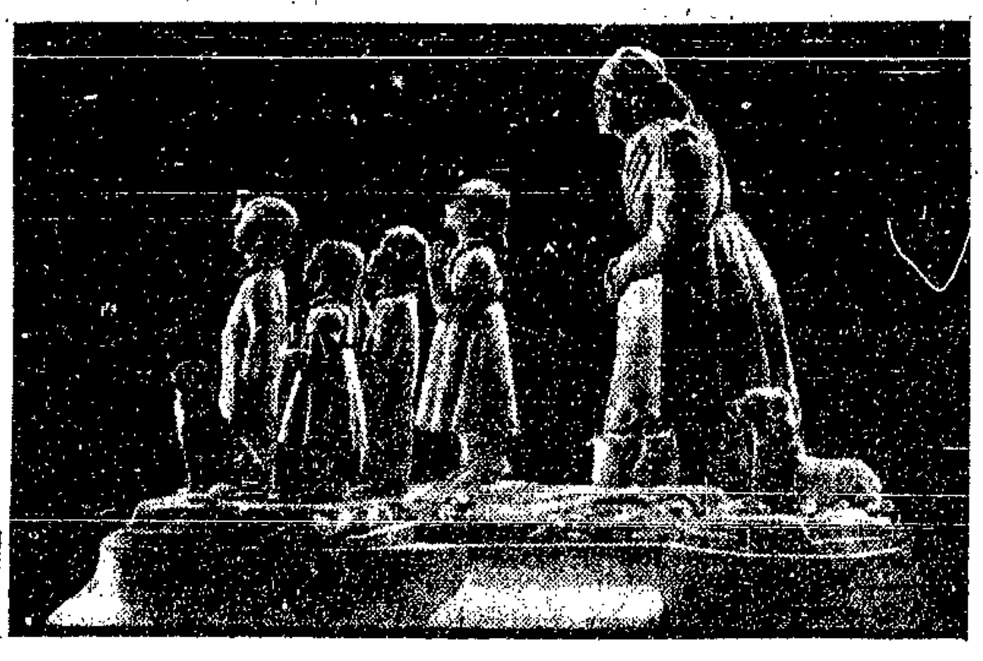
Aus aller Welt

Ein Eisenbahn-Zusammenstoß

zwischen einem Personen- und einem Güterzug ereignete sich auf der Station Wunstorff (Hannover). Elf Güterwagen wurden zertrümmert und weiterer erheblicher Sachschaden angerichtet.

Ein eigenartiges Denkmal

wurde bei dem tschechischen Orte Stalice errichtet. Es ist zum Andenken an die Märchendichterin Bozena Nemcova erbaut, die den Kindern der Tschechoslowakei das war und ist, was für Deutschland die Gebrüder Grimm bedeuten.



Der Ozeanflieger Byrd über Frankreich.

Aber zunächst nicht auffindbar.

Nach einer Meldung der Küstenstationen hat Byrd gestern abend um 18,45 Uhr die französische Küste passiert.

Um 19,55 Uhr hat die „America" die Insel Sin, südlich von Brest, mit östlichem Kurs überflogen und war demnach noch etwa 100 Kilometer von Paris entfernt. Paris erwartet seine Ankunft am späten Abend. Auf dem Flugfeld Le Bourget sind umfassende Maßnahmen für den Empfang getroffen worden.

Die Radiostation von Ouessant hatte vorher einen Funkspruch Byrds aufgefangen, der besagt, daß an Bord alles wohl sei.

Byrds Flug.

Alle Nachrichten, die über den Verlauf des dritten Ozeanfluges im Laufe des Donnerstag bekannt wurden, bewiesen, daß das Flugzeug „America" zwar schwer mit Nebel, Regen und Wind zu kämpfen hatte, aber trotzdem sicher seine Bahn zog und sich bereits um 2 Uhr mittags zwischen Irland und England befand. Der Nebel war nach den eigenen Funkmeldungen der Flieger teilweise so dicht, daß sie nicht einmal die Enden der Tragflächen sehen konnten. Während der ganzen Nacht hat das Flugzeug mit den Dampfern auf hoher See funkentelegraphische Verbindung aufrecht erhalten. Auch der Lloyddampfer „Berlin" hat am Donnerstag vormittag um 8,20 Uhr das Flugzeug nördlich von seiner Fahrtlinie festgestellt, ohne es selbst sichten zu können. Ein Funkspruch vom Donnerstag morgen um 7,30 Uhr besagte: „Seit gestern nachmittag 4 Uhr haben wir infolge des dichten Nebels weder Land noch Wasser gesehen."

Vergebliches Warten in Paris.

Paris, 1. Juli, 12,15 Uhr nachts. (Eig. Funkbericht.)

Seit über zwei Stunden ist man ohne Nachricht von Byrd. Die letzte Meldung seit San Brieus lautet, daß man glaubt, das Flugzeug über Rennes, der Hauptstadt der Bretagne, gehört zu haben. Nun liegt Rennes etwa 80 Kilometer südöstlich von San Brieus, also erheblich südlicher als die bis dahin eingeschlagene Route Brest—Paris, so daß man den Eindruck hat, daß die amerikanischen Piloten sich infolge des sehr schlechten regnerischen Wetters, das heute abend über ganz Paris herrscht, verflogen haben. Würden sie den Kurs San Brieus—Paris weiter fortsetzen, dann würden sie nicht Paris erreichen, sondern nach dem Zentrum Frankreichs gelangen.

Am Flugplatz Le Bourget, wo eine große Menschenmenge, darunter mehrere Minister, seit 20 Uhr, trotz strömenden Regens, ausharrt, hat man seit 22 Uhr keinerlei Nachricht mehr erhalten und man ist etwas nervös geworden. Auch vom Funkapparat der „America" hat man seit mehreren Stunden kein Zeichen mehr erhalten.

Byrd nicht auffindbar!

Paris, 1. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Der amerikanische Flieger Byrd, der am Mittwoch vormittag 10,45 Uhr zum Ozeanflug startete, hat am Donnerstag abend 20,30 Uhr nach einem schwierigen Flug durch dichten Nebel und Regen die französische Küste bei der Hafenstadt Brest erreicht und den Flug in der Richtung Paris fortgesetzt. Die Flieger und die Hafenbehörden tauschten funkentelegraphische Grüße aus und bis 21 Uhr nachts blieb der Flieger in ständiger funkentelegraphischer Verbindung mit verschiedenen Funkstationen der Hafenstädte und der Umgebung von Paris. Gegen 12,50 Uhr wurden plötzlich die funkentelegraphischen Mitteilungen verwirrt und zusammenhanglos. Man entnahm aus ihnen nur, daß die Flieger sich verirrt hätten und die französischen Funkstationen ersuchten, ihnen einen Ort außerhalb von Paris anzugeben, wo sie niedergehen könnten. Die französischen Antworten auf diesen Anruf sind aber ohne Antwort geblieben. Von 1 Uhr morgens an hatten sämtliche französischen Funkstationen die Spur der Flieger verloren. Man weiß bis zur Stunde noch nicht, ob sie zur Landung gezwungen sind oder ob sie irgendwie in dem seit Donnerstag abend niedergehenden wolkenbruchartigen Regen niedergehen mußten oder vielleicht verunglückt sind. Gegen 3 Uhr morgens verbreitete sich auf dem Flugplatz Le Bourget, wo eine Menschenmenge von über 10 000 Personen trotz des Regens bis in die Morgenstunden ausharrte, das Gerücht, daß die Flieger auf dem Flugplatz von Issy bei Paris niedergegangen seien. Es stellte sich heraus, daß dies eine Falschmeldung war, aber auch die Behörden des Flugplatzes von Le Bourget schenkten ihr Glauben, stellten die Scheinwerfer ab und sämtliche Polizeikräfte, gefolgt von den Menschenmassen, strömten nach dem Flugplatz von Issy, südwestlich von Paris. Nach einer halben Stunde stellte man fest, daß der in Issy niedergegangene Flieger nicht der Ozeanflieger sei. Gegen 4,45 Uhr morgens verbreitete sich von neuem das Gerücht, die Flieger seien in der Gegend von Chartres zur Notlandung gezwungen worden. Aber auch diese Meldung erwies sich als unrichtig. Man weiß bis zur Stunde nicht, was aus dem Flieger geworden ist.

Der Batavierflug geglückt

Das Fokker-Flugzeug der Holländischen Luftschiffahrt-Gesellschaft mit dem Millionär van Lier-Baak an Bord hat den Flug Amsterdam—Batavia glücklich vollendet. Das Flugzeug kam am Donnerstag morgen um 5 Uhr in Batavia an. Es hat die Strecke von 16 000 Kilometern in 13 Reisetagen zurückgelegt. Die Zahl der eigentlichen Flugstunden beträgt 86. Nach 5 Tagen Aufenthalt in Batavia will das Flugzeug die Rückfahrt nach London antreten.

Ein dänisches Flugzeug abgestürzt.

Das dänische Militärflugwesen hielt in letzter Zeit Geschwindigkeitsunterfuchungen in der Luft anstellen, da sich die Flugzeugunglücke, und zwar mit Fokkermaschinen, gehäuft hatten. Als ein Leutnant am Donnerstag mittag in 2000 Meter Höhe mit einer Geschwindigkeit von 350 Kilometer flog, lösten sich erst Leinwandteile und dann Holzstücke von den Flügeln, die sich dann plötzlich nach oben bogen und brachen. Der nicht ganz unvorbereitete Flieger rettete sich durch Fallschirmabsprung, während das Flugzeug dicht an der Küste ins Meer stürzte. Das Flugzeug kostete den Anschaffungspreis von 60 000 dänischen Kronen.

Ein neuer Fernflug.

Der Flieger Richard Grace beabsichtigt heute von Honolulu aus einen ununterbrochenen Flug nach Santa Monica in Kalifornien anzutreten.

Ungewißheit über das Schicksal eines französischen Afrikafliegers.

Wie aus Teneriffa gemeldet wird, ist man von dem durch mehrere Afrikaflüge bekannten französischen Flieger Major Dagnoux, der am 29. Juni früh in Teneriffa aufstieg, um sich nach Mozambique zu begeben, ohne Nachricht. Man befürchtet einen Unfall.

Der Nordpolflieger Nobile in Moskau.

Der italienische General Nobile, der im vorigen Jahre zusammen mit Amundsen den Nordpol überflog, ist in Moskau eingetroffen. Wie verlautet, bezweckt die Reise Nobiles die Einleitung von Verhandlungen mit der Sowjetregierung über eine Beteiligung italienischer Flieger an dem geplanten russischen Nordpolflug.

Der Dichter Hermann Hesse

feiert am 2. Juli seinen 50. Geburtstag.

Ein 113jähriger Dorfkorrespondent.

In Moskau ist aus Omsk der Bauer Andrej Shukow eingetroffen, der trotz seiner 113 Jahre sich noch immer eifrig als Dorfkorrespondent der Moskauer Sowjetblätter betätigt. Shukow, der im Jahre 1814 geboren ist, nahm am Krimkriege teil. Nach der Oktoberrevolution soll er sich an den Kämpfen der roten Truppen gegen die Armee Koltschaks in Sibirien beteiligt haben.

Das Erdbeben in der Krim.

Das Erdbeben in der Krim stellt sich nach den nunmehr vorliegenden Nachrichten als weitaus schwerer heraus, als bisher angenommen wurde. An der ganzen Südküste der Halbinsel sind gefährliche Erdrutsche zu verzeichnen. In Simeis stürzte der berühmte Mönchsfelsen mit lautem Getöse ins Meer. In zahlreichen Bezirken verursachte das Erdbeben Zerstörungen. Bei Sewastopol entstanden große Erdrisse, die zu zahlreichen Hauseinstürzen führten. Der Bevölkerung bemächtigte sich in der ganzen Krim eine große Panik. Auch in der Ukraine, vor allem in Odessa, Cherson und im Kriwoj-Rog-Gebiet, waren starke Erdstöße zu spüren.

Bei dem Boxkampf um den Weltmeistertitel im Mittelgewicht,

der am Donnerstag abend in London ausgetragen wurde, schlug der Titelverteidiger, der Amerikaner Walker, den Europameister, den Schotten Milligan, in der zehnten Runde so schwer nieder, daß er aufgab. Bereits in der neunten Runde war der Schotte bis 7 zu Boden gegangen.

Der Roman mit den 7 Siegeln.

Die amerikanische Sittenpolizei hatte vor kurzem die Verbreitung des neuen Romans von Upton Sinclair, „Petroleum", mit der Begründung verboten, daß die unverkürzte Wiedergabe dieses Romans geeignet sei, das Schamgefühl der Leser gröblichst zu verletzen. Beanstandet waren zwölf Seiten des Romans, deren Inhalt als unsittlich erachtet worden war. Der Bostoner Verleger hat indessen einen glücklichen Einfall gehabt, der ihm gestattet, dem polizeilichen Verbot zum Trotz den Roman zu veröffentlichen, ohne darum das allzu empfindliche Jungfernfell der Leser zu verletzen. Zu diesem Zweck hat er einen Neudruck des verbotenen Romans veranstaltet, in dem der Text der beanstandeten Seiten durch den Ueberdruck von Feigenblättern unleserlich gemacht wurde. In dieser neuen Gestalt liegt heute Sinclairs Buch in allen Schaufenstern der Bostoner Buchhandlungen aus.

Zur jüngsten Sturmkatastrophe in Holland.

Das für die Linderung der jüngsten Sturmkatastrophe in Ostholland gebildete Hilfskomitee teilt mit, daß der durch diese Sturmkatastrophe angerichtete Schaden auf 2,8 Millionen Gulden geschätzt werden muß.

Ueberschwemmung in Norwegen.

Weite Gebiete Norwegens sind von gewaltigen Ueberschwemmungen heimgesucht, die als die größten gelten, die das Land je erlebt hat. In Notadden sind Hunderte von Familien obdachlos. Die Leute konnten nur das nackte Leben retten. Viele Fabriken stehen unter Wasser und mußten stillgelegt werden. Mehrere Fabrikgebäude sind von den Fluten weggerissen worden. Auch die Eisenbahnverbindungen sind teilweise unterbunden. Im Kraftwerk Rjukan ist durch die Verheerungen des Wassers eine Störung eingetreten, so daß weite Gegenden ohne Licht sind.

Lokaltermin im Mordprozeß Strasser.

Die Mittwoch-Verhandlungen im Harburger Mordprozeß wurden eingeleitet durch einen Lokaltermin in der Wohnung des Angeklagten Strasser. Die Schutzpolizei hatte scharfe Absperrungen vorgenommen, um den Andrang der Menschen zurückzuhalten. Anschließend wurde als erster Zeuge der praktische Arzt Dr. Asbeck vernommen, der als Erster nach dem Tode der Ehefrau am Tatort eintraf. Die Frau lag der Länge nach im Bett. Der Angeklagte erklärte ihm, die Frau habe auf dem Bettrand gesessen und sei nach dem tödlichen Herzschuß hintenüber gefallen, worauf er sie aufs Bett gelegt habe. Nach Auffassung des Arztes war die Waffe direkt auf das Herz gerichtet. Bei der Sektion hätten alle den Eindruck gehabt, daß ein Mord vorliege. Der Beutel, in dem sich die Waffe befand, wies allerdings einen Ausschuß auf. Der Arzt glaubt nicht, daß der Schuß während eines Krampfanfalles auf die Frau losging. Sowohl dieser Zeuge, wie der praktische Arzt Dr. Wagner, der die Frau früher behandelt hatte, wissen nichts von Krampfanfällen. Der Kriminalkommissar, der als erster Kriminalbeamter am Tatort erschien, bekundet, daß die Kugel, die das Kopfkissen im Bett der Frau durchbohrt hatte, im Keilkissen vorgefunden wurde. Der Vorsitzende zieht daraus den Schluß, daß Frau Strasser den Schuß im Liegen erhalten haben muß.

Ein Juweleneinbruch aufgeklärt.

Im Juli 1923 war in der Friedrichstraße in Berlin ein Juwelengeschäft geplündert worden. Es handelte sich um den größten Juwelendiebstahl, den die Reichshauptstadt je erlebt hatte. Gestohlen wurden 80 Krawattennadeln, 50 goldene Zigarettenetuis, 4 Perlenketten, 80 Platin-Armbänder, 10 goldene Dosen, 6 Medaillons und ein großer Brillantschmuck. Jetzt, nach vier Jahren, ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, den Einbruch aufzuklären. Als einer der Täter wurde der Pole Mesz ermittelt, der bereits ein Geständnis abgelegt hat. Mesz war im Februar 1926 zusammen mit einem Max Bloch unter dem Namen Selig Gutmann an einem weiteren Diamanteneinbruchsdiebstahl, ebenfalls in der Friedrichstraße in Berlin, beteiligt. Beide internationale Verbrecher konnten damals verhaftet werden und wurden zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Durch Fingerabdrücke, die von den beiden Verbrechern auch ins Ausland gesandt wurden, konnte festgestellt werden, daß Gutmann und Mesz identisch sind, und daß auf sein Konto auch ein Juwelenraub in Brüssel kommt. Aus dem Zuchthaus in Brandenburg vorgeführt, gab Mesz nach längerem Leugnen seine Taten zu. Der Juwelenräuber hat seinerzeit mit einer gefürchteten Einbrecherbande zusammen gearbeitet. Ihr Hehler und Anstifter, der Berliner Juwelier Schapper, scheint in Erpresserhände geraten zu sein und hat durch Selbstmord oder Verbrechen geendet.

Klärung der Steglitzer Schülertragödie.

Die Ermittelungen der Berliner Kriminalpolizei haben in die Primanertragödie insofern eine Klärung gebracht, daß der überlebende Oberrealschüler Kranz als der eigentliche Anstifter der Tat festgestellt wurde. Während des Zechgelages mit Günther Scheller scheint der Plan gereift zu sein, alle aus dem Leben scheiden zu lassen. Bei Kranz wurde ein Abschiedsbrief gefunden, in dem er sich selbst als Mörder und Selbstmörder bezeichnet und in dem es heißt: „Günther wird Hans Stephan erschießen, dann erschieße ich Günther, seine Schwester und mich." Auch die Waffe scheint von Kranz zu stammen.

Sohn gegen Vater.

Im Harburger Mordprozeß Strasser wurde am Donnerstag unter anderen Zeugen der überlebende Sohn Egon des Angeklagten vernommen, und zwar in Abwesenheit des Vaters und der Verwandten der Mutter. Von dem Tode der Mutter weiß er nur, daß der Vater ihm damals gesagt habe, die Mutter sei plötzlich gestorben. Beim Tode des Bruders sei er plötzlich erwacht, als ein Schuß ertönte. Der Vater sei unter der Kammertür gestanden. Der Bruder habe nach dem Doktor gerufen. Ehe er wegging, habe der Vater ihm gesagt: „Du braucht nichts davon zu sagen, daß ich schon in der Kammer war." An diese Worte des Vaters hat sich der Junge allerdings erst später erinnert.

Humor des Ostens.

Prähistorische Finanzkrisen. Der polnische Altertumsforscher Prof. Bajburzynski schreibt in einem seiner Werke, das von Assyrien handelt: „Bei Ausgrabung der alten Stadt Luzä-Assar wurden viele wertvolle Handschriften, Geräte usw., gefunden. Dagegen ist es nicht gelungen, irgend welche Münzen zu entdecken. Hieraus folgt, daß die alten Assyrier, genau wie heutzutage wir Polen, an ironischem Bargeldmangel gelitten haben." („Lecian", Krakau.)

Im Rausche des Wortschwalls. Vortragsredner (in einer antireligiösen Propagandaversammlung): „Ich hoffe, Genossen, daß Sie mir mit nicht erlahmender Aufmerksamkeit bis zu der natürlichen Unterbrechung meines Vortrags folgen, das heißt bis zum sogenannten Erscheinen des Antichrist und dem Weltuntergang . . ." („Krokodil", Moskau.)

Genossenschaftswesen.

Internationaler Fest- und Werbetag.

Der Vorstand des Internationalen Genossenschaftsbundes richtet an die Genossenschafter aller Länder einen Aufruf zur Abhaltung des fünften internationalen Genossenschaftstags am Sonnabend, den 2. Juli 1927.

Der internationale Genossenschaftstag vereinigt die Genossenschafter aller Länder zu einer Gemeinde, die e...schlossen ist, an der Errichtung der genossenschaftlichen Gemeinschaft mitzuarbeiten.

Der Genossenschaftstag schlingt das geistige Band um die Genossenschafter aller Rassen, aller Farben, aller Glaubensbekenntnisse, und schmiedet sie zu einer Einheit im Geiste der Brüderlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit; er bewahrheitet unsere Ueberzeugung, daß der genossenschaftliche Gedanke zum Weltbekenntnis wurde, zum Ausdruck der gemeinsamen Idee der Menschheit, zur Antwort auf ihre Nöte, zum Inbegriff ihrer Bestrebungen.

Der Internationale Genossenschaftsbund, der jetzt die Genossenschaftsbewegung von 36 Ländern umfaßt und über alle Weltteile verzweigt ist, ist bestrebt, die Genossenschaftsbewegung auf dieser allumfassenden Grundlage zu erhalten. Deswegen auch beschränkt er seine Tätigkeit ausschließlich auf das eine Ziel: die Förderung einer Wirtschaftsordnung, die frei vom Ansporn des Profits und vom Anreiz des persönlichen Vorteils wäre, einer Wirtschaftsordnung, die das Wohlergehen der Gesellschaft über alles andere stellt. Strikte Neutralität in allen Angelegenheiten der Politik und der Glaubensbekenntnisse ist zur goldenen Regel des Bundes bei all seinen Unternehmungen geworden. Niemand soll seinen Reihen wegen seiner religiösen Ueberzeugung oder politischen Meinung ferngehalten werden. Hier wie auf dem wirtschaftlichen Gebiet gilt als Leitgedanke der internationalen Genossenschaftsbewegung: „Einer für alle und alle für einen."

Der Aufruf des Internationalen Genossenschaftsbundes fordert: Schreibt Neutralität auf eure Fahnen und verkündet der Welt am Genossenschaftstag: Die Genossenschaftsbewegung steht über allen Parteikämpfen, über allen Glaubensgegensätzen! Eure Parole sei: Vorwärts! Geeinigt im Kampf für die Aufrichtung der Zivilisation auf der Grundlage des genossenschaftlichen Zusammenarbeitens und des Weltfriedens.

Soziales.

Der Wohlfahrtsrummel und die Sozialrentner.

Unter den Sozialrentnern herrscht eine begreifliche Erbitterung. Sie sind der Meinung, daß es endlich an der Zeit ist, öffentliche Mittel nicht für Ozeanflieger mit vollen Händen auszustreuen, sondern lieber die kargen Bezüge, die sie erhalten, zu erhöhen. Dem jetzt noch herrschenden Bürgerblock scheint dies zum Bewußtsein gekommen zu sein. Darum will er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Er will der Not durch eine öffentliche Sammlung steuern, zu der der 80. Geburtstag Hindenburgs herhalten soll. Sogar eine Briefmarke mit dem Bildnisse des Ritters, dem der Krieg eine Badekur war, soll angefertigt und der Gewinn den Sozial- und Kleinrentnern zugewendet werden. Diese aber pfeifen auf solche Art Wohltätigkeit. Sie wissen, daß dabei für sie nicht viel abfällt. Im übrigen haben sie keine Lust, ein Objekt eines nationalistischen Rummels zu werden. Sie verlangen ihr Recht. Dieses wird ihnen, wenn die Bezirksfürsorgeverbände ihre Richtsätze der eingetretenen Verteuerung der Lebensverhältnisse entsprechend erhöhen.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene wird ihre diesjährige Jahreshauptversammlung am 30. September und 1. Oktober in Hamburg abhalten. Am 1. Verhandlungstage wird gemeinsam mit der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft über das Thema „Die Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit" beraten. Der Vortragsteil behandelt das Thema in fünf größeren Referaten. Am 2. Verhandlungstag werden die Fragen der Hygiene der Hafen- und Werftarbeit und der Arbeit des Heizpersonals auf Schiffen besprochen. Außerdem bringt der 2. Verhandlungstag eine größere Anzahl kurzer Berichte, die den Teilnehmern der Jahreshauptversammlung eine Uebersicht über die wichtigsten neueren Arbeiten auf gewerbehygienischem Gebiet vermitteln. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9.

Familien-Anzeigen

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Am 28. Juni verstarb unser Kollege

Max Graffert

im Alter von 56 Jahren. 5548

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des reformierten Friedhofes, Lohestraße.

Im Juli 1927 sind an die städtischen Steuerkassen zu entrichten:

1. **Bis zum 6. Juli:**
   Schulgeld für Juli in der durch besonderen Bescheid mitgeteilten Höhe.
2. **Bis zum 7. Juli:**
   Hundesteuer für das Vierteljahr Juli/September 1927 in bisheriger Höhe (20 Rm.).
3. **Bis zum 15. Juli:**
   a) **Staatliche Grundvermögensteuer** für Juli in bisheriger Höhe.
   b) **Gemeindezuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer** für Juli mit 225 v. H. der staatlichen Grundvermögensteuer.
   c) **Nachzahlung an Gemeindezuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer** für April/Juni infolge Erhöhung des Zuschlags von 200 auf 225 v. H. der staatlichen Steuer vom 1. 4. 1927 ab in Höhe von (3 . 25 =) 75 v. H. des Monatssatzes der staatlichen Grundvermögensteuer.
   d) **Hauszinssteuer** für Juli mit 1200 v. H. der staatlichen Grundvermögensteuer für diejenigen Grundstücke, die bisher zu 1000 v. H. der staatlichen Grundvermögensteuer veranlagt waren, für die übrigen Grundstücke in bisheriger Höhe.
   e) **Kanal- und Müllabfuhrgebühren** für Juli in bisheriger Höhe. Die Zahlungen zu e) werden bei Veranlagung der Kanal- und Müllabfuhrgebühren als Vorauszahlungen verrechnet.

Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen (10 v. H.) zu entrichten. Im Falle der Mahnung und der Zwangsvollstreckung treten hierzu noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.

Breslau, den 30. Juni 1927.

Städtische Hauptsteuerkasse. 8580

Schlesisches Landesorchester

Für die **Südpark-Konzerte** werden mit Wirkung vom 1. Juli 1927

Monatskarten

ausgegeben. Preise: Einzelkarte 5 Mark, Anschlußkarte für das zweite und jedes fernere Mitglied derselben Familie 4 Mark.

2-Monatskarten

für Juli und August 1927. Preise: Einzelkarte 9 Mark, Anschlußkarte 7 Mark.

Die Mitglieder des Breslauer Orchestervereins, der Singakademie zu Breslau, des Bachvereins und des Waetzoldt'schen Männer-Gesangvereins erhalten gegen Vorlegung der Mitgliedskarte für 1927 auf die Monatskarte je 1 Mark, auf die 2-Monatskarte je 2 Mark Ermäßigung. Preise also: für Einzelkarte 4 und 7 Mark, für Anschlußkarte 3 und 5 Mark.

Kartenverkauf: Hainauer, Schweidnitzer Straße u. Gartenstraße (Konzerthaus); Hoppe, Zwingerplatz; Barasch; Südpark-Abendkasse. 8522

Hochprima

Prager Mast-Gänse Pfd. nur **1.35**

Prager Mast-Enten Pfd. nur **1.65**

Jg. Brathühnchen Stück von **1.25** an

sowie sämtliches Tafel-Mast-Geflügel billigst.

Wild

auf Wunsch pfannenfertig! 8598

Reh-Rücken / Keulen auch geteilt!

Reh-Blatt . . . . Pfd. nur 1.20

Ia Hirsch- u. Wildschweins-Rücken / Keulen auch geteilt.

Jg. Hirsch- u. Wildschweins-Blatt Pfd. nur 1.10

Reh-, Hirsch- u. Wildschweins-Ragout Pfd. nur 60 Pf.

empfiehlt und versendet

Herbert Böhm

Wild- und Geflügel-Großhandlung

nur 62 Gartenstraße 62 nur
Telefon: Ohle 324

Telefonische Bestellungen sofort!

Getragene sowie neue

Herren-Anzüge

sind wieder billig vorrätig.

D. Julinsburger

Kupferschmiedestr. 31

Damenmäntel

jetzt weit unter Preis!
Urban, Karlstraße Nr. 1, II.

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau I, N. Graupenstr. 5

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige.

2 neue dunkelpolierte Bettstellen zu verkaufen Posener Straße 45, Hinterhaus. 1916

25 jährigen

Aus Anlaß meines Geschäftsjubiläums
gewähre ich bis 10. Juli bei Einkauf von

Uhren und Goldwaren

sowie fugenlosen Trauringen

10 % Jubiläumsrabatt

Paul Alter Kupferschmiedestraße 17
Ecke Schmiedebrücke

S. P. D., Distrikt 39.

Sonntag, den 3. Juli, nachm. 3 Uhr

bei Wittko, Erholungsstätte der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Zimpel

1. Stiftungsfest.

Festredner: Genosse Machle.

Volks- und Kinderbelustigungen.

Es ladet freundlichst ein

5544 **Die Distriktsleitung.**

Dortmunder Unionbräu-Keller

OHLAUER STRASSE NR. 9 — NAHE AM RING

Oekonomie: Friedr. Scheidegger (bisher Direktor des Hotels Schlesischer Hof) 8594

Modern ausgestatteter groß. Bier-Keller

Spezial-Ausschank der weltberühmten Dortmunder Union-Brauerei
Ia Küche zu soliden Preisen

Eröffnung Sonnabend, 2. Juli

Bedienung durch Samariterinnen.

Im Rahmen der

Sammeltage d. Arb.-Samariter-Kolonne Breslau

veranstalte ich am Sonnabend, 2. Juli, abends 7 Uhr in meinem Garten-Etablissement

„Riviera", Eichenparkstraße 41,

ein 5543

Großes Garten - Frei - Konzert

15% meiner Gesamteinnahme fließen dem Sammelfond der Arbeiter-Samariter-Kolonne Breslau zu. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt. Auf Speisen und Getränke kein Aufschlag.

Oskar Hoffmann.

Freunde und Gönner ladet zu der Veranstaltung ein

Arbeiter-Samariter-Kolonne Breslau.

Wartburg Lichtspiele

Unwiderruflich nur bis Montag!

Henny Porten

in dem schönsten Romanfilm dieses Jahres:

„Die Abenteuer der Sybille Brant"

8 Akte

Ferner: **Der Wildwestschlager.**

„Unter westlichem Himmel"

5 Akte.

Deulig-Woche!

Sonntag 3 Uhr: **Große Kinder-Vorstellung.**

Hoot Gibson in Wild-West

und Groteske. 8577

Wanderer! Ausflügler!

Ludwig Lessen, Ein Wanderbuch, An deutschen Seen, Flüssen und Buchten, illustriert, kartoniert . . . nur **30** Pf.

Friedrich A. Seyffert, Der Wanderer, kartoniert **50** Pf.

Kurt Grottewitz, Sonntage eines Großstädters in der Natur, alte Ausgabe, Ganzleinen . . . . . nur **1.25**

Neue Ausgabe mit 12 Holzschnitten von Hans Goetsch, Ganzleinen **2.80**

Kurt Grottewitz, Unser Wald, ein Volksbuch, herausgegeben von Wilhelm Bölsche, mit zahlreichen Photographien in Ganzleinen **6.75**

Umgebungskarten und Führer laufend vorrätig!

Volkswachtbuchhandlungen Breslau

Neue Graupenstraße 5 — Neue Taschenstraße 11

TdN Theater des Nordens

Fürstenstr. 32

Der erfolgreichste dänische Großfilm dieser Saison!

Ehret Eure Frauen!

Die Tragödie eines widerspenstigen Gatten und seine lustige Zähmung.

Für Männer und Frauen der Weg zum Glück!

Jugendliche haben Zutritt und Preisermäßigung.

Gr. Lustspiel-Beiprogramm. — Deulig-Woche.

Verlobungsanzeigen

sowie alle anderen Familienanzeigen bestellen Sie am besten bei der

Volkswacht-Buchdruckerei

Breslau II, Flurstraße 4—6

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich kannst Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung Neue Graupenstr. 5

Jubel-Feier der Freien Sänger-Vereinigung „Breslau-West“

am **Sonntag, den 3. Juli 1927, Klein Gandau (Amerikanischer Vergnügungspark)**

Aufführung von Massen- und Einzelchören ✱ **Konzert und Tanz** ✱ Eintritt pro Person 50 Pf. Kinder unter 14 Jahren frei

8545

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 8561
Tel. Stephan 36309.
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenerfolg.
„Drei arme kleine Mädels“

Schlesisches Landesorchester
Heute Freitag 7½ Uhr:
Südpark-Konzert
Opern- u. Operetten-Abend
Leit. Schätzer. Eintr. 60 Pf.

Liebich-Theater
Täglich 8 Uhr
die erfolgreiche Nelson-Revue: 8845
20 Jahre Nelson!
Persönliches Gastspiel von
Rudolf Nelson
und
Käte Erlholz
und die Premierbesetzung.

Victoria
Theater. — 8¼ Uhr.
Täglich die neue Revue der Sensationen!
„Verbotene Abenteuer“
5 Einakter
u. Varietee-Einlag.
Hilfe: Überfall-Kommando
Herzkrank
Mensch-Tier
Hier herrscht Ordnung in der Badewanne
etc. etc. 8578
Billetts nur gegen Revers
Im Garten, 8½ Uhr
Gart.-Kino-Varieté
Neuer Spielplan.
Eintritt frei!

Sommer-Ausverkauf

Morgen Sonnabend letzter Tag

Abbild. 1 **Haus- u. Gartenkleid** gut. gestreift. Zephir mit einfarb. Krag. u. Schleife, Gr. 46 3.10, Gr. 42—44 **2.25**

Abbild. 2 **Wanderanzug** best. forstgrün. Jagdleinen, halsfrei od. geschloss. zu trag., für 4 Jahr. Jede weitere Größe 40 Pf. mehr. **4.50**

Abbild. 3 **Wanderkleid** blau- od. grünweißer Trachtenstoff, indanthrenfarb., mit einfarb. Röckchen Jede weiteren 5 cm 35 Pf. mehr. Länge 55 cm **3.20**

Abbild. 4 **Gartenkleid** einfarb. u. gemust. Trachtenstoff, mittelblau, indanthrenfarbig, Gr. 42-46 **4.35**

Besonders preiswerte Schluß-Angebote

Unterziehschlüpfer solide Qualität, elastisch gewirkt, helle Farben	70 Pf.	**Netzjacke** gute Qualit. in sauberer Verarbeitung . . Mittelgröße	85 Pf.	**Hosenträger** fester Gummigurt, einfarbig oder gemustert, mit Lederpatten . . Solides Fabrikat	1.15
Damenschlüpfer solide Qual., viele Farb., Kunstseidentrikot 1.85, Baumwolltrikot	1.25	**Einsatzhemd** guter weißer Baumwolltrikot mit farbig gestreiften Zephir- od. Ripseinsätz., Mittelgröße	2.50	**Kinder-Hemdhose** mit tiefem Ausschn. oder Trägern, weiß, elastisch gewirkt, Länge 50 cm Jede weiteren 5 cm 15 Pfg. mehr.	1.60
Damenhemdhose m. Bandträg., elast. gewirkt, weiß, fleder, rosa od. lachsfarb., Mittelgr.	1.65	**Herrentrikothemd** beste Makoqual., naturgelb, mit dopp. Brust, Mittelgröße Passendes Beinkleid . 2.35	2.90	**Kinder-Röckchen** weiß, glatt gestrickt, ohne Ärmel, Länge 45 cm 80 Pf., Länge 50 cm 90 Pf., Länge 40	70 Pf.
Prinzeßrock guter Kunstseidentrikot, weiß, schwarz u. viele Farb.	2.50	**Sport-Oberhemd** einfarb. Zephir, m. Umschlagmanschett. und 1 weich. Krag.	6.10	**Kinder-Spielhose** einfarb. Zephirstein, m. gestr. Blenden Länge 50 cm 1.25, Länge 55 cm 1.45 Länge 45 cm	1.05
Damenstrümpfe in Seidenflor m. unbedeut. Schönheitsfehl., viele Farb.	1.15	**Weich. Sportkragen** guter weißer Ripsplikee, in alten Weiten	35 Pf.	**Waschmusselin** reiche Auswahl in modernen Druckmust., 80 br., Mtr. 48 u.	38 Pf.
Damenstrümpfe gute waschbare Kunstseide m. Florrand u. verstärkter Florsohle, alle modern. Farb., Paar	1.80	**Reinseid. Foulardbinder** reiche Auswahl apart. neuer Must.	1.15	**Waschkrepp** solide Qualität in hübschen Streifenmust., 70 cm br., Mtr.	45 Pf.
Waschunterrock grau od. blauweiß gestreifter Zephirgingham m. plissierter Krause	1.75	**Leder-Sportgürtel** in Vollrind, m. amerikanisch. Schnalle, leder- od. tabakbraun	1.15	**Waschseide** moderne, schöne Karomust., waschecht, 70-80 br., Mtr. 85 u.	75 Pf.
Frottierhandtuch guter weißer Kräuselstoff m. farbigen Streifen od. Kanten	1.05	**Sportstrümpfe** reine Wolle, in Sportfarben, mit gestreift. Überschlag, Paar	2.90	**Linon-Taschentücher** mittelfein, m. farbig. Kanten od. Karos, Gr. 40 cm. 3 Stück	80 Pf.
		Herrensocken mittelfeine Baumwolle, grau oder mode, mit abstechend. Längsstreifen . . . Paar	70 Pf.	**Buchstabentücher** feiner Makoperkal m. farbig. Zierstickkante u. Buchstaben, Größe 26 cm . . . 3 Stück	1.10

Bielschowsky
LEINENHAUS
NIKOLAI-STR. BRESLAU ECKE HERREN-STR.

Saison-Ausverkauf
ff. Herren- und Damenstoffe
bis 50 % herabgesetzte Preise
Ring 46, 1. Etg. früher Gold. Radegasse **Tuch-Scholz**
3148

Fahrräder Express, Bismarck, Urania, Tusmark, Schwarz-Rot-Gold u. a. Marken 8523
Zubehör Reparaturen, Emaillierung, Vernickelung sauber und preiswert
Fahrrad-Kramm
Fränckelplatz 5, a. Hauptbahnhof

Leihweise elegante 8584
Frack- u. Rock-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Sonntag, den 3. Juli 1927, unwiderruflich letzter Tag! Von mittags 2 Uhr bis 1 Uhr nachts, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

Johannisfest

„Rübezahls Reich“ (Riesengebirgs-Szenerie)

Heute Freitag, von 6—8 Uhr:
Motorrad-Club Breslau 1920 e. V.
Motorradfußballspiel Reichenbach—Breslau
Geschicklichkeitskonkurrenz
Fuchsjagden

Ab heute Freitag: 8047
Vorführung des Johannisfestfilms
mit Manfr. Lommel alias Paul u. Pauline Neugebauer.
Morgen Sonnabend, 5.30 Uhr:
Vorführungen des Rassehundvereins
u. a.: mit den Diensthunden des Polizei-Präsidiums.

Täglich bei günstiger Witterung:
Aufstieg der beliebten Luftakrobatin Elvira Wilson

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf. Kinder 10 Pf. Sonntag: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf.
Die Johannisfestzeitung mit dem gesamten Sport- und Festprogramm ist für 10 Pf. bei allen Zeitungshändlern zu haben.

Aus Schlesien.

Tagung des Provinzialausschusses.

Der Provinzialausschuß der Provinz Niederschlesien stimmte in seiner Sitzung vom 27. Juni dem Plane zum Ausbau des Peisterwitz-Jeltscher Polders oberhalb Ohlau zu. Zur Herabminderung der Hochwassergefahr im Flußgebiet der Katzbach besteht der Plan, ein neues Staubecken bei Bremberg in der Wütenden Neiße unterhalb Jauer zu errichten. Die bisherigen Staubecken bei Bolkenhain im Röhrsdorfer Wasser und bei Schönau im Steinbach haben sich zwar gut bewährt, sind aber von vorzugsweise örtlicher Bedeutung, weil sie kein größeres Niederschlagsgebiet beherrschen.

Bei Beratung der Wohlfahrtspflege bewilligte der Provinzialausschuß den großen Wohlfahrtsverbänden, dem Provinzialverein der Inneren Mission, dem Charitasverbande und dem Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz Beihilfen. Einmalige Zuwendungen wurden für den Evangelischen Verein zur Errichtung schlesischer Trinker-Asyle zu Jauer, an das Bürgerheim des Kreuzbundes in Glatz, das Psychopathenheim der Stadt Görlitz und an mehrere Volkshochschulheime, ebenso verschiedene Zuschüsse an die Säuglingspflegeschule der Stadt Breslau, die sozialhygienische Akademie in Breslau und dem Verein Auswanderberatung in Breslau beschlossen. Für den Weiterausbau der Wäschesparkasse wurde der Bezirksstelle für Jugendpflege beim Regierungspräsidenten in Breslau ein zinsloses Darlehen von 10 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung der Geschäftsstelle des Provinzial-Milchausschusses und die Uebernahme ihrer Kosten, soweit sie nicht schon durch anderweit aufgebrachte Zuschüsse gedeckt sind, wurde beschlossen. Der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wurde zur ersten Einrichtung eines neuen Instituts für menschliche Vererbungslehre eine Beihilfe von 5000 Mark bewilligt.

Da die Zahl der durch den Landesfürsorgeverband in geschlossener Anstaltspflege unterzubringenden Geisteskranken, Schwachsinnigen und Epileptischen ständig im Steigen ist, hatte sich der Provinzialausschuß erneut in mehreren Vorlagen mit Maßnahmen zu beschäftigen, die dem sonst bevorstehenden Mangel an Plätzen für Kranke in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten und dem damit Hand in Hand gehenden Mangel an Wohn- und Unterbringungsräumen für das Pflegepersonal teilweise abhelfen sollen. So wurden der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Bunzlau für die bauliche Rückumwandlung früherer Krankenräume, die zeitweise zu Wohnzwecken Verwendung gefunden hatten, sowie zur Ergänzung von Inventar, Kleidung und Wäsche die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Ferner wurde der Ankauf einer an das Gelände der Anstalt Plagwitz angrenzende Parzelle als Baugelände für Beamtenwohnhäuser genehmigt. Endlich wurden die Siedlungspläne von vier Beamten der Anstalt Bunzlau dadurch gefördert, daß ihnen das erforderliche Baugelände im Wege des Reichsheimstättenrechts gegen einen mäßigen Kaufpreis überlassen wurde.

Für Straßenbauten wurden einer Anzahl von Kreisen und Gemeinden Bauhilfsgelder bewilligt. Dem Verband der Vororte von Breslau wurde eine einmalige Beihilfe zur Förderung seiner Bestrebungen für die Schaffung eines ausreichenden Vorortsverkehrs zur Verfügung gestellt. Die mit verschiedenen Städten abgeschlossenen Verträge über die Unterhaltung der Hauptdurchgangsstraßen innerhalb dieser Städte wurden genehmigt.

Der Wassergenossenschaft zur Ent- und Bewässerung des „Schwarzen Winkels" in Leschkowitz in den Kreisen Glogau und Steinau wurde aus dem Landesmeliorationsfonds eine Beihilfe von 150 000 Rm. zugesprochen und für die Bearbeitung der Pläne für die Regulierung der Bartsch wurden Mittel zur Verfügung gestellt.

Der Provinzialausschuß beschloß, den Regierungs- und Baurat Olbert aus Breslau mit Wirkung vom 1. Juni 1927 ab als Provinzialbaurat anzustellen und ihm die Leitung des Provinzialflußbauamtes in Görlitz zu übertragen. Der Assistenzarzt auf Probe Nafe bei der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Plagwitz wurde mit Wirkung vom 1. Mai 1927 ab als beamteter Assistenzarzt angestellt. Der Anstaltssekretär Müller wurde von der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Leubus nach der gleichen Anstalt in Brieg versetzt und ihm die kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte des Verwaltungsinspektors übertragen.

Am 28. Juni besichtigte der Provinzialausschuß das Gelände des vorgesehenen neuen Staubeckens in der Wütenden Neiße bei Bremberg. Der Regierungspräsident, der Oberbürgermeister der Stadt Liegnitz und die Landräte der Kreise Liegnitz und Jauer beteiligten sich an dieser Besichtigung, an die sich eine Fahrt nach Liegnitz anschloß, wo die Gartenbau- und Gewerbe-Ausstellung unter Führung des Oberbürgermeisters Charbonnier, des Stadtrats Elsner und der anderen Herren der Ausstellungsleitung besichtigt wurde.

Görlitzer Tagung des Reichsstädtebundes.

Der Reichsstädtebund eröffnete heute in Görlitz in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, Parlamentarier und Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens seine 17. Mitgliederversammlung. In der Begrüßungsansprache wandte sich Oberbürgermeister Dr. Belian-Eilenburg mit bemerkenswerter Schärfe gegen den derzeit im Parlament behandelten Entwurf einer neuen Städteordnung für Preußen und betonte die schwierige Finanzlage der kleineren und mittleren Städte. Ferner richtete er den dringenden Appell an die Reichsregierung, die in dem Entwurf zum endgültigen Reichswirtschaftsrat vorgesehene Minderung der Vertreter des Reichsstädtebundes gegenüber der für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat geltenden Regelung nicht Gesetz werden zu lassen, und betonte die schweren Lasten, die die Fürsorgegesetzgebung gerade den kreisangehörigen Städten aufbürden, wie die Stellung der kreisangehörigen Städte überhaupt immer mehr und mehr unter der Voranstellung der Staatsverwaltung leide. Staatssekretär Dr. Abegg-Berlin überbrachte die Grüße der Reichsregierung, Dr. Kulert-Berlin die des Deutschen Städtetages und, nach einer von kommunistischer Seite veranlaßten Geschäftsordnungsdebatte, Oberbürgermeister Snay im Namen der Görlitzer Bürgerschaft.

Die eigentlichen Verhandlungen der Tagung begannen mit einem Vortrage des Geschäftsführer Dr. Haeckel-Berlin über „Die Selbstverwaltung der Städte und Gemeindeverbände im Rahmen der Verwaltungsreform", dem nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte und Ablehnung eines kommunistischen Antrages, an Stelle des für Freitag vorgesehenen Ausfluges nach Ober-Schreiberhau eine Aussprache über Wohnungsbaufragen vorzunehmen, ein weiterer Vortrag des Ministerialrats Dr. Suren über den „Vorläufigen und endgültigen Finanzausgleich" folgte. Ueber das gleiche Thema sprach mehr unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen finanzpolitischen Reform Bürgermeister Dr. Guggelmeier-Lörrach. Anschließend fanden einige Gruppenberatungen und abends musikalische und sportliche Vorführungen statt, die die gastgebende Stadt Görlitz den Gästen bot.

Um die Unterschlagungen beim Sulauer Magistrat.

Ein bemerkenswerter Freispruch.

Das Schöffengericht Oels beschäftigte sich am 28. Juni mit den dem Kassenrendanten Kappler in Sulau zur Last gelegten Verfehlungen. Von dem Jahre 1921 bis 1926 hat K. die Schulkasse überhaupt nicht geführt. 1925 hat er eine über 300 Mark betragende Summe an den Landeshauptmann nicht abgeführt, aber verbucht. Die Mahnschreiben der Landesverwaltungen hat er in seinem Fach verschlossen. In Sulau hatten einzelne Bürger 1925 das Glück, durch das Finanzamt überzahlte Steuern zurückgezahlt zu erhalten. Teilweise zahlte der Angeklagte diese Summen aus, teilweise unterließ er es und quittierte selbst mit der Unterschrift der Empfänger. Eine weitere Verfehlung ließ er sich bei der Berechnung der Telephongebühren zuschulden kommen. Das Schöffengericht kam, trotzdem alle Straffälle erwiesen waren, zum Freispruch von der Anklage der Unterschlagung und Urkundenfälschung. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß der angeklagte Kassenrendant die ihm zugeteilte Arbeit als Verwalter der Sparkasse, Finanzhilfskasse, Schulkasse, Kämmereikasse usw. weder bewältigen konnte, noch überhaupt beherrschte. K. mußte als früherer Polizeibeamter jahrelang ohne Aufsicht, obwohl er für kaufmännische Dinge kein Verständnis hatte, sämtliche Kassen größtenteils ohne Gegenbuch führen.

Die Aussichten der „Gugali".

Die förmliche Eröffnungsfeier der „Gartenbau- und Gewerbe-Austellung Liegnitz" hat die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands auf das wagemutige Unternehmen der alten schlesischen Ausstellungsstadt gerichtet. Die Liegnitzer kommunalen Führer haben mit berechtigtem Stolz auf die großen finanziellen Mittel hingewiesen, die sie in die „Gugali" hineingesteckt haben und der der große äußere Umfang und die Reichhaltigkeit dieser größten schlesischen Nachkriegs-Ausstellung vor allem zu danken ist. Nun erhebt sich die Frage: wird dieser Aufwand sich auch belohnen, werden die hochgespannten Erwartungen der Liegnitzer nicht enttäuscht werden?

Wenn man diese Frage im streng finanzpolitischen Sinn aufwirft, so ist sie verfehlt. Der Erfolg einer Ausstellung wie der Liegnitzer wird nicht daran zu messen sein, ob die Eintrittsgelder die aufgeworfenen Geldmittel erreichen oder nicht. Selbst wenn die städtischen Körperschaften einige hunderttausend Mark zusetzen sollten, während gleichzeitig ein gesteigerter Fremdenverkehr einige Millionen Mark neu nach der sonst als D-Zug-Station kaum bemerkten Mittelstadt trägt, können die Liegnitzer zufrieden sein. Einen Erfolg haben sie auf jeden Fall schon sicher: die allgemeine Beachtung hat sich die Hauptstadt des niederschlesischen Regierungsbezirks mit diesem Versuch gesichert und eine gewisse Anerkennung für den energischen Willen zur Selbsthilfe, der in wohltuendem Gegensatz zu den dauernden Anklagen gegen die Zentralstellen aus anderen schlesischen Kommunen steht, haben die Vertreter des Reiches und des preußischen Staates den Liegnitzern ja auch bereits ausgesprochen. Wenn jetzt die Niederschlesier wieder einmal mit Hilfsgesuchen nach Berlin kommen müssen, so können sie auf eine anerkannte Anstrengung mehr hinweisen, mit der sie ohne fremde Hilfe aus der Aschenbrödel-Rolle herauskommen wollten.

Die Besucherzahl der Ausstellung wird sicher in erster Reihe von den Witterungsverhältnissen abhängen. In zweiter Reihe kommt es auf das Entgegenkommen der Reichsbahn und auf das organisatorische Geschick der Ausstellungsleitung an, die größere Vereine und Verbände zu Sonderbedingungen einladen und gewinnen muß. Die ersten Tage des Ausstellungsbesuchs sind kein Maßstab für die Folgezeit. Die beiden großen Glanzdarbietungen jeder sommerlichen Gartenausstellung stehen ja auch in Liegnitz noch bevor: die Rosenblüte ist anscheinend absichtlich etwas zurückgehalten worden, um nicht vor Eröffnung der Ausstellung ihre Reize zu verschwenden, so daß die Schau der 30 000 gleichzeitig blühenden Rosen kaum vor den ersten Julitagen dargeboten werden wird; die Dahlien-Schau, die gleichfalls riesige und neuartig abgestufte Massen von Gartenpflanzen zusammenfassen wird, dürfte dann gegen Ende der Ausstellungszeit, die auf drei Monate berechnet ist, das Interesse nochmals auf die Höhe bringen.

Inzwischen sorgt ja der Anreiz der dauernden Darbietungen, nicht zu vergessen die zahlreich eingestreuten Erholungs- und Unterhaltungsstätten, für eine gleichmäßige Belebung der Anziehungskraft der „Gugali". Mag die Zahl der Besucher aus dem Westen aus traditioneller Ahnungslosigkeit der Süd- und Westdeutschen über die Schönheiten des deutschen Ostens gering bleiben, mag der in anderen Zeiten sicher besonders starke Zustrom der Grenzlanddeutschen und der Angehörigen der Nachbar-Nationalitäten infolge der gegenwärtigen handelspolitischen Spannungen gleichfalls unbefriedigend bleiben, so sollten doch wenigstens die Ostdeutschen selbst, vorab die Schlesier, es sich zur Ehre anrechnen, dieses große schlesische Unternehmen persönlich kennen gelernt zu haben!

Ohlau. Die Reichswehr fürchtet sich vor „Potemkin". Wie wir erfahren, hat der Standortälteste der Mannschaft den Besuch des derzeit hier laufenden „Potemkin"-Film verboten. Man fürchtet wohl in unserer republikanischen Wehrmacht die Diskreditierung des monarchischen Gedankens oder die Untergrabung der militärischen Disziplin durch geschichtliche Wahrheiten. Ueber die Wirkung einer solchen Reklame war sich der Herr Standortälteste wohl nicht ganz im Klaren. Bedauerlich bleibt nur, daß eine derartig weitgehende Beschneidung der persönlichen Freiheit des Soldaten leider möglich ist.

Oels. Ausbau des Bahnhofs. Wie bekannt geworden ist, plant die Reichsbahndirektion Breslau eine Erweiterung des Bahnhofsgebäudes in Oels, und zwar soll das Empfangsgebäude zwei Anbauten erhalten. Im Interesse einer besseren Abwicklung des immer stärker werdenden Verkehrs ist dieser Schritt nur zu begrüßen.

Waldenburg. Schon wieder ein Ueberfall auf ein Mädchen. Ein etwa 22jähriges Mädchen wurde auf dem Wege vom Kreiskrankenhaus nach Nieder-Hermsdorf, in der Nähe der Pulverhäuser, rücklings überfallen und vergewaltigt. Die Polizei vermutet, daß der Täter nicht mit dem Räuber identisch sein dürfte, der in der letzten Zeit in Waldenburg und Umgegend verschiedene Ueberfälle ausgeübt hat.

Hoyerswerda. Motorradunfall. Tödlich verunglückt ist am Mittwoch mittag infolge Sturzes mit dem Motorrade bei der Fahrt durch die Nachbarstadt Königsbrück der Landwirt Lieske.

Friedland. Freispruch im Meineidsverfahren. Unter Aufgebot eines großen Zeugenapparates verhandelte das Schweidnitzer Schwurgericht einen Meineidsprozeß, dessen Einzelheiten viel Staub aufgewirbelt haben. Angeklagt war die einundzwanzigjährige Näherin Marie E. aus Friedland, die mit dem Tischlermeister R., der mit seiner Frau in ein Ehescheidungsverfahren verwickelt wurde, die Ehe gebrochen haben soll. Sie hatte das in dem genannten Verfahren unter ihrem Eide bestritten. Nun sollte es ihr durch einen Apparat von über dreißig Zeugen nachgewiesen werden, was aber nicht gelang. Das Gericht stellte fest, daß die Zeugen, die belastend gegen sie aussagten, wohl in gutem Glauben die Wahrheit bekundeten. Doch könnten sie bei diesen Beobachtungen sehr leicht Sinnestäuschungen zum Opfer gefallen sein. Dementsprechend erfolgte die Freisprechung der Angeklagten, gegen die der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis beantragt hatte.

Nieder-Hermsdorf. Im Kühler erstickt. Auf dem zur Glückhilf-Friedenshoffnung-Grube gehörenden Heydtschacht ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Der 21jährige Eisendreher Karl H. wollte im Kühler der elektrischen Zentrale einige Arbeiten verrichten. Auf bisher unerklärliche Weise ist K. jedoch in dem Kühler erstickt und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Glatz. Neuer Aussichtsturm im Glatzer Gebirge. Der neue Aussichtsturm, der vom Glatzer Gebirgsverein auf dem Spitzberge bei Königshain errichtet wurde, ist nun seinem Zwecke zugeführt und eingeweiht worden. Bereits zweimal haben an jener Stelle Aussichtstürme gestanden, die aber durch Naturereignisse wieder vernichtet worden sind. Der neugeweihte Turm ist 17 Meter hoch, in Holzkonstruktion ausgeführt und von der Firma Heimann in Glatz aufgestellt worden. Der Turm erhielt den Namen „Gießer-Turm" und zwar als Anerkennung für den Stadtältesten Gießer, der sich seit Jahrzehnten als unermüdlicher Förderer des Gebirges betätigt hat.

Landeshut. Zu dem fürchterlichen Flugzeugunglück bei Kindelsdorf wird uns gemeldet, daß es sich um ein Passagierflugzeug der Société d'Aviation Franco-Roumaine auf der Route Prag—Warschau handelte, daß infolge des Nebels zu tief flog und mit voller Geschwindigkeit in den Wald geriet. Dabei wurden Stämme bis zu 40 Zentimeter glatt abgeschnitten und stärkere Bäume schwer beschädigt. Der Zusammenstoß des Flugzeugs mit den Baumstämmen war derart, daß die Maschine vollständig zertrümmert ist und nicht einmal festgestellt werden kann, ob es sich um einen Ein- oder Zweidecker handelt. Nur eine Planke mit der Inschrift Paris-Suresnes (Der Pariser Flughafen) deutete auf die Herkunft des Unglücksflugzeuges hin.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Bezirksleitung Breslau-Land (Neumarkt).

Kreisanordnung.

Die für den 10. Juli festgesetzte Kreiskonferenz im Gewerkschaftshause fällt aus. Sie findet dafür am 17. Juli, also acht Tage später, statt. Die Delegierten der Ortsvereine haben also am 17. Juli an der Kreiskonferenz bestimmt teilzunehmen.

Der Kreisleiter.

Veranstaltungen in der Woche vom 1. bis 10. Juli.

Freitag, den 1. Juli:

Ortsverein Deutsch-Lissa. Abends 19½ Uhr bei Konrad in Deutsch-Lissa: Monatsversammlung.

Ortsverein Tschechnitz. Abends 19 Uhr bei Scholz in Tschechnitz: Monatsversammlung.

Ortsverein Brockau. Abends 19½ Uhr im „Adler" in Brockau: Monatsversammlung.

Sonnabend, den 2. Juli:

Ortsverein [illegible]. Abends [illegible] Uhr bei [illegible]: Pflichtversammlung. Die Kameraden haben ihre Mitgliedskarte zwecks Kontrolle mitzubringen.

Ortsverein Klein-Sägewitz. Abends 19 Uhr bei Seidel in Radwanitz: Monatsversammlung.

Ortsverein Zimpel. Abends 19½ Uhr bei Wittke in Zimpel: Monatsversammlung.

Ortsverein Hermannsdorf. Abends 20 Uhr bei Gabriel in Arnoldsmühle: Monatsversammlung. Antreten am Appellplatz, von dort geschlossen zum Vereinslokal.

Ortsverein Hartlieb und Umgegend. Die Monatsversammlung fällt diesen Sonnabend aus, da Lokal besetzt. Siehe Datum vom 9. Juli.

Sonntag, den 3. Juli:

Ortsverein Herrnprotsch. Nachmittags 14 Uhr im Kaffeerestaurant Hoch in Herrnprotsch: Pflichtversammlung. Die Kameraden werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. (Redner ist anwesend.)

Ortsverein Kattern. Nachmittags 15 Uhr bei Gürtler in Kattern: Monatsversammlung.

Donnerstag, den 7. Juli:

Ortsverein Schmolz. Abends 19½ Uhr bei Rau in Schmolz: Monatsversammlung.

Sonnabend, den 9. Juli:

Ortsverein Hartlieb und Umgegend. Abends 20 Uhr bei Rosenberger: Monatsversammlung.

Der Bezirks- und Kreisleiter.

Cawallen. Stiftungsfest der Arbeiter-Radfahrer. Am Sonnabend feiert der Arbeiter-Radfahrerverein in den Festsälen „Sängerslust" in Carlowitz sein 24. Stiftungsfest. Zahlreiche Beteiligung erwartet das Komitee.

Carlowitz-Schottwitz. Aus der Partei. Unsere Mitgliederversammlung findet Sonnabend, den 2. Juli, abends 7,30 Uhr, bei Gastwirt Prescher in Schottwitz statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schiffer, 2. Verschiedenes. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Die Ortsgruppenleitung.

Klettendorf. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir kommen Sonntag, den 3. Juli, um 17 Uhr bei schönem Wetter auf dem Sportplatz zusammen. Frei Heil!

Deutsch-Lissa. Aus der Partei. Sonnabend, den 2. Juli, 21 Uhr (9 Uhr abends), SPD.-Fraktionssitzung der Gemeindevertreter bei Völkel. Alle Fraktionsmitglieder haben vollzählig zu erscheinen.

— Arbeiter-Samariter. Sonnabend, 20 Uhr, Antreten zum Fackelzug bei Völkel; Sonntag, morgens 8 Uhr, Antreten, ebenfalls bei Völkel. Den ganzen Tag bereithalten zum Dienst.

Neumarkt. Arbeiter-Radfahrer-Verein Solidarität. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 2. Juli, abends 8 Uhr, im „Gelben Löwen". Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

— Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonnabend, den 2. Juli, veranstaltet die Ortsgruppe ein Sommervergnügen im Saale „Zum Gelben Löwen". Zahlreiche Beteiligung aller republikanisch gesinnten Kreise sollten dem Fest zum [illegible] Gelingen verhelfen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Die Kreiskonferenz

der SPD. findet am 3. Juli in Gorkau, vormittags 9½ Uhr, statt. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Kreisvorstandes. 2. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Zellner-Strehlen. 3. Unsere Parteizeitung im Kreise. Referent: Genosse Witt-Nimptsch. 4. Kassenbericht. Referent: Genosse Winkler-Nimptsch. 5. Verschiedenes. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Alle Mitglieder sind eingeladen.

Zustände auf dem Dominium Pristram.

Nach dem Bericht eines Augenzeugen herrschen in den Arbeiterwohnungen des Dominiums Pristram Zustände, die jeder Hygiene Hohn sprechen. Stallungen wie Wohnungen sind mit Fliegen geradezu übersät. Jeder Gegenstand wirkt schwarz durch die Menge der darauf sitzenden Tiere. Wird das Essen aufgetragen, setzen sich sofort Hunderte dieser gefährlichen Bazillenträger auf die Speise. Jeder Bissen, der zum Mund geführt wird, muß erst von diesen lästigen Insekten gesäubert werden, und doch sitzen, sobald der Mund berührt wird, schon wieder eine Anzahl darauf. Mittel zur Vertilgung dieser Insekten durch Bewohner sind zwecklos. Krampfhaftes Tür- und Fensterschließen selbst bei der größten Hitze hilft nichts. Man kann sich ein Bild von dieser entsetzlichen Plage machen, wenn man hört, daß die Bewohner die größte Hälfte ihres kargen Wochenverdienstes auf Fliegenfänger ausgeben müssen. Ein solcher Fliegenfänger ist in kurzer Zeit in eine schwarze Säule verwandelt, trotzdem gelingt es nicht, der Plage Herr zu werden. Die Menschen können sich des ewig summenden und stechenden Ungeziefers nicht mehr erwehren. Nur ein vollkommen verbrauchter und ausgemergelter Landarbeiter kann bei dieser Plage nachts noch einige Stunden Ruhe finden. Vom Besitzer wird zur Vernichtung der Schädlinge nichts unternommen. Das Reichs-Gesundheitsamt sowie alle Stadt- und Gemeindeverwaltungen fordern zur Vernichtung der Fliegen- und Mückenbrut auf. Hier, wo eine große Gefahr nicht nur für die Gutseinwohner, sondern für den gesamten Kreis besteht, werden keine Vertilgungsmaßnahmen ergriffen. Aber es leiden ja nur Proleten unter dieser Plage, und nur die Gesundheit solcher steht auf dem Spiele! Aus den schönen, luftigen Räumen der Herrschaft dürften diese Träger von Krankheitskeimen längst verbannt sein. Wir machen das Landratsamt Nimptsch auf diesen Uebelstand aufmerksam.

Kleine Nachrichten.

Die Urliste der in der Stadtgemeinde Nimptsch wohnenden Personen, die 1928 zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt vom 1. bis einschl. 7. Juli im Zimmer 2 des Rathauses aus. Einsprüche zwecks Vervollständigung können in dieser Zeit eingereicht werden.

Die Sonnenfinsternis am 29. Juli war hier von 6 bis 7 Uhr morgens gut sichtbar.

Der Sohn des Lehrers Anforge aus Girlachsdorf geriet in das Getriebe einer Siedemaschine, wobei ihm zwei Finger der linken Hand zerquetscht wurden. Trotz sofort angelegten Notverbandes kam Brand in die Wunde und mußte der Verletzte zur Amputation nach Reichenbach geschafft werden.

Für die Frauen

O fürchte nicht, wenn dir das Alter . . .

O fürchte nicht, wenn dir das Alter
Vom Haupte Blüt' um Blüte bricht,
Daß dann ein Blick, ein trüber, kalter,
Fall auf dein bleiches Angesicht.
Wohl blässer wird der äußre Schimmer,
Doch heller wird der innre Schein;
Drum lieber nur und tiefer immer
Schau ich ins Auge dir hinein.
Da seh ich all die Lebensfülle,
Die reicher ward von Jahr zu Jahr,
Es dringet durch des Alters Hülle
Der Seele Schönheit hell und klar.
Da seh ich nicht die müden Wangen,
Der Jahre Furchen seh ich nicht —
Es ist mir strahlend aufgegangen
Dein innres Engelsangesicht.

Ludwig Pfau.

Mütter.

Von Rudi Eims-Frankfurt a. M.

Sonntagabend in der Großstadt. Autos rasseln durch die breite Hauptstraße. Auf den Bürgersteigen wälzt sich die bunte Woge der Fußgänger. Aus einer Nebenstraße klingt ein Takt. Er kommt näher. Musik — die Menschen horchen auf, bleiben stehen. Autos, Pferdedroschken halten an. Alles stockt . . Schupobeamte biegen in die Straße ein. Lorgnetten fliegen an geschminkte Gesichter. Sie kommen — in Reihen zu viert, Junge und Alte, Männer, Frauen und Kinder.

Ein langer Zug. Rote Fahnen über den Häuptern. Frauen marschieren vorüber. Schmale, zerfallene Körper stecken in verwaschenen Sommerkleidern. Mütter, sorgendurchfurcht sind ihre Gesichter; aber Freude glänzt aus ihren Augen. Und jetzt — Kinder kommen. Viele, viele Kinder. Mit Blumenkränzen im Haar, mit roten Fähnchen in den kleinen Fäusten. Fröhlichkeit spricht aus ihren Mienen. Sie jauchzen in den sterbenden Sonnentag. Dumpfer hallt der Tritt — die Männer, mit stolzen, trotzigen Stirnen. Marschmusik setzt ein. Die Körper straffen sich. Sie singen. Alle singen, auch die Kinder. Und alle haben nun ein Gesicht. Ein Rhythmus schwingt in ihnen, denn sie singen ihr Lied, der Arbeiter Lied — die Internationale.

Ich schließe mich dem Zuge an. Schreite neben den Arbeitermüttern. Als das Lied schweigt, erzählen sie. Vom Fest der Kinder, von Spiel und Tanz. Ich höre von Not und Entbehrungen aus sechs langen Arbeitstagen. Heute aber war Sonntag. Fest der Kinder. Draußen im Wald haben die Mütter mit ihren Kleinen getollt, gelacht und sich an ihrer Freude geweidet. Und die verhärmten Gesichter der Mütter werden schon beim Erzählen, sie bekommen den Ausdruck von Madonnen, — mater dolorosa — geht es mir durch den Kopf. In einem Arbeiterviertel löst sich der Zug auf. Langsam verlieren sich die Männer, Frauen und Kinder in den großen, grauen Häusern.

Mittlerweile ist es dunkel geworden. Laternenlicht flammt auf. Ich schlendere zurück nach dem Stadtzentrum. Meine Gedanken verweilen bei den Arbeitermüttern, bei den Kindern, die nun zur Ruhe gebracht, mit freudeglänzenden Augen in den Betten liegen. Sie denken noch einmal an den Nachmittag, an Spiel und Tanz, an Geschenke, an Blumen, Fahnen und Musik — ehe sie Morpheus in das Traumland führt. Die Mütter werden noch einmal des schönen Tages gedenken und sich wohl fühlen in dem wahren Mutterglück, das aus der Kinder Freude geboren wird. Und ein Stück der Freude wird mit in den Alltag hinüberklingen. . .

* * *

Stunden später. Ich trete in ein Konzertcafé und nehme in einer Ecke des Lokals Platz. Am Nebentisch einige Männer und Frauen und — ein kleines, blondes Mädchen. Der Kleidung nach anscheinend den „besseren" Ständen angehörend. Es wird gelacht und gescherzt. Ein zotiger Witz klatscht an mein Ohr. Die Kleine merkt auf. Ich schaue in zwei totmüde Augen. Sie blickt hinüber nach dem Musikpodium — der Dirigent hebt den Taktstock und —

„Valencia, deine Lippen sind die Klippen meiner Seligkeit . . ." singt die Mutter neben ihr. Die Kleine schmiegt gelangweilt den Blondkopf an der Mutter Arm.

„Wann gehen wir heim . . .?" fragt sie leise.

„Sei still . . . Du kannst doch abwarten . . ." ist die unwirsche Antwort. Die Mutter singt weiter.

Mir würgt etwas in der Kehle. Ich möchte aufspringen und diese gewissenlose Mutter, die ihrem Kind die Nachtruhe raubt, an ihre Pflicht erinnern. Aber was würde es nützen?

Kurz nach Mitternacht verlasse ich das Lokal. Im Stuhl zusammengesunken sitzt das kleine, blonde Mädchen. Es ist eingeschlafen.

* * *

Und als ich durch die schweigende Nacht schritt, dachte ich wieder an die Arbeitermütter und ihre Kinder. Jene Kinder, in deren Herzen schon heute die ersten Samenkörner sozialistischen Geistes fallen, die einmal, wenn wir nicht mehr sind, den Sozialismus wahr machen, den wir erträumten. Arbeitermütter — ihr tragt unsichtbare Kronen. Euch gebührt Achtung und Verehrung — denn ihr erzieht die Menschen der kommenden Zeit.

Das Doppelfenster.

In der warmen Jahreszeit ist es seines Dienstes enthoben. Das Doppelfenster hat seine Pflicht getan, es wandert wohl bei den meisten Haushaltungen auf den Boden, um dort bis zu seiner Wiederverwendung in völliger Vergessenheit einen dichten Mantel von Staub allmählich umgelegt zu bekommen. Das aber ist falsch.

Das Doppelfenster gehört nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom Rechtsstandpunkt aus zu jeder Jahreszeit in seinen ursprünglichen Bestimmungsort, den Fensterrahmen. Warum zunächst entfernt die Hausfrau beim Beginn der warmen Jahreszeit die Doppelfenster? Es sind vielerlei Gründe, die sie hierzu bewegen. An erster Stelle ist es wohl die Mehrarbeit an Reinigung, die das doppelte Fenster verursacht, das Scheuern der Rahmen und das Putzen der Scheiben. Ferner der Glaube, daß das doppelte Fenster nur dem Kälteschutz dient und daher im Sommer zwecklos ist, ein Trugschluß, den man in den weitesten Kreisen stark vertreten findet. Auch das leichtere Oeffnen des einfachen Fensterflügels gehört zu den Beweggründen der Hausfrau. Es liegen sich mit Richtigkeit noch eine ganze Reihe ähnlicher Gründe, wie Benutzung der durch das Entfernen des Doppelfensters frei gewordenen Fensterbretter zum Aufstellen von Blumentöpfen anführen, aber alle diese Gründe sind bedeutungslos.

Mit dem Entfernen des Doppelfensters wird der eigentliche Zweck desselben, nämlich isolierend zu wirken, unterbunden. Wie als bekannt vorausgesetzt werden muß, gibt nicht das zweite Fenster als solches die erwünschte Isolierung, sondern die eingeschlossene Luft, die sich in dem Zwischenraume von Außen- und Innenfenster befindet. Wird das zweite Fenster nun entfernt, hört die Isolierung mittels eingeschlossener Luft naturgemäß auf. Das zweite Fenster ist also lediglich Mittel zum Zweck. Welche Bedeutung hat nun die Benutzung der Luft zu Isolierungszwecken im Sommer? Die nach Osten und Süden gelegenen Wohnungen leiden durch den fast viele Stunden täglich währenden Einfluß der Sonnenstrahlen unter hohen Zimmertemperaturen. Der Aufenthalt in derart erhitzten Räumen ist nicht nur äußerst gesundheitsschädlich, sondern auch das Schlafen darin eine glatte Unmöglichkeit. Hier leistet das Doppelfenster nicht nur im Winter, sondern gerade in den Sommermonaten ganz außerordentlich gute Dienste, wenn man wie folgt die Temperatur regelt. Nachdem die Wohn- und Schlafräume in den Morgenstunden durch Erzeugung von Gegenzug gründlich gelüftet worden sind, schließe man beim Herannahen der großen Tageshitze die doppelten Fenster. Diese wehren, wie im Winter die Kälte, jetzt die starke Hitze ab. Werden gleichzeitig die Räume noch mit einem nicht zu stark ausgewundenen Lappen aufgewischt, so wird man bald die äußerst angenehme Wirkung der geringen Mühewaltung nicht nur am Zurückgehen der Quecksilbersäule am Thermometer, sondern ganz unabhängig davon an seinem körperlichen Wohlbefinden zu spüren bekommen. Während sich die Scheiben des einfachen Fensters geradezu als Wärmestrahlensammler auswirken und die in das Zimmer hereingelassene kühle Morgenluft schon in kurzer Zeit in eine Glutwelle verwandeln, läßt sich die kühle, im Zimmer befindliche Morgenluft bei Anwendung von Doppelfenstern viele Stunden hindurch infolge der isolierenden Wirkung der zwischen den Fenstern befindlichen, eingeschlossenen Luft äußerst frisch erhalten. Der Aufenthalt in derart geschützten Räumen ist dann selbst in den heißesten Tagesstunden des Hochsommers eine Erholung. Die Schaffung dieser Annehmlichkeiten ist aber vollständig ausgeschlossen, wenn aus Bequemlichkeit die für den Sommer geradezu unentbehrlichen Doppelfenster während der heißen Jahreszeit ihrer eigentlichen Zweckbestimmung entzogen werden und nutzlos auf dem Boden lagern. Wohl vielen Hausfrauen dürfte ferner nicht bekannt sein, welche große Unannehmlichkeiten durch das Einlagern der Doppelfenster auf dem Boden entstehen können. Ganz abgesehen davon, daß auf den häufig dunklen Bodenkammern die Fenster viel leichter und häufiger Beschädigungen ausgesetzt sind als in der Wohnung, besteht hier auch noch die Gefahr, daß bei einem Boden- oder Dachstuhlbrande die Fenster sehr leicht der vollständigen Vernichtung anheimfallen können. Die Fenster sind ein rechtlicher Bestandteil der Wohnung und können daher nur auf eigene Gefahr und Verantwortung daraus entfernt werden. Die Versicherungsgesellschaften für Brandschäden werden daher wohl immer mit Recht die Haftung für einen derartigen Brandschaden ablehnen, mit der natürlichen Begründung, daß die Fenster nur deshalb dem Brande zum Opfer fallen konnten, da sie von ihrem eigentlichen Bestimmungsorte entfernt worden waren. Der Wohnungsinhaber ist aber dem Hauswirt gegenüber auf alle Fälle hierfür ersatzpflichtig. Schon dieses hohe Gefahrenmoment allein sollte hinreichend Grund genug sein, mit der bisherigen Gepflogenheit in der Behandlung der Doppelfenster endgültig zu brechen. Zum Schluß wäre auch noch zu erwähnen, daß das unbefugte Oeffnen der Fenster durch kleinere Kinder bei vorhandenen Doppelfenstern unmöglich, mindestens aber sehr erschwert wird und dadurch zahlreiche Unglücksfälle vermieden werden. Ebenso ist noch darauf hinzuweisen, daß, wie die Erfahrung lehrt, die herausgenommenen Fenster sich beim Einlagern auf Böden infolge der dort außerordentlich stark schwankenden Temperaturen sehr leicht stark verziehen, dadurch — weil womöglich nachgehobelt werden muß — nicht mehr dicht schließen und dann auch ihren eigentlichen Zweck nicht mehr erfüllen können. Der Hausfrau ist dann in den Wintermonaten ihr Lieblingsplätzchen am Fenster verleidet, weil es, wie sie zu sagen pflegt, dort zieht.

Frau Anna Beier.

Der Verein der blinden Frauen Deutschlands hat die gründliche Ausbildung im hauswirtschaftlichen Beruf in seinen Lehrplan aufgenommen, um nach Möglichkeit den blinden Frauen eine Berufsarbeit zu vermitteln, die sie instand setzt, sich zu erhalten. Der Verein setzt sich auch für die Besserung der Lage der Heimarbeiterinnen ein, da sehr viele blinde Frauen Heimarbeit verrichten. Ferner gibt er eine Handarbeitszeitung in Blindenschrift heraus. Eine Reihe von blinden Stenotypistinnen arbeitet bereits erfolgreich.

Der Frauenüberschuß in Rußland, der dort vier Millionen beträgt, hat zu seltsamen Vorgängen geführt. Die überzähligen Frauen haben sich zum Teil eigene Ansiedelungen geschaffen. So gibt es im Gouvernement Saratow ein Dorf, dem man den Namen „Witwendorf" gegeben hat, weil dort nicht ein erwachsener Mann lebt, vielmehr nur Witwen mit ihren noch nicht erwachsenen Kindern. Die Witwen bekleiden in diesem Dorfe natürlich auch alle Aemter des Gemeindevorstandes usw. Man wird durch diesen Vorgang lebhaft an den utopistischen Roman „Die Insel der großen Mutter" von Gerhart Hauptmann erinnert, in dem ebenfalls eine solche Frauensiedlung geschildert wird. Auch in anderen russischen Landesteilen, besonders im Lande der Don-Kosaken, gibt es solche sich selbst verwaltenden Frauensiedlungen, zu deren Festlichkeiten hin und wieder Männer aus Nachbargemeinden zu Besuch kommen.

Selbst ist die Frau

AUS DER MODENSCHAU DER „FRAUENWELT"

BADEWÄSCHE FÜR GROSS UND KLEIN

F 6722. 3—5 u. 5—7 J. BADEANZUG aus fraisefarbigem Trikotstoff. Stoffverbrauch: 1,40 m 70 cm breit.

F 6723. 5—7 J. BADEANZUG aus schwarzem Trikot mit weißen Blenden garniert. Stoffverbrauch: 2,40 m 70 cm breit.

F 6724. 2—4 u. 4—6 J. BADEANZUG für Bub und Mädel. Stoffverbrauch: 0,70 m 80 cm breit.

F 6725. 2—4 J. BADEANZUG für Knaben und Mädchen. Stoffverbrauch etwa 1,30 m 70 cm breit.

F 6718. Gr. 44 u. 46. BADEANZUG aus schwarzem Satin. Etwa 2,45 m 100 cm br.; 0,60 m Stoff für Blenden 80 cm br. für Gr. 44.

F 6719. Gr. 44 u. 46. BADEANZUG aus hellem Waschstoff. Lila Satinblenden. 2,65 m 100 cm br.; 1 m Blendenstoff 90 cm für Gr. 46.

U 97. Gr. 44 u. 48. Praktischer BADEMANTEL aus Frottée, mit angeschnittenen Aermeln und dunklen Blenden. 3 m 90 cm br.

U 98. Gr. 42 u. 46. Praktischer BADEMANTEL mit verstellbarem Kragen. 3 m 90 cm br. Lyon-Schnitte 90 Pf.

SCHÜRZEN

F 6738. 2—4 u. 4—6 J. KLEIDERSCHÜRZE aus gemustertem Satin. Stoffverbrauch etwa 1,10 m 70 cm breit.

F 6739. 9—11 u. 11—13 J. KLEIDERSCHÜRZE aus gemustertem Dirndlstoff. Stoffverbrauch etwa 1,80 m 100 cm breit

F 6740. 4—6 u. 6—8 J. SPIELSCHÜRZE aus naturfarbenem Leinen mit rotem Paspel. Stoffverbrauch etwa 1,40 m 80 cm breit.

F 6735. Gr. 44. Hübsche WIRTSCHAFTSSCHÜRZE aus gemustertem Satin mit einfarbigem Bogenabschluß und runden Taschen. Stoffverbrauch etwa 1,80 m 120 cm breit.

F 6737. Gr. 44. KLEIDERSCHÜRZE aus gestreiftem Gingham, mit dunklem Besatz. Stoffverbrauch etwa 2,50 m 80 cm breit.

Sommerliche Stilkleider

F 6231. Gr. 42 u. 44. STILKLEID aus lila Schleierstoff mit offenen, auf der Schulter geknöpften Aermeln. Seitlich gestickter Gürtelteil. Etwa 2,90 m 90 cm breit. (Bügelmuster 20 Pf.)

F 6232. Gr. 42 u. 44. SOMMERKLEID aus seitlich gereihter, gemusterter Bluse und weißem Leinenrock bestehend. Etwa 1,80 m 90 cm breit zum Rock; 2 m 100 cm breit zur Bluse.

F 6233. Gr. 42 u. 44. Jugendliches STILKLEID aus Beiderwand. Etwa 1,80 m gestreifter Stoff 80 cm breit; 1,70 m glatter Stoff 90 cm br. (F-Schnitte 90 Pf.)

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht" in Breslau
oder den Verlag der „Frauenwelt" J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3